

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Die
Geschichte
des Deutschen Reiches
von
1890 bis zum 3.8.1914**

Sonderheft Nr. 27



**Die
Geschichte
Des Deutschen Reiches
von
1890 bis zum 3.8.1914**

Sonderheft Nr. 27

Deutsches Reich, Teil 2

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Chronik der Geschichte des Deutschen Reiches von 1890 bis zum 3.8.1914	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-97

Chronik der Geschichte des Deutschen Reiches von 1890 bis zum 3.8.1914

Der Weltkrieg werde die Völker so verelenden, daß sie zur sozialistischen Republik abgleiten und sich schließlich gezwungen sehen würden, mit Gewalt ... zurückzukehren, zum despotischen, totalitären Staat.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

1890

Deutsches Reich: Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzt, wird Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil ("Vormundschaft des Alten") nicht länger zu akzeptieren.

Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee (1832-1904, maßgeblich am Sturz Bismarcks beteiligt) schreibt im Jahre 1890 (x056/276): >>In der Arbeiterfrage ist der Kaiser empört, daß der Kanzler (Bismarck) mit ruhigem Blute die Armee mißbrauchen will, um auf die Arbeiter zu schießen, und meint, der Kanzler wolle ihm auch hier den Ruhm, aus der Hand nehmen. Eigentlich ist es unglaublich, daß er noch mit einem Mann zusammenwirken will, dem er zutraut, nur aus Eifersucht um seines Ruhmes willen Blutbäder herbeizuführen.<<

Bismarcks Rücktritt

Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. (fast unehrenhaft) entlassen.



Abb. 45 (x145/153): Als 1890 Kaiser Wilhelm II. den Reichskanzler Bismarck entließ, veröffentlichte die englische Zeitung "Punch" diese Karikatur "Der Lotse geht von Bord".

Otto von Bismarck schreibt später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...

Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militäri-

schen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<

Der Diplomat Friedrich von Holstein (1837-1909, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, sog. "graue Eminenz" und einflußreicher Intrigant) wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem als Vortragender Rat im Auswärtigen die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflusste (x069/89).

Bismarck schreibt in seinen Erinnerungen über die spätere "Personalpolitik" des deutschen Kaisers (x237/200): >>Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Ratgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst Friedrich der Große nicht genügen würde, obschon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit schwieriger war wie heute. ...<<

Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh (im Sachsenwald bei Hamburg) zurück.

Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis.

Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf. Bismarck sagt später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Der deutsche Schriftsteller Ludwig Reiners (1896-1957) schreibt später über die politischen Ziele Bismarcks (x290/528): >>... Bismarcks Ziel war in den ersten 8 Jahren die allmähliche Umwandlung des losen deutschen Bundes in ein festeres Machtgebilde, das den Deutschen mehr Sicherheit bot, als sie in den letzten Jahrhunderten genossen hatten. In den folgenden 20 Jahren war sein Ziel die Sicherung des europäischen Friedens.

Zu seinen Mitteln hat oft die Täuschung seiner Gegenspieler gehört, denn ohne sie hätte er sein Ziel nicht erreichen können; aber er hat sie seltener benötigt als viele andere Staatsmänner seiner Zeit. Um berechtigte Forderungen durchzusetzen, hat er wiederholt, wenn die friedlichen Mittel erschöpft waren, Gewalt angedroht, aber oft ihre Anwendung nicht benötigt.

In den 3 Fällen, in denen sie zur Anwendung kam, war es zweimal – 1864 und 1870 – auch nach dem Urteil Europas – die Schuld seiner Gegner, und auch bei dem dritten Mal, dem Konflikt mit Österreich, wissen wir heute, daß Bismarck vorher nichts unterlassen hatte, um die Einigung Deutschlands ohne Krieg zu erreichen.

Wenn diese beiden Ziele – die Einigung Deutschlands und der europäische Friede – erreicht werden sollten, so benötigte die Natur in dieser unzulänglichen Welt einen Mann von großer Härte! Aus weicherem Holz hätte sie ihn nicht schnitzen können.<<

Max Weber (1864-1920, Nationalökonom und Soziologe, gilt als Begründer der Religions- und Wissenschaftssoziologie) schreibt später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204): >>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe

anhaltete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.

Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<

>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ...

Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schreibt später über Bismarcks politische Lebensleistung (x056/277): >>... Man macht es sich zu leicht, wenn man den Staat Bismarcks deshalb "zeitfremd" nennt, weil er keine "parlamentarische" Regierungsverfassung im Sinn der modernen Demokratie besaß.

Der Mehrzahl der Deutschen erschien das damals keineswegs als verlockendes Ideal. ... Richtig ist aber, daß es Bismarck ganz und gar nicht verstanden hat, die Deutschen zu freudiger und tätiger Mitwirkung am Staatsleben zu erziehen, ... die politischen Überzeugungen seiner Gegner und die Ideale seiner Parteien wirklich ernst zu nehmen. ...

Der von ihm entfesselte "Kulturkampf" gegen den politischen Katholizismus und die Polizeiverfolgung der Sozialisten als "Staatsfeinde" gehören zu den traurigsten Erinnerungen deutscher Innenpolitik. Das alles hat für die Entwicklung deutschen Staatslebens ... böse Folgen gehabt.<<

Roland Siegert berichtet später über die Entlassung Bismarcks im Jahre 1890 (x1.035/...):

>>**Die Entlassung Bismarcks (1890)**

Die historischen Hintergründe

Im März 1890, knapp zwei Jahre, nachdem er Kaiser geworden war, entließ Kaiser Wilhelm II. den verdienten Reichskanzler Otto von Bismarck.

Bismarck hatte 1871 Deutschland geeint, das vorher in unzählige Kleinstaaten zersplittert war, und das Deutsche Kaiserreich geschaffen. Die Verfassung des neuen Reiches war ganz auf Bismarck zugeschnitten, und der erste Kaiser (Wilhelm I.) ließ ihm relativ freie Hand. Innenpolitisch regierte Bismarck streng und unnachgiebig (z.B. gegenüber Katholiken und Sozialdemokraten), außenpolitisch äußerst klug und diplomatisch. So hatte er mit Deutschlands Nachbarstaaten effiziente Bündnisse geschlossen, die verhinderten, daß das Reich isoliert und gefährdet wurde.

Als Wilhelm I. hochbetagt 1888 starb, mußte sich Bismarck mit dem erst 29 Jahre alten Nachfolger Wilhelm II. arrangieren.

Obwohl Wilhelm II. Bismarcks politisches Wirken bewunderte (freilich nicht uneingeschränkt: Bismarcks Kulturkampf z.B. hatte Wilhelm II. stets abgelehnt), kam es zu immer größeren Meinungsverschiedenheiten und zu immer stärkerem Mißtrauen auf beiden Seiten, was schließlich eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit unmöglich machte. So entließ Wilhelm II. den alten Kanzler, der fast 28 Jahre lang die deutsche und preußische Politik maßgeblich bestimmt hatte, am 20. März 1890.

Die Kritik am Kaiser

Daß der junge Kaiser den erfahrenen Bismarck, den führenden Staatsmann Europas, entließ, gilt als einer der Hauptkritikpunkte an Wilhelm II., als einer seiner ersten großen Fehler. Er wird als Beweis dafür gewertet, daß Wilhelm II. oft unvernünftig und egozentrisch handelte, Kritik nicht zugänglich war und von Beginn an im Sinn hatte, ein "persönliches Regiment" - ohne einen starken Kanzler - zu führen. Wenn Bismarck weiterhin Kanzler gewesen wäre, so deutet man, hätte sich Deutschland außenpolitisch nicht isoliert, und es wäre womöglich zum Ersten Weltkrieg nicht gekommen.

Die Tatsachen

Bismarck war bei seiner Entlassung bereits 75 Jahre alt, für damalige Verhältnisse ein Greis. Er hatte gesundheitliche Probleme, hatte sich zuvor nur noch selten im Reichstag gezeigt und hauptsächlich vom Alterssitz Friedrichsruh aus regiert.

Der Historiker Golo Mann schrieb: "Während des Jahres 1889 hieß es, daß er schnell alterte, die Angelegenheiten des Staates schleifen ließ." In diesem Jahr war er acht Monate lang nicht nach Berlin gekommen!

Die Zeit, in der er gedanklich beweglich und realistisch Politik gemacht hatte, schien längst vorüber. Man könnte seine Entlassung also allein schon schlichtweg als überfälligen Generationswechsel auffassen, die Entlassung durch den Kaiser als etwas Naheliegendes.

Als der Kaiser Bismarck entließ, tat er nur das, was die meisten Deutschen ohnehin erhofften. Doch nicht aus Unvernunft und Leichtsinn, sondern weil der einst so weise Bismarck zunehmend an Altersstarrsinn und Realitätsblindheit litt. Zudem hatte sich Bismarck im Laufe der Jahrzehnte in Deutschland viele Feinde gemacht, er galt als engstirnig, eigensinnig und intrigant. Viele hatten den Eindruck, daß er die Zeichen der Zeit nicht mehr erkannte und regelrecht zu einer Last geworden war.

Die Entlassung Bismarcks erschien seinerzeit also logisch und vernünftig.

Erst später, als der Kaiser zunehmend kritisiert wurde und der Mythos "Bismarck" entstanden war, mußte z.B. selbst Kaiserkritiker Paul Busching 1908 zugeben: "Ist es ein Zufall, daß der Eindruck der ersten entscheidenden Tat Wilhelms II., der Entlassung Bismarcks, im Laufe der Jahrzehnte gänzlich verwischt worden ist? Wir erinnern daran, daß der Kaiser am 20. März 1890 nicht allein stand, daß es Millionen gab, die von dem Rücktritt des ersten Kanzlers den Beginn einer neuen Epoche gesunder, freier Entwicklung datieren wollten, die der Bismarckschen Verwaltungsmethode, seiner Wirtschaftspolitik, seinen Anschauungen über Arbeiterfrage und Sozialismus entfremdet waren."

Und der Sozialreformer und Pfarrer Martin Wenck schrieb rückblickend im Jahre 1913: "So gewaltig erschütternd Bismarcks Sturz wirkte, einem Erdbeben gleich - um der sozialen Frage willen, die gebieterisch alle anderen zurückdrängte, empfanden viele Millionen Deutsche diesen Rücktritt doch wie eine Erlösung. Nun sollte und konnte die Bahn frei werden für eine Epoche sozialen Wirkens."

Bismarck und Wilhelm II. brachte nicht in erster Linie die Außenpolitik, sondern die "soziale Frage" auseinander. In dieser Angelegenheit hatte Bismarck unmögliche Ansichten.

"Hier war der Kaiser voll guten Willens. Es müsse auch etwas für die ausgebeuteten Arbeiter getan werden. Er sei auch der König der Ärmsten", so zitiert Golo Mann den Kaiser.

Bismarck hielt dies für "Humanitätsduselei" und wollte den Arbeitern verstärkt mit Härte,

notfalls mit Waffengewalt, entgegentreten. Die strengen Sozialistengesetze, nach 12 Jahren im Jahre 1890 im Reichstag aufgehoben, wollte Bismarck sogar noch verschärfen. Er hoffte, daß es dadurch zu Aufständen kommen würde, die einen Staatsstreich - verbunden mit einem Militärschlag gegen die Sozialdemokratie - rechtfertigen würden. Ingeheim hoffte er auch, daß sich der junge Kaiser damit beim Volk unbeliebt machen würde.

Wilhelm II. lehnte die Pläne Bismarcks jedoch strikt ab und erwiderte ihm, "daß ich das mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung vor Gott nicht vereinbaren könnte, um so weniger, als ich genau wüßte, daß die Arbeiterwelt in einer schlechten Lage sei, die unbedingt gebessert werden müßte."

Die neuen kaiserlichen Arbeiterschutzgesetze versuchte Bismarck jedoch zu sabotieren. Wilhelm II. selbst berichtete es so: "Der Staatsrat trat unter meinem Vorsitz zusammen. In der Eröffnungssitzung erschien unerwartet auch der Kanzler. Er hielt eine Ansprache, in der er das ganze von mir ins Werk gesetzte Unternehmen (der Arbeiterschutzgesetze) mit Ironie kritisierte und mißbilligte und seine Mitwirkung versagte. Dann verließ er den Saal."

Dem ehrwürdigen Ansinnen des Kaisers stand also Bismarcks unzeitgemäße Radikalität gegenüber, die zudem die tatsächliche Lage völlig verkannte, wie auch Golo Mann schrieb: "Wenn Bismarck jetzt mit Kanonen gegen die Sozialdemokraten vorgehen wollte, so lebte er in einer Welt der Halluzinationen."

SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein stellte fest: "Bewußt, um sich unentbehrlich zu zeigen, wollte er (Bismarck) ein innenpolitisches Chaos inszenieren. ... Man wird Wilhelm zubilligen müssen, daß Bismarck mit seinem innenpolitischen Latein am Ende war, als der Kaiser ihn entließ".

Am 22. März, zwei Tage nach Bismarcks Entlassung, informierte Wilhelm II. den englischen Botschafter Sir Edward Malet. Dieser berichtete an seine Regierung in London von der Unterredung mit Wilhelm II.: "Wilhelm (ging) auf die lange Geschichte seiner Differenzen mit dem Altreichskanzler in der Arbeiterschutzfrage und wegen des Sozialistengesetzes ein.

Er warf Bismarck vor, den Klassenkonflikt bewußt auf die Spitze treiben zu wollen in der Absicht, dann durch Kartätschen (Munition) die Straßen "reinzufegen" ... "doch für mich, einen jungen Monarchen, gerade auf den Thron gekommen, und für mein ganzes Haus, wäre es katastrophal gewesen, wenn ich es zugelassen hätte, daß mein Volk auf der Straße niedergeschossen worden wäre, ohne vorher seine Beschwerden auch nur untersucht zu haben.

Man hätte gesagt, daß ich nur mit Bajonetten zu regieren wüßte." Statt aber auf ihn zu hören, habe Bismarck hinterrücks seine, Wilhelms, sozialpolitische Initiative zu untergraben versucht und "ihn wie einen Schuljungen behandelt".

Aus heutiger Sicht hatte Bismarck nicht mehr zeitgemäße, ja höchst bedenkliche Ansichten, was den Umgang mit der Arbeiterschaft betraf. Zu einem Kompromiß war er nicht mehr fähig. Er war starrsinnig und konnte nicht akzeptieren, daß der Kaiser keine Konfrontation mit der Arbeiterschaft suchte. Somit distanzierte sich Bismarck von der vernünftigen Ansicht des Kaisers - nicht umgekehrt, wie heute gemeinhin angenommen wird.

Wilhelm II. war kein Feind, sondern Bewunderer Bismarcks. Es war Bismarck, der letztlich die Zusammenarbeit mit dem Kaiser verweigerte.

Auch wenn es wegen unterschiedlicher Ansichten zur Entfremdung zwischen Bismarck und Wilhelm II. kam, bewunderte Wilhelm II. die Leistungen Bismarcks. In seinen Memoiren schrieb Wilhelm 1922: "Die staatsmännische Größe des Fürsten Bismarck und seine unvergänglichen Verdienste um Preußen und Deutschland sind historische Tatsachen von so gewaltiger Bedeutung, daß es wohl in keinem politischen Lager einen Menschen gibt, der es wagen könnte, sie anzuzweifeln.

Deshalb schon ist es eine törichte Legende, daß ich die Größe Bismarcks nicht anerkannt hätte. Das Gegenteil ist richtig ... Er war der Schöpfer des Deutschen Reiches, ... wir alle hielten

ihn für den größten Staatsmann seiner Zeit. ... Als ich noch Prinz von Preußen war, habe ich oft gedacht: Hoffentlich lebt der große Kanzler noch recht lange, denn ich wäre geborgen, wenn ich mit ihm zusammen regieren könnte."

Freilich, in der Realität zeigten sich unüberbrückbare Differenzen, die von Bismarck ausgingen. Gegenüber dem Schriftsteller Hans Blüher äußerte Wilhelm II. im Jahre 1928: "Ich kann Ihnen sagen: Es war furchtbar, unter Bismarck zu arbeiten! Jede Gelegenheit benutzte er, um mich zu kränken und fast zu demütigen. Und dann immer die Rücktrittsdrohung! Ich wollte ihn doch halten und mit ihm regieren! ... Es gibt eben Grenzen des Ertragbaren. Und es war unerträglich, was er mir stündlich und täglich zumutete."

Tatsächlich war es Bismarck selbst, der dem Kaiser immer wieder ganz offen mit Rücktritt gedroht hatte: "Wenn Euere Majestät kein Gewicht auf meinen Rat legen, so weiß ich nicht, ob ich auf meinem Platz bleiben kann.", rief Bismarck erregt dem Kaiser während einer Ministerrunde ins Gesicht, nachdem dieser Bismarcks Kritik an den geplanten Arbeiterschutzgesetzen zurückgewiesen hatte.

Wilhelm II. wollte nach der Entlassung Bismarcks keinen außenpolitisch neuen Kurs, sondern den bewährten Weg der Bündnisse fortsetzen.

Golo Mann schrieb: "Wilhelm II. hielt Bismarcks politische Konstruktion für richtig und so zuverlässig, daß sie des Architekten nun nicht mehr bedürfte. Es fiel ihm gar nicht ein, daß irgend etwas daran geändert werden müßte oder könnte."

Zunächst hatte Wilhelm II. sogar noch versucht, Bismarck weiterhin für die Außenpolitik zu halten und ihn lediglich von der Innenpolitik zu entbinden: "Mit der Zuspitzung der Bismarckkrise äußerte Wilhelm II. dann am 27. Januar (1890, also 2 Monate vor Bismarcks Entlassung) den Wunsch, Bismarck möge sich aufs Auswärtige Amt beschränken und die Leitung der inneren Politik im Reich sowie in Preußen an einen anderen abgeben."

Wie paßt dieser Wunsch des Kaisers zur Unterstellung, er habe Bismarck loswerden wollen, um einen anderen außenpolitischen Kurs verfolgen zu können?

Selbst nachdem er Kanzler Bismarck entlassen hatte, wollte Wilhelm II. wenigstens weiterhin mit Bismarcks Sohn Herbert zusammenarbeiten, dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt (heute vergleichbar mit dem Außenminister). Wilhelm II. bat Herbert Bismarck mehrfach, ihm zu "helfen, die Tradition in der Politik fortzuführen" und bot ihm neben dem Auswärtigen Amt zusätzlich die Stelle des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an, der für die Abgabe der preußischen Stimme im Bundesrat verantwortlich war. Herbert Bismarck aber lehnte ab mit der Begründung, "er sei nun einmal gewöhnt, nur seinem Vater vorzutragen und Dienste zu leisten".

Am 21. März reichte schließlich auch Herbert Bismarck, inzwischen gesundheitlich angeschlagen, seinen Rücktritt ein. Noch eine Woche später hoffte der Kaiser auf seine Rückkehr. Am 28. März äußerte er: "Herbert müsse wieder eintreten, so wie er sich erholt hat, und denselben Platz einnehmen wie bisher! ... Er schätze Herberts Tüchtigkeit, könne mit ihm arbeiten und sei mit ihm befreundet."

Dazu kam es freilich nicht - Herberts Entschluß war endgültig.

Wilhelm II. entließ den Kanzler Otto von Bismarck also allein deshalb, weil die Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr möglich war, und nicht, um danach ungestört eine andere, anti-bismarcksche Außenpolitik verfolgen zu können, wie heute oft behauptet wird. Unmittelbar nach Bismarcks Entlassung, am 19. März, telegraphierte Wilhelm II. an seine englische Großmutter, Queen Victoria: "Meine Politik wird sich überhaupt nicht ändern."

Fazit

Die Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. ist völlig verständlich. Bismarck war es, der sich der Zusammenarbeit mit dem neuen Kaiser verweigerte, nicht umgekehrt. Bismarck war alt, eigensinnig, schätzte die Realitäten inzwischen falsch ein, argumentierte nur noch rückwärts-

gewandt und intrigierte gegen den Kaiser. Sein Plan, durch militärische Gewaltmaßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft einen Staatsstreich zu provozieren, war moralisch verwerflich und unvertretbar. Die Mehrheit der Deutschen war froh, als er weg war. Der Linksliberale Eugen Richter z.B. schrieb erleichtert: "Gott sei Dank, daß er fort ist."

Der Schriftsteller Theodor Fontane, der jahrzehntelang zwischen Bismarck-Bewunderung und -kritik geschwankt hatte, äußerte: "Es ist ein Glück, daß wir ihn los sind, und viele, viele Fragen werden jetzt besser, ehrlicher, klarer behandelt werden als vorher. Er war eigentlich nur noch Gewohnheitsregent, tat, was er wollte, ließ alle warten und forderte nur immer mehr Devotion. Seine Größe lag hinter ihm."

Golo Mann, der große Historiker, brachte es 1958 auf den Punkt: "Wilhelm II. konnte sich sagen, daß er nicht nur richtig, sondern im Sinne des Volkes gehandelt habe."

Und: "Bismarck verschwand nicht zu früh, er verschwand viel zu spät. Die Beseitigung dieses lastenden Anachronismus war das Mutigste, an sich selbst betrachtet das Beste, was Wilhelm II. je getan hat."

Freilich, bereits kurz nach seiner Entlassung begann Bismarck damit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen: "Der Reichsgründer zeigte sich dem Publikum in den acht Tagen nach seiner Entlassung mehr als sonst in einem ganzen Jahr und sorgte in wütender Kränkung für die Verbreitung seiner Version des Sturzes, wonach er - vom geistig nicht ganz gesunden? - Kaiser "hinausgeschmissen" worden war."

In den folgenden Jahren, noch zu Lebzeiten des entlassenen Kanzlers, begann der Bismarck-Mythos zu entstehen. Dieser bewirkte, daß die Entlassung Bismarcks - ganz in dessen Sinne - immer mehr verklärt und schließlich als Fehlthat Wilhelms II. betrachtet wurde. Eine Einschätzung, die bis in die Gegenwart fortwirkt.

"1890 ... bildete Bismarck mit seinen Intrigen und seinem greisenhaften Festhalten an der Macht gleichsam die dunkle Folie hinter der strahlenden Figur des jungen Kaisers und dem, was er an Erwartungen heraufbeschwor. Fünf Jahre danach vergoldete Bismarck mit seiner Person eine Vergangenheit, von der viele bereits vergaßen, daß sie gar keine Zukunft mehr besessen hatte. So wurde schließlich sein Sturz bis in unsere Zeit hinein zur vielfältig umrankten Legende." <<

Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Kaiser Wilhelm II.

Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde. Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich ("in dem die Sonne nicht unterging").

Der ehrgeizige deutsche Kaiser wollte sich nicht länger von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen ("Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser").

Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen (die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich

von 1899) verschärften zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.

Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen. Wilhelm II. war ein selbstgefälliger, unentschlossener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte häufig unüberlegte Reden ("markiges Säbelrasseln") und beging im Verlauf seiner Regierungszeit völlig unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt (Serbien) verstrickten.

Friedrich A. von Holstein, inoffizieller Leiter der deutschen Außenpolitik, erklärt 1897 während einer Unterhaltung mit dem britischen Botschafter (x063/458): >>... daß Seine Majestät (Wilhelm II.) als das Kind oder der Narr behandelt werden muß, der er ist ...<<

Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich (die sog. "verspätete Nation") sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen ("Griff nach der Weltmacht").

Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/-237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über Kaiser Wilhelm II. und Bismarcks Nachfolger (x057/180-181): >>In Wilhelm II. (1859-1941) hatte das Deutsche Reich einen vielseitig begabten Herrscher, der von redlichstem Willen beseelt war, die Aufgaben des Reiches zu erfüllen. Er erwarb sich große Verdienste um die deutsche Wirtschaft, vor allem aber um Heer und Flotte, und war von Anfang seiner Regierung an bemüht, den Frieden zu erhalten. Aber die allzustarke Neigung, persönlich in den Vordergrund zu treten, sowie die unruhige und überschwengliche Art in seinen Reden und Kundgebungen ließen etwas Unausgeglichenes in seinem Wesen erkennen.

Im Gegensatz zu seinem Großvater vermochte er nicht immer die geeigneten Persönlichkeiten an die leitenden Stellen zu bringen, was ein schwerer Mangel des "neuen Kurses" werden sollte.

Keiner der Nachfolger Bismarcks war der hohen Aufgabe gewachsen, das Erbe des Reichsgründers zu verwalten und zu wahren. Die Reichskanzler General Caprivi (1890-94) und Fürst Hohenlohe (1894-1900) waren im wesentlichen ausführende Organe des kaiserlichen Willens. Unter Fürst Bülow (1900-09) begann die Isolierung Deutschlands, und der langsam abwägende von Bethmann-Hollweg (1909-17) wußte die inneren und äußeren Schwierigkeiten vor und während des Krieges nicht zu meistern.<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über Kaiser Wilhelm II. (x287/166): >>... Bis heute ist es eine Streiffrage, ob er als Integrationsfigur seine Zeit, die Wilhelminische Epoche, geprägt hat, oder ob er nur Repräsentant seiner Zeit war.

Nicht unbegabt aber infolge eines körperlichen Mangels, wie die Psychohistorie zu betonen nicht ermüdet, unausgeglichen, trieb er die technische Entwicklung voran und förderte die Wissenschaften. 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründet, und auf Wilhelms II. Anregung kam das große Sammelwerk "Die Kultur der Gegenwart" heraus. Wenn es von 1901 bis 1918 achtzehn deutsche Nobelpreisträger in den Gebieten Physik, Chemie und Medizin gab, kann man sogar von einer Blütezeit der deutschen Wissenschaft sprechen.

Trotz alledem bedeutete die Unreife des ... Kaisers für ihn selber und seine Umgebung ein

Problem. Der seit seiner Geburt verkrüppelte linke Arm verursachte Minderwertigkeitskomplexe, welche durch ein forciertes Selbstbewußtsein kompensiert wurden. Seiner Friedensliebe und grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg schienen seine Vorliebe für die Gardehusarenuniform und sein Imponiergehabe zu widersprechen.

Während sein Großvater noch preußischer König gewesen war und mit seiner Skepsis gegenüber dem Kaisertum schließlich recht behalten sollte, wandte sich der Enkel der imperialen Kaiseridee zu; er, der weder ein Friedenskaisertum durchzuhalten vermochte noch ein parlamentarisches Volkskaisertum ernsthaft zu begründen versuchte, trug mit seiner Einmischung in die Außenpolitik, seiner unüberlegten Redefreudigkeit, mit seinen Ansprüchen auf die Weltgeltung des Deutschen Reiches, kurzum mit seinem persönlichen Regiment zur Selbstzerstörung der Monarchie bei. ...<<

Wilhelm II. geriet später unter den Einfluß der konservativen preußischen Kräfte und bekämpfte in erster Linie den Deutschen Reichstag, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ("gegen Demokraten helfen nur Soldaten").

Die gesellschaftliche Ordnung dieser Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (von 1849 bis 1918) und in anderen Bundesstaaten war vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.

Der deutsche Historiker Heinz Dollinger (1929-2011) berichtet später über das "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (x056/263): >>Das Haus der Abgeordneten besteht aus 443 Mitgliedern, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Die Wahl ist mittelbar (indirekt) und zerfällt in 2 Handlungen: die Wahl der Wahlmänner, deren einer auf je 250 Seelen zu wählen ist (Urwahl), und die der Abgeordneten durch die Wahlmänner.

Zum Zwecke der Wahl werden die ... Wahlbezirke (Urwahlbezirke) von 750 bis 1.749 Seelen zerlegt. Die Urwahl erfolgt nach der Dreiklassenordnung, die ein Gleichgewicht der 3 Stände, der wohlhabenden, des Mittelstandes und der Unbemittelten herstellen soll. Die Urwähler werden innerhalb des Urwahlbezirkes nach ihren direkten ... Steuern in 3 Abteilungen so eingeteilt, daß jede Abteilung 1/3 der Gesamtsumme dieser Steuern ... umfaßt. Die zu wählenden Wahlmänner werden auf die Abteilungen gleichmäßig verteilt.

Die Wahl der Wahlmänner erfolgt nach absoluter Mehrheit durch Stimmabgabe zu Protokoll. Als Wahlmann kann jeder Urwähler in seinem Urwahlbezirk gewählt werden. In gleicher Weise erfolgt die Wahl der Abgeordneten.<<

Eduard Bernstein (1850-1932, SPD-Mitglied des Reichstages, 1917-20 USPD-Abgeordneter) sagt später über das "Dreiklassenwahlrecht" (x176/201): >>(Dieses Wahlrecht) hieß im Volk das "Groschenwahlrecht", weil der Groschen und nicht die Intelligenz entscheidend war, nicht der Wille der Wähler, sondern der nackte, pure Besitz. ...

Um dieses Verhältnis vor Augen zu führen, erzählte das Volk das Beispiel von einem Bauern, der ein paar Ochsen besaß und deshalb in der zweiten Klasse wählen konnte, und als ihm durch einen Unglücksfall die Ochsen abhanden kamen, in der dritten Klasse wählen mußte, so daß er sagte: "Wer hat das Wahlrecht gehabt, ich oder meine Ochsen?"<<

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wird im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD) neu gegründet.

Die damalige Politik wird in erster Linie vom Adel, Industriellen und bürgerlichen Großgrundbesitzern dominiert. Der Einfluß der restlichen Parteien bleibt zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums werden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter.

Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisieren damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus.

Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhält bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellt 35 Abgeordnete.

Obleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügt, sind die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gib es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen sind für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend.

Der Deutsche Reichstag entwickelt in jener Zeit vorbildliche Gesetzeswerke (wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900) und zählt in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze werden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Kaiser Wilhelm II. fordert am 4. Dezember 1890 weitere Reformen des Schulwesens (x056/259): >>... Wer selber auf dem Gymnasium gewesen ist, ... der weiß, wo es fehlt. Und da fehlt es vor allem an der nationalen Basis. Wir müssen als Grundlage für das Gymnasium das Deutsche nehmen: wir sollten nationale junge Deutsche erziehen und nicht junge Griechen und Römer. ... Der deutsche Aufsatz muß der Mittelpunkt sein, um den sich alles dreht. Wenn einer im Abiturientenexamen einen tadellosen deutschen Aufsatz liefert, so kann man daraus ... beurteilen, ob er etwas taugt.<<

Das "Militärwochenblatt" veröffentlicht im Jahre 1890 folgende kaiserliche Kabinettsanweisung (x239/160): >>Nicht der Adel der Geburt allein kann heutzutage wie vordem das Vorrecht für sich in Anspruch nehmen, der Armee ihre Offiziere zu stellen. ...

Die Träger der Zukunft Meiner Armee (erblicke ich) auch in den Söhnen solcher ehrenwerter bürgerlicher Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesinnung anezogen werden. ...<<

Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).

1891

Deutsches Reich: Am 9. April 1891 erfolgt die Gründung des Allgemeinen Deutschen Vereins (später Alldeutscher Verband).

Diese nationalistische und antisemitische Organisation, die 1922 rund 40.000 Mitglieder besitzt und 1939 aufgelöst wird, verfolgt in erster Linie imperialistische und völkische Ziele (x056/308):

>>1. Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimat und Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegengesetzten Richtlinien.

2. Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern ... und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.

3. Förderung einer tatkräftigen deutschen Interessenpolitik in Europa und Übersee.<<

Der evangelische Theologe Paul Göhre (1864-1924) berichtet im Jahre 1891 über die Notlage der Fabrikarbeiter und Handwerksburschen (x058/259-260): >>... Es ist schwer, das, was die Leute an Räumen innezuhaben pflegten, noch Familienwohnungen zu nennen. Oder kann man wirklich eine zweifenstrige Stube und ein unfenstriges, unheizbares Gelaß daneben noch so bezeichnen? Eben dies aber, und nicht mehr, bildete das Heim eines – wenn ich recht sah – sehr großen Teiles unserer Arbeiterfamilien.

Darum sprach man da unten auch immer nur von Stuben. "Ich will mir eine neue Stube mieten"; "was bezahlst du für deine Stube?" waren ganz übliche Worte.

Bedeutend besser, geräumiger, anheimelnder erschienen schon die Wohnungen, die aus einer Stube und zwei Gelassen, im Volke dort fälschlich "Alkoven" (fensterlose Bettische, durch eine Tür abgetrennt) genannt, oder gar aus zwei heizbaren Stuben und einem Alkoven bestanden. Doch auch ihnen fehlte sehr oft, wie den Stuben immer, die Küche; dagegen gehörte zu

allen genannten Gattungen regelmäßig noch eine sogenannte Bodenkammer, d.h. ein enger Bretterverschlag unter dem Dache, deren jeder mit einer kleinen Luke versehen war. ...

Die Preise für diese Wohnungen waren hoch im Vergleich zu ihrem Werte wie zu dem Einkommen der meisten Arbeiter, doch wohl niedriger als diejenigen für gleiche in der Stadt.

Das Traurige an dem ganzen Wohnungswesen dieser Leute war vielmehr ein anderes, schon so oft beklagtes: das Mißverhältnis der Enge der Räume und der Zahl ihrer Bewohner. Solche eben geschilderte Wohnräume genügten wohl jungen, erst verheirateten Leuten mit ein oder zwei Kindern zu einem halbwegs gesunden, zufriedenen Wohnen.

Wo sich aber eins, zwei, drei Kinder mehr einstellten, und wo man um des besseren Auskommens willen noch gar Fremde in Kost und Logis zu nehmen gezwungen war, gab es dann Zustände, die sich leicht nachfühlen, aber schwer beschreiben lassen. Das aber war selbstverständlich die Regel. Weit aus die meisten Familien hatten eine Schar Kinder, hatten Schlafleute und Kostgänger.

Die meisten und größten dieser Übel kamen jedenfalls durch das Schlafstellen- und Kostgängerwesen. Das ist der Ruin der deutschen Arbeiterfamilie. Aber es ist für sie in den allermeisten Fällen eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der geringe materielle Vorteil, der dabei herauskommt, ist ein ersehnter Zuschuß zum Wirtschaftsgeld der Arbeiterfrau.

Daß die Arbeiter sich nicht nur zum Späße mit solchen Fremden herumplagen, braucht niemand zu glauben. Im Gegenteil machte ich häufiger die Erfahrung, daß, wer es durchsetzen kann, womöglich sich diese Leute vom Halse und vom Hause hält. Wenn man es aber tut, nimmt man jedenfalls immer lieber junge Männer als junge Mädchen.

... Tüchtigen Facharbeitern, wie Schlossern und Drehern, war es zu jener Zeit immer noch leichter möglich, Arbeit in Fabriken und kleineren Werkstätten zu erhalten, als Handarbeitern, Webern und Maschinenarbeitern. Auf der Arbeitssuche wurden wir meist schon von den Portiers der Fabriken kurz zurückgewiesen. ...

Jedenfalls kann ich nach eigenen Erfahrungen ... aussagen, wie unsäglich deprimierend es ist, erfolglos von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatt zu Werkstatt wandern zu müssen, immer von neuem sein Kraft anbietend, mit bittenden Worten und immer wieder erfolglos. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist, auch wenn der Hunger noch nicht mit seiner eisernen Faust an die Tür pocht, das furchtbarste Los, das einen gesunden, strebsamen, für seine Familie sorgenden Mann treffen kann, um so bitterer, je ernster, tiefer, charaktvoller er ist. ...<<

Der sozialdemokratische Führer August Bebel berichtet am 16. Oktober 1891 auf dem SPD-Parteitag in Erfurt (x056/271): >>... Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte ... auf militärischem, ... politischem ... und ökonomischem Gebiet glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei wie z.B. mit dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. ...

Wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine total verschiedene ist von derjenigen aller früheren Klassen und Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Zieles auf ganz andere Mittel und Wege angewiesen. ...

Ich glaube, wir haben die größte Ursache, mit dem Gange der Dinge zufrieden zu sein. ... Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. ... Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unseres letzten Zieles ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden.<<

Im Erfurter Parteiprogramm des Jahres 1891 fordert die SPD (x176/182): >>Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und verpflichtender Stimmabgabe aller Deutschen ab dem 20. Lebensjahr.

Direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat.
Einheitliche Arbeitszeitlänge, Verbot von Sonntagsarbeit.
Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter.
Gesundheitliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. ...<<

Kaiser Wilhelm II. erklärt am 23. November 1891 während einer Rekrutenvereidigung in Potsdam (x056/276): >>Rekruten!

Ihr habt jetzt vor dem geweihten Diener Gottes und angesichts dieses Altars Mir Treue geschworen. ...

Ihr seid jetzt Meine Soldaten, ihr habt euch Mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für euch nur einen Feind und der ist Mein Feind.

Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen – was ja Gott verhüten möge –, aber auch dann müßt ihr Meine Befehle ohne Murren befolgen.<<

Der Politiker Wilhelm von Kardorff (1828-1907, Industrieller, Rittergutsbesitzer und Führer der Freikonservativen Partei) kritisiert im Jahre 1891 die Regierungspolitik (x056/278):

>>Das allgemeine Mißbehagen wurzelt an erster Stelle in dem Gefühl, daß die Regierung dem stürmischen Anwachsen der Sozialdemokratie gegenüber die Hände in den Schoß legt. ...

Die Konservativen haben gerade den umfassenden Wohltaten der sozialpolitischen Gesetzgebung gegenüber ein Recht zu verlangen, daß die ... Sozialdemokraten ... entweder durch ein spezielles sozialdemokratisches Gesetz als eine antichristliche, antimonarchische und antinationale Partei verfemt werden oder ... unter sehr verschärften preußischen Vereins- und Versammlungsgesetzen fortan zu leben haben. Andernfalls treiben wir rettungslos der Herrschaft der Sozialdemokratie, d.h. einem Staatsstreich, ... zu. In wenigen Jahren ist ... die Armee schon stark infiziert.

Das zweite, das in weiten Kreisen die Unzufriedenheit mehrt, ist, ... daß in wirtschaftlichen Fragen die Freihandelstendenzen an Stelle der Bismarckschen Wirtschaftspolitik sich eindrängen.<<

1892

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. erklärt am 24. Februar 1892 während einer Rede vor dem Brandenburgischen Provinzlandtag (x056/276): >>Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, ... herumzumäkeln. Unter den nichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Leben und Gedeihen unseres gesamten großen deutschen Vaterlandes vergällt. ...

Den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Manöver erwidere ich ruhig und bestimmt: "Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert!" ...<<

Carl Legien (1861-1920, seit 1895 SPD-Mitglied, 1893-98 und 1903-18 Mitglied des Reichstages) erläutert im Jahre 1892 die Aufgaben der sozialistischen Gewerkschaften (x056/220):

>>Die Gewerkschaften (haben) den Boden zu ebnen für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstand zufällt, lösen zu können. ...<<

Die Deutsch-Konservative Partei erklärt im Parteiprogramm des Jahres 1892 (x261/156-157):

>>1. Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Betätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung. ...

Wir bekämpfen den vielfach vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. ...

8. Wie wir für die Besserung der Lage der Arbeiter, unter erheblicher Belastung der Arbeitge-

ber, eingetreten sind, so halten wir nach wie vor die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land und die Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals für die dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Wir fordern ein wirksames Einschreiten der Staatsgewalt gegen jede gemeinschädliche Erwerbstätigkeit und gegen die undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr. ...

15. Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.

Hochachtung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutsche Konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat. ...<<

Infolge mangelhafter Hygiene breitet sich von August bis Oktober 1892 eine gefährliche Cholera-Epidemie in Hamburg aus, die insgesamt 8.605 Todesopfer fordert (x092/655).

Der deutsche Dichter Detlev Freiherr von Liliencron (1844-1909) schreibt damals in einem Brief über die Cholera-Epidemie in Hamburg (x092/655): >>... Du hast keinen Begriff, wie hier der schwarze Tod herrscht. Ich gehe unbekümmert darin herum. Was soll man anders machen. ...

Denke dir also: Da gehe ich so durch die Straßen bei Tag oder Nacht: Geschrei (der Sterbenden, der Hinterbliebenen), die Polizei- (Sanitäts-) Beamten alle besoffen, roh; der Kadaver oder noch Lebende (meistens in drei Stunden futsch) wird aus den Häusern herausgerissen (sehr richtig), Geheul, weißes Laken, einige Sanitätsbeamten sprengen mit großen Maler-Quasten, ob auf Tote oder Kranke, große Massen Chlorkalk. Alles stinkt hier von Chlorkalk. Der Pferdebahnhof hat ganz aufgehört. Alle Theater, Musiken und so weiter (sind) geschlossen.

Und so traf ich Henni: In einer Mietskaserne mit 300 Kindern, die entsetzlich schmierig ist, saß sie häkelnd in ihrer scheußlichen Kabine, nachdem ich sie also verlassen hatte.

Mich übermannte die Sinnlichkeit, - sie warf sich mir zu Füßen: Ich wollte sie retten -, und ich blieb die vorige Nacht bei ihr. In dieser Nacht wurden 7 (schreibe: Sieben!) Menschen aus der Mietskaserne wegen Cholera entfernt, - und wir hörten das Geschrei, den Jammer, und Amor ward der schwarze Tod, die Pest!<<

1893

Deutsches Reich: Ein Diplomat des Deutschen Außenamtes schreibt im Jahre 1893 an den deutschen Gesandten in Peking (x056/294): >>Der Vizekönig von Kanton (soll) soll die Neuanschaffung von 3 Kriegsschiffen beabsichtigen und die französische Regierung bereits Schritte unternommen haben, um die Aufträge der französischen Industrie zuzuführen.

Falls diese Nachricht wahr ist, wollen Euer Hochwohlgeboren sich, wenn auch in unaufdringlicher Weise, dafür verwenden, daß bei der Vergebung der Lieferungen unsere Industrie möglichst berücksichtigt werde.<<

Der sozialdemokratische Parteiführer Wilhelm Liebknecht erklärt während einer Rede im Jahre 1893 (x233/133): >>Jeder Tag vernichtet Hunderte von Existenzen, weiht Hunderte, die sich bisher mehr dünkten als Proletarier, dem Hunger und Elend und lehrt sie mit der grimmigen Beredsamkeit der Not, daß im Sozialismus allein das Heil ist.

So wächst unsere Armee von Tag zu Tag in dem gleichen Maße, wie der Gegner zusammenschmilzt – die Übermacht der Feinde verschwindet mehr und mehr, und, was auch immer sie tun mögen, der Augenblick rückt unaufhaltsam heran, wo wir die Stärkeren sind und imstande, die Gesellschaft zu retten, indem wir sie von dem Kapitalismus erlösen. ...<<

Die Berliner illustrierte Zeitschrift "Gartenlaube" berichtet im Jahre 1893 (x237/216): >>Dem Wiener Vorgang folgend. wurde am 16. September dieses Jahres das erste deutsche Mädchen-gymnasium in Karlsruhe eröffnet. ... Der Lehrplan schließt sich genau demjenigen des Kna-

bengymnasiums an, da er das gleiche Ziel, Reife zur Universität bezweckt. ...

Indessen sucht man hier durch die Art der Unterrichterteilung Vorsorge zu treffen: die Schulstunden fallen sämtlich auf den Nachmittag, so daß die Vormittage sowohl für die häusliche Beschäftigung als für die Schularbeiten frei sind, somit das gesundheitsschädliche Arbeiten in die Nacht hinein völlig vermieden wird.

Auf diese Weise und mit Hilfe der 6 wöchentlichen Turnstunden läßt sich hoffen, daß von Überanstrengung der jugendlichen Schülerinnen keine Rede sein kann. ...

Die Gründer der Anstalt hoffen, daß ... die Universitätstore (den späteren Abiturientinnen) geöffnet sein werden, und nach dem heutigen Stand der Frage kann man zugeben, daß dies nicht ausgeschlossen ist. ...<<

1894

Deutsches Reich: Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1819-1901, von 1885-94 Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1894-1900 Reichskanzler) wird im Jahre 1894 von Kaiser Wilhelm II. zum deutschen Reichskanzler ernannt.

Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee berichtet damals über diese Personalentscheidung des Kaisers (x237/203): >>Über die Wahl Hohenlohes herrscht, man kann sagen, allgemeines Erstaunen. Nach meiner Meinung ist er überhaupt nur möglich, wenn man ihm einen Vizekanzler für die eigentliche Arbeit zur Seite stellt.

Natürlich wird er dem Kaiser zunächst durch seine Schwäche und Nachgiebigkeit sehr angenehm sein. ...<<

Ein Journalist schreibt später über die von Kaiser Wilhelm II. ernannten Minister (x237/203): >>Deutschland war, als der Weltkrieg begann, das wirtschaftlich stärkste, das best verwaltete, und am schlechtesten regierte Land Europas. ...<<

Im Verlauf einer Frauenkonferenz vom 28. bis zum 29. März 1894 gründen die deutschen Frauenvereine in Berlin den "Bund Deutscher Frauenvereine" (BDF), um die gemeinsamen Interessen der Frauenbewegung zu koordinieren und durchzusetzen.

Ein Mitglied der sozialistischen Frauenbewegung berichtet damals (x261/161): >>... Der nun einmal geweckte Drang nach Erkenntnis der sozialen und politischen Zusammenhänge, der unter dem Sozialistengesetz nur unter den größten Schwierigkeiten hatte befriedigt werden können, machte sich jetzt ungestüm geltend. Frauenbildungsvereine wurden an vielen Orten ins Leben gerufen, für die politische Aufklärung schuf man Frauenagitationskommissionen.

Aber die Frauen durften sich bekanntlich sowohl nach dem preußischen wie den Vereinigsetzten anderer deutscher Staaten in Vereinen nicht mit Politik beschäftigen, durften auch nicht Mitglieder politischer Vereine sein.

Und trotz all dieser Beschränkungen verstanden es die Genossinnen, sich Einrichtungen zu schaffen, um unter den Frauen politisches Wissen und Aufklärung über die sozialen Zusammenhänge zu verbreiten. Das war nicht so ganz leicht. Es fehlte ja den Frauen in der Hauptsache noch an den allereinfachsten Begriffen über allgemeine Wirtschaftsfragen.

Es kostete z.B. viel Mühe, den Frauen klarzumachen, daß eine verkürzte Arbeitszeit für Hauswesen und Familie nicht nur keine Lohnkürzung, sondern eher eine Aufbesserung für sie bedeuten würde.

Als dann im Jahre 1893 der elfstündige Arbeitstag für die erwachsenen Fabrikarbeiterinnen eingeführt wurde, erkannten sie erst die Richtigkeit dieser Forderung und empfanden schon die nur um eine Stunde gekürzte Arbeitszeit als eine Wohltat für sich und ihre Angehörigen. Für spätere weitere Verkürzung der Arbeitszeit erleichterte dies die Agitation unter den Arbeiterinnen sehr. ...<<

1895

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. schreibt am 7. Februar 1895 an Zar Nikolaus II. (x056/-276): >>Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwingt vorwärts und

rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehängt zu werden. ...<<

Der Antrag des Reichstagspräsidenten vom 23. Februar 1895, Fürst Bismarck zum 80. Geburtstag zu beglückwünschen, wird von den Abgeordneten mehrheitlich abgelehnt (x056/271): >>Zentrum: "Somit sind wir zu unserem Bedauern außer Stande, einem Glückwunsch zuzustimmen."

Freisinnige Volkspartei: "Wir bedauern, dem Ersuchen des Herrn Präsidenten keine Folge geben zu können."

SPD: "Wir haben keine Veranlassung, uns an einer Kundgebung des Fürsten Bismarck zu beteiligen."<<

Der Politiker Karl Ferdinand Stumm (1836-1901, Unternehmer, seit 1889 Abgeordneter der Freikonservativen Partei) berichtet im Jahre 1895 (x056/273): >>Die Sozialdemokraten hier im Hause müssen wir ... aufgrund der Geschäftsordnung als Partner hinnehmen. ...

Außerhalb des Hauses ist die Sozialdemokratie weiter nichts als die Zusammenfassung aller Elemente, die von Haß, Gift und Neid gegen ihre besser situierten Mitbürger erfüllt sind. Die sozialdemokratische Presse tritt alles mit Füßen, was dem Menschen heilig sein sollte. Die Ehe und die Familie, das Vaterland und die Monarchie, die Religion und die Sitte werden in der rohesten Sprache angegriffen und herabgewürdigt. ... Die Sozialdemokratie erhebt die Unsittlichkeit geradezu zum Prinzip.<<

1896

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. sendet am 3. Januar 1896 eine Depesche an Paul Krüger (1825-1924, Präsident des Burenstaates Transvaal) und gratuliert zur erfolgreichen Vertreibung der britischen Eindringlinge. Die sog. "Krüger-Depesche" wird von den Briten als schwere Provokation gegen Großbritannien eingestuft.

Kaiser Wilhelm II. schreibt im Jahre 1896 an Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (x237/203): >>... Er ist eben nicht auf Wunsch oder mit Mandat der einen oder andern Partei ins Amt gelangt.

Sondern meine Minister sind eben durch Allerhöchstes Vertrauen ganz frei von mir berufen; und solange sie dieses Vertrauen besitzen, brauchen sie sich um alles andere nicht zu kümmern. Sie sind eben besser als in andern konstitutionellen Staaten gestellt.

Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du diesen Grundsatz gelegentlich recht präzise dem Ministerium ins Gedächtnis riefest, da konstitutionelle Anwandlungen den Einen oder Anderen, bei dem sittenverderbenden Umgang mit Parlamenten, zuweilen ergreifen. ...<<

Alfred von Tirpitz (1849-1930, ab 1892 Stabschef des Oberkommandos der Marine, von 1897-1916 Staatssekretär des Reichsmarineamtes) schreibt im Februar 1896 über den Aufbau einer deutschen Flotte (x239/199): >>Unserer Politik fehlt bis jetzt vollständig der Begriff der politischen Bedeutung der Seemacht.

Wollen wir aber gar unternehmen, in die Welt hinauszugehen und wirtschaftlich durch die See zu erstarken, so errichten wir ein gänzlich hohles Gebäude, wenn wir nicht gleichzeitig ein gewisses Maß von Seekriegsstärke uns verschaffen.

Indem wir hinausgehen, stoßen wir überall auf vorhandene oder in der Zukunft liegende Interessen. Damit sind Interessenkonflikte gegeben.

Wie will nun die geschickteste Politik ... etwas erreichen ohne eine reale, der Vielseitigkeit der Interessen entsprechende Macht?

Weltpolitische vielseitig ist aber nur die Seemacht. Darum werden wir, ohne daß es zum Kriege zu kommen braucht, politisch immer den kürzeren ziehen (solange keine Seemacht besteht). ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über den Kampf um die Kolonien (x281/20): >>... Die Mächtigen lebten wie die Fische im Wasser, es umgab sie eine Gesellschaft, in der die Sitten so ungehobelt waren wie die Sprache. Schriftsteller und Verleger, die Männer der Wirtschaft und die Mehrzahl der kleinen Leute feuerten ihre Präsidenten und Kaiser an, nur ja kein Pardon zu geben.

In England legte Charles Darwin seine Theorie vom "Kampf ums Dasein" vor, wonach nur die "Passendsten" überlebten. In Amerika sprach man von der "auserwählten angelsächsischen Rasse", wofür der Philosoph John Fiske, als eine Art Berufungsinstanz für alle Amerikaner, das "Manifest Destiny", das Manifest der historischen Vorhersehung seines Volkes, verfaßte. In Deutschland fühlte man sich in ähnlicher Weise auserwählt, Großes und sogar Größtes zu leisten. An jeder Straßenecke war im ausgehenden Jahrhundert von Weltherrschaft die Rede. ...<<

1897

Deutsches Reich: Ein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes berichtet im März 1897 im deutschen Reichstag (x239/198): >>Die Frage ob Deutschland Weltpolitik treiben soll, hängt untrennbar zusammen mit der anderen, ob Deutschland Weltinteressen hat. Oder ob es keine hat. (Sehr richtig!, rechts)

Diese Frage ist längst entschieden. ... Die deutschen Kaufleute, die Hunderte von Millionen an deutschen Produkten in überseeische Länder geben, die deutschen Reeder, die Tausende von Schiffen ausrüsten, um die Meere aller Länder zu befahren, und die Deutschen, die über das Meer ziehen, um dort eine neue Heimat zu gründen, - die haben auf dem großen Schachbrett der Welt die deutschen Steine aufgestellt in der Erwartung, daß wir sie schützen und nützen.

Sollen wir diese Erwartung täuschen? ...

In diesem Sinne wollen und müssen wir Weltpolitik treiben. (Sehr richtig!)

Die Gefahr, daß wir auf diese Weise auf eine abschüssige Bahn gelangen, besteht nicht. Wer das fürchtet, sieht Gespenster am hellen Tage. ...<<

Kaiser Wilhelm II. erklärt am 18. Juni 1897 während einer Rede (x237/211): >>... Der Dreizack (Sinnbild der Herrschaft über das Meer) gehört in unsere Faust. ...

So ist es Mein Wunsch, daß Gott es Mir verleihen möge, ... der Welt den Frieden zu erhalten, der ja erst existiert, seitdem das Deutsche Reich wieder da ist, desgleichen aber nach außen die Ehre des Reiches in jeder Weise hochhalten zu können, unserer vaterländischen Arbeit und der Industrie der produzierenden Stände, die Absatzgebiete zu sichern und zu erhalten, die wir brauchen.<<

Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929, seit 1874 im diplomatischen Dienst, später Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1900-09 Reichskanzler, 1914-15 Sonderbotschafter in Wien) erläutert am 6. Dezember 1897 in einer Rede vor dem Reichstag die Machtansprüche des Deutschen Reiches (x056/308, x073/28): >>Die Zeiten, wo Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin wohnte, diese Zeiten sind vorüber. ...<<

>>... Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. ... Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden.

Mit einem Wort: Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die damalige Weltpolitik des Deutschen Reiches (x307/207-208): >>... Die konkreten Errungenschaften der Weltpolitik nach 1897 fielen entsprechend bescheiden aus, insbesondere gemessen an den Eroberungen

der Vereinigten Staaten:

Während sich Deutschland die Marianen und die Karolineninseln, einen Teil Samoas und den kleinen Brückenkopf Kiautschou an der chinesischen Küste sicherte, führten die Vereinigten Staaten gegen Spanien einen Krieg um Kuba und verleibten sich in dessen Verlauf 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Guam ein; sie erklärten im selben Jahr Hawaii offiziell zu ihrem Besitz und führten auf den Philippinen einen häßlichen Kolonialkrieg (1899-1902), der zwischen 500.000 und 750.000 Filipinos das Leben kostete.

Ferner erwarben sie 1899 einen Teil der Samoa-Inseln und bauten anschließend einen Kanal durch die mittelamerikanische Landenge, unter dem Schutz einer Kanalzone unter eigener Verwaltung, die, wie der Außenminister ausdrücklich betonte, auf dem Kontinent Südamerika "de facto souverän" sei.<<

China: Nach der Ermordung von 2 Missionaren besetzen deutsche Truppen im Jahre 1897 die Bucht von Kiautschou in China.

Afrika: Deutsche Truppen schlagen im Jahre 1897 einen Aufstand der Hottentotten in Südwestafrika nieder.

1898

Deutsches Reich: Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über das deutsch-britische Verhältnis im Jahre 1898 (x283/193-194): >>... Die Konkurrenz verschärfte sich. England fühlte sich seit 1898 vom deutschen Flottenbau akut bedroht. Das gilt nicht zuletzt für die rasch expandierende zivile deutsche Seefahrt, die den Briten Handelsrouten abnahm, ja ihnen den Rang abzulaufen drohte.

Hätte Berlin hier eingreifen sollen? Welche Regierung der Welt bremst den Aufstieg ihrer Wirtschaft, nur um den Neid der Nachbarn zu meiden? Unter der Devise "Rule Britannia, rule the waves!" hatten englische Kanonen seit dem 16. Jahrhundert Flotten anderer Seemächte konsequent versenkt, so die der Spanier, Franzosen, Holländer und Dänen. Das sollte auch der Deutschen blühen. Vielleicht hätte Berlin weniger Kriegsschiffe auf Kiel legen und darauf vertrauen sollen, daß die zivile Schifffahrt unbehelligt blieb. Daran aber zweifelte man.

Mochte Berlin noch so treuherzig versichern, die eigenen Schlachtschiffe dienten einzig und allein dem Schutz der Heimat, der Handelsrouten und der Kolonie, so wurde doch schamhaft verschwiegen, vor wem diese denn geschützt werden sollten. ...<<

In einer Erklärung des Deutschen Ärztetages im Jahre 1898 heißt es zum Medizinstudium für Frauen (x261/162): >>... Wenn aber auf Grund weiterer Zugeständnisse und bisher unübersehbarer Verhältnisse ein größerer Zudrang eintreten sollte, so wird

1. kein erheblicher Nutzen für die Kranken,
2. mehr Schaden als Nutzen für die Frauen selbst,
3. Mindestens kein Nutzen für die deutschen Hochschulen und Wissenschaft,
4. Eine Minderung des ärztlichen Ansehens,
5. Keine Förderung des allgemeinen Wohles zu erwarten sein. ...<<

China: Das geschwächte China schließt im Jahre 1898 Verträge mit dem Deutschen Reich (Verpachtung der Bucht von Kiautschou mit Tsingtau für 99 Jahre, Konzessionen für den Eisenbahnbau und die Erzgewinnung auf der Halbinsel Schantung), mit Frankreich (Verpachtung von Kuangtschou für 99 Jahre), mit England (Verpachtung von Kowloon auf dem Festland gegenüber Hongkong sowie Weihai-wei in Schantung für 99 Jahre) und mit Rußland (Verpachtung der Südhälfte der Halbinsel Liaotung mit Dairen und Port Arthur für 25 Jahre).

Kaiser Wilhelm II. schreibt am 28. März 1898 an den Zaren (x233/129): >>... Ich muß Dich sehr herzlich beglückwünschen zu dem erfolgreichen Ausgang Deiner Unternehmungen bei Port Arthur. Wir beide werden ein gutes Paar Schildwachen am Eingang des Golfes von Pet-

schili abgeben, die gebührend, insbesondere von den Gelben, respektiert werden. ...<<

Die Witwe des chinesischen Kaisers berichtet in einem Erlaß vom 21. November 1898 (x233/130): >>Unser Reich erleidet zur Zeit große Beschwer, welche von Tag zu Tag ernster wird. Die verschiedenen Mächte werfen Blicke tigerhafter Gier auf uns und hetzen sich gegenseitig auf zu Versuchen, beim Einnehmen unserer innersten Gebiete die ersten zu sein. ...<<

Der deutsche Sinologe Wolfgang Franke (1912-2007) berichtet später über das Verhalten der europäischen Imperialisten in China (x233/129): >>Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sahen die Fremden im Chinesen nur den weit unter ihnen stehenden kolonialen Eingeborenen und traten selbst als Kolonialherren auf.

So bekam z.B. ein Chinese ... (auch in den christlichen Missionen) grundsätzlich ein wesentlich geringeres Gehalt als ein Europäer.

In bestimmten Parks, Gaststätten oder Verkehrsmitteln der fremden Niederlassungen waren keine Chinesen zugelassen. ...<<

1899

Deutsches Reich: Bernhard Fürst von Bülow, der damals als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig ist, schreibt im März 1899 (x239/194): >>Die ostasiatische Frage in ihrer gegenwärtigen Gestalt beruht auf der militärischen Schwäche des Chinesischen Reiches und der Unfähigkeit seiner Zentralregierung, welche dieses reiche Ländergebiet oder doch einzelne Stücke desselben allen stärker organisierten Staaten als leichte oder lohnende Beute erscheinen lassen.

Der Machtzuwachs, welchen sich einzelne europäische Staaten durch territoriale Erwerbungen in China holen könnten, würde aber unausbleiblich auf das bestehende europäische Gleichgewicht eine fühlbare Rückwirkung ausüben. Deshalb sehen sich mehr oder weniger alle zivilisierten Nationen daran interessiert, den Zersetzungsprozeß des Chinesischen Reiches aus nächster Nähe zu beobachten, um einzugreifen, sobald es ihre Interessen zu erheischen scheinen.

Nachdem schon früher Rußland von Norden, England vom Süden her in das Chinesische Reich eingedrungen waren, hat sich später Frankreich in Tongking auf Kosten Chinas ein eigenes Kolonialreich geschaffen; Japan hat sich vorläufig mit der Abspaltung Formosas begnügen müssen.

Deutschland kontrolliert von Kiautschou aus die Provinz Schantung, und eben ist auch Italien im Begriff, ... sich die wirtschaftliche Ausbeutung der Provinz Tschekiang zu sichern. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihr steigendes Interesse an den chinesischen Dingen bis jetzt nur durch lebhaftere Beteiligung an dem Wettbewerb um chinesische Anleihen und Eisenbahnen betätigt. ...<<

Bernhard Fürst von Bülow begründet am 11. Dezember 1899 im Reichstag ein neues Flottenbauprogramm (x239/199): >>Wir müssen uns eine Flotte schaffen, stark genug, um einen Angriff – ich unterstreiche das Wort "Angriff"; bei der absoluten Friedlichkeit unserer Politik kann immer nur von Verteidigung die Rede sein – aber eine Flotte stark genug, um den Angriff jeder Macht auszuschließen, müssen wir besitzen.

Was wir jetzt versäumen, wenn wir jetzt 3 Jahre mehr oder weniger vorübergehen lassen, werden wir nicht wieder einbringen können. ...

Wenn wir uns nicht eine Flotte schaffen, die ausreicht, unseren Handel, unsere Landsleute in der Fremde, unsere Missionen und die Sicherheit unserer Küsten zu schützen, so gefährden wir die vitalsten Interessen des Landes. ...<<

Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1899 (x074/959): >>Mit Elektrizität, Erdöl, Naturstoffsynthese, Automobil, Telefon, drahtloser Telegrafie, Kino, Schallplatte und Schnellpresse beginnt eine Revolution des täglichen Le-

bens, die sich im 20. Jahrhundert beschleunigt.<<

Spanien: Spanien verkauft im Jahre 1899 seine letzten überseeischen Kolonien (die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln) an das Deutsche Reich.

Spaniens Kolonien beschränkten sich danach nur noch auf Enklaven in Marokko, der Westsahara und Äquatorialguinea.

Waren die Preußen und Deutschen damals tatsächlich kriegslüsterne Militaristen?

Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright (1890-1970) und Pitirim A. Sorokin (1889-1968) kamen im Rahmen einer Überprüfung der Kriegsbeteiligung der wichtigsten Großmächte während des 19. Jahrhunderts übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Preußen und das Deutsche Reich in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).

Im 19. Jahrhundert ereigneten sich zwar kriegerische Auseinandersetzungen mit preußischer oder deutscher Beteiligung, aber die späteren Alliierten handelten damals wesentlich aggressiver bzw. "kriegerischer" als die vermeintlich "kriegslüsterne" Preußen bzw. Deutschen, wie die nachfolgende Zusammenstellung der kriegerischen Auseinandersetzungen nachweislich bestätigt.

Kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege sowie Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen) von 1800-1899:

Frankreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England, Rußland, Österreich, Portugal, Neapel und Osmanisches Reich (1799-1802, 2. Koalitionskrieg), Ägypten (1801), England, Rußland, Österreich und Schweden (1805, 3. Koalitionskrieg), Preußen, Sachsen und Rußland (1806-07), 4. Koalitionskrieg), Spanien (1808-13), Österreich (1809, 5. Koalitionskrieg), Preußen, England, Rußland, Österreich und Schweden (1813-15, Befreiungskriege), Spanien (1823), Algerien (1827-30), Osmanisches Reich (1827), Algerien (1830-47), Spanien (1834-49), Marokko (1844), Vietnam (1847), Rußland (1853-56), China (1857-67), Österreich (1859-61), Vietnam (1859-62, 1867), Libanon (1860-61), Mexiko (1861), Preußen und süddeutsche Staaten (1870-71), Algerien (1871), Vietnam (1873), Tahiti (1880), Indochina (1880/81), China (1884-85), Madagaskar (1885), Timbuktu (1894), Marokko (1894-1908), Djibouti (1895).

England führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Malta (1800), Dänemark und Ägypten (1801), Frankreich (1803-14, Seekrieg), Indien (1803), Kapsland (1806), Dänemark (1807), Algerien (1816), Indien (1816-18), Birma (1824-26), Osmanisches Reich (1827), Spanien (1834-49), Irland (1837-89), China (1839-42), Afghanistan (1841), Indien (1845-49), Südafrika (1848), Birma (1852-53), Rußland (1853-56), Indien (1857-58), China (1857-60), Mexiko (1861), Afghanistan (1878-80), Südafrika (1879-81), Ägypten (1882), Sudan (1883), Birma (1885), Südafrika (1895/96, 1899-1902).

Rußland führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Osmanisches Reich (1806-12), Schweden (1809), Nordarmenien und Aserbeidschan (1813-28), Persien (1826-28), Osmanisches Reich (1827, 1829), Polen (1830-31), Walachei (1848), Ungarn (1849), Osmanisches Reich (1853-56), Japan (1858, wegen Sachalin-Inseln), verschiedene Völker im Kaukasus (1859), Amurgebiete und Turkestan (1860-64), Polen (1862-64), Taschkent (1865), Buchara (1866), Samarkand (1868), Chiwa (1873), Kokand (1876), Osmanisches Reich (1877) und Merw/Turkestan (1884).

Die Vereinigten Staaten von Amerika führten von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England (1812-14, wegen Kanada), Kriege gegen verschiedene nordamerikanische Stämme in Ohio, Georgia, Oklahoma, Colorado, Minnesota, Carolina, Florida, Oregon, New Mexiko, Arizona, Dakota (1812-1890), Mexiko (1845-48), US-Bürgerkrieg (1861-65), Spanien (1898), Hawaii (1898), Philippinen (1898-1902).

Spanien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Paraguay, Argentinien, Chile, Uruguay, Peru, Panama, Kolumbien, Ecuador, Venezuela, Mexiko (1810-22, Unabhängigkeitskriege), Karlisten-Bürgerkrieg (1834-40, 1847-49, 1872-76), Marokko (1859-60), Mexiko (1861), Peru, Ecuador, Chile (1866-71), Kuba (1868-78), Kuba (1895-98), Philippinen (1898).

Das Osmanische Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Ägypten (1801), Serbien (1804), Griechenland (1821-29), Ägypten (1832-40), Jemen (1849), Serbien, Montenegro, Bulgarien (1875-76), Armenien und Syrien (1890-97), Griechenland (1897).

Österreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Neapel (1820-21), Polen (1846), Böhmen, Ungarn und italienische Staaten (1848-49), Rußland (1853-56), Sardinien-Piemont (1859-61), Dänemark (1864).

Italien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Eritrea und Somaliland (1881), Eritrea (1885), Äthiopien (1894-96), Abessinien (1896).

Das Deutsche Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Deutsch-Ostafrika (Araberaufstand im Jahre 1888), Südwest-Afrika (Hottentottenaufstand im Jahre 1897), China (Besetzung von Kiautschou 1897).

Preußen führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Dänemark (1864), Bürgerkrieg gegen Österreich und andere deutsche Staaten (1866).

Die Niederlande führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Belgien (1830), Sumatra (1873).

Dänemark führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Schleswig, Holstein und Preußen (1848-50).

Serbien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Bulgarien (1885-86).

Japan führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: China (1894-95).

1900

Deutsches Reich: Im Jahre 1900 wird das 2. deutsche Flottengesetz verabschiedet. Dieses Flottengesetz strebt bis 1917 eine erhebliche Verstärkung der Kriegsmarine an.

Großadmiral Alfred von Tirpitz begründet die 2. Flottenvorlage folgendermaßen (x056/309, x237/223): >>Unter den gegebenen Umständen gibt es nur ein Mittel, um Deutschland, Handel und Kolonien zu schützen: Deutschland muß eine Flotte von solcher Stärke haben, daß selbst für die größte Flotte ein Krieg mit ihm ein solches Risiko in sich schließen würde, daß ihre eigene Überlegenheit gefährdet wäre.

Für diesen Zweck ist es nicht absolut notwendig, daß die deutsche Flotte ebenso groß ist, wie die größte Seemacht, weil in der Regel eine große Seemacht nicht in der Lage sein wird, ihre ganze Kraft gegen uns zu konzentrieren. ...<<

>>... Aber selbst, wenn es ihr gelingen sollte, uns mit überlegenen Kräften entgegenzutreten, würde der Feind durch seine Überwindung des Widerstandes der deutschen Flotte so erheblich geschwächt werden, daß dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung zunächst nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre.<<

Kaiser Wilhelm II. erklärt am 3. Juli 1900 anlässlich einer Schiffstaupe (x237/203): >>... Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm in der Ferne, jenseits von ihm, ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf.<<

Justus Burgdorf, Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über die Aufrüstung der Flotte des Deutschen Reiches (x1.035/...): >>>Die Aufrüstung der deutschen Flotte (1898-1912)

Die historischen Hintergründe

Nachdem die Supermächte Großbritannien, Rußland, USA und Japan ihre Flotten teilweise bereits Jahrzehnte zuvor hochgerüstet hatten, begann auch das Deutsche Reich 1898 mit der Aufrüstung seiner Flotte. Das wirtschaftlich enorm erfolgreich gewordene, noch junge Deutsche Reich fühlte sich berechtigt, in gleicher Weise am weltweiten Handel teilzuhaben und "Weltpolitik" zu betreiben.

In der deutschen öffentlichen Meinung war der Flottenbau ungemein populär, auch Intellektuelle wie der Soziologe Max Weber ("bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte") begeisterten sich. Der 1898 gegründete Deutsche Flottenverein gewann über eine Million Mitglieder. Die Leidenschaft für die Marine stellte ein nationaldeutsches Phänomen dar, das der Kaiser mit seiner Losung "Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser" auf den Punkt brachte.

Der Liberale Friedrich Naumann schrieb 1900: "Die Flotte ist eine alte liberale Forderung. Wer das neue industrielle Deutschland will, der muß die Flotte wollen. In diesem Punkt ist unser Kaiser ganz modern."

Die Idee einer deutschen Flotte war in der Tat nicht neu: Schon die provisorische "Reichsregierung" von 1848 hatte mit dem Bau einer Nationalflotte begonnen (die nach dem Sieg der Reaktion meistbietend verkauft wurde, weil niemand unter den deutschen Fürsten sie haben wollte).

Die Kritik am Kaiser

Der deutsche Flottenbau wurde seinerzeit in Englands öffentlicher Meinung zu einer konkreten militärischen Bedrohung und einem Kriegsgrund stilisiert, wobei Deutschland unterstellt wurde, nach Weltherrschaft zu streben.

Ein großer Teil der heutigen Geschichtsschreibung, insbesondere auch der deutschen, sieht im vom Kaiser geförderten deutschen Flottenbau einen bedeutenden Teil der Schuld des Kaisers am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Hierbei folgen die Autoren den Argumenten der Sieger von 1918. Es wird die These vertreten, Deutschland habe Großbritannien mit dem Flottenbau jahrelang unnötigerweise provoziert, eine fatale Ausgangslage geschaffen und England faktisch zum Kriege herausgefordert.

Die Tatsachen

Der enorme gestiegene deutsche Welthandel schien eine größere deutsche Flotte zu erfordern. Eine starke Flotte versprach die ohnehin schon gewaltige Wirtschaftskraft Deutschlands noch weiter zu steigern. Dies war wohl der eigentliche Grund, weshalb England die deutsche Flottenrüstung kritisierte.

Die Herausforderungen Deutschlands bestanden Ende des 19. Jahrhunderts in Wissenschaft und Technologie, Wirtschaftswachstum und Konkurrenz im Welthandel, speziell mit Großbritannien. In den meisten wirtschaftlichen Bereichen hatte Deutschland das industrielle Mutterland England inzwischen überholt. 1907 produzierte Deutschland die doppelte Menge an Stahl wie Großbritannien. Während der britische Welthandel zwischen 1887 und 1907 lediglich um 80 Prozent zunahm, konnte der deutsche ein Plus von 250 Prozent verzeichnen.

Im berühmten Daily-Telegraph-Interview 1908 betonte Wilhelm II., daß es eben dieser gestiegene Welthandel sei, der eine starke Flotte erfordere: "Deutschland ist ein junges und wachsendes Reich. Es hat einen weltweiten, sich rasch ausbreitenden Welthandel. ... Deutschland muß eine machtvolle Flotte haben, um seinen Handel und seine mannigfachen Interessen auch in den fernsten Meeren zu beschützen."

In England wurde die deutsche Flotte indes als konkrete militärische Bedrohung stilisiert, obwohl sie dies de facto nicht war.

Nimmt man den wirtschaftlichen Wettstreit beider Länder in Blick und das Potential, das eine starke deutsche Flotte dabei versprach, so fühlte man sich in England durch die Flotte in Wirklichkeit wohl wirtschaftlich bedroht. Dies freilich kann man Deutschland nicht anlasten. Der Bau der deutschen Flotte folgte vor allem vier Motiven, die wohlbegründeten Notwendigkeiten entsprachen und zudem defensiven Charakter hatten:

1. Schutz der deutschen Fischerei

Deutschlands Fischer wurden regelmäßig - sogar in deutschen Hoheitsgewässern - von englischen Fischern in piratenhafter Manier auf offener See bedrängt und am Fischfang gehindert.

2. Schutz des deutschen Welthandels

England war durch seine Seemacht generell in der Lage, weltweit Handel zu dulden, zu behindern oder zu unterbinden.

3. Brechen möglicher Seeblockaden

Dieses Motiv fand seine Ursache in der britischen Tradition der Seeblockaden, mit denen schon häufig sowohl gegnerische als auch neutrale Länder von ihren Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten abgeschnitten wurden. Die deutsche Flotte sollte daher so stark werden, daß sie eine sogenannte "enge Blockade" der deutschen Nordseehäfen sprengen konnte.

4. Erreichung einer Bündnisfähigkeit mit Großbritannien

Dieses letzte, heute wohl überraschende Motiv, hatte politische Gründe: Für den Fall eines Konfliktes zwischen Großbritannien und anderen Seemächten erhoffte man sich, mit einer respektablen Flotte als Verbündeter attraktiv zu sein und zu einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe kommen zu können. Der Kaiser selbst sagte im Daily-Telegraph-Interview: "Es mag sogar sein, daß selbst England einmal froh sein wird, daß Deutschland eine Flotte hat, wenn sie beide zusammen gemeinsam auf derselben Seite in den großen Debatten der Zukunft ihre Stimmen erheben werden."

Zudem gab es eine defensive Intention gegenüber Großbritannien, insofern man damit rechnete, daß England im Konfliktfall gegenüber einer ausreichend starken Seemacht Deutschland lieber Frieden halten oder verhandeln würde.

Die Größe der deutschen Flotte sollte nur 60 Prozent der Größe der englischen Flotte erreichen. Für einen Krieg gegen England war die Flotte weder gedacht, noch geeignet.

"Das Prinzip Tirpitz war die Abschreckung durch Risiko. Nach seinem Plan sollte die deutsche Flotte in den folgenden zwei Jahrzehnten so stark wachsen, daß Großbritannien in seiner wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenz zu Deutschland es immer weniger wagen würde, Deutschland anzugreifen. Eine als Abschreckungsmacht - in der Grundidee also defensiv - ausgerichtete deutsche Schlachtflotte"

- Leserbrief von Dirk Wolff-Simon, Hannover, in der FAZ vom 03.07.2008

Das Konzept von Admiral von Tirpitz, Chef der deutschen Flottenrüstung, sah zur Erreichung der vier oben genannten Ziele die Endgröße einer deutschen Flotte bei lediglich 60 Prozent der britischen ("Tirpitzscher Risikogedanke" und "Risikoflotte").

Im Gegensatz dazu lag Großbritanniens Flottenpolitik eine andere Philosophie zugrunde: Die eigene Marine müsse die Summe der beiden nächstgroßen Flotten um 10 Prozent übertreffen, damit man notfalls gegenüber zwei verbündeten Seemächten bestehen könne (was sich in dem im Jahre 1899 erlassenen "Naval Defence Act" über den "Two Power Standard" manifestierte).

Wollte Deutschland Großbritannien als Seemacht tatsächlich gefährlich werden, hätte es eine Flotte der Größe der britischen bauen und Stützpunkte im Atlantik haben müssen. Dies hatten der Deutsche Kaiser und die Marineleitung jedoch nie angestrebt.

Der Flottenbau Deutschlands hatte für die Eliten Großbritanniens Symbolkraft. Er war aber keine wirkliche, ernsthafte Konkurrenz für England.

Dies hatte nicht zuletzt geographische Gründe: Im Gegensatz zu Großbritannien hatte

Deutschland weltweit kaum Auslandsstützpunkte; es saß strategisch in der Nordsee fest. Dieser Aus- und Zugang konnte jederzeit von England durch eine Blockade abgeschnitten werden. Zudem war die "Risikoflotte" für einen Krieg um Englands Kolonialreich nicht konzipiert und dafür gänzlich ungeeignet.

All dies wußten auch Englands Marinestrategen; gleichwohl beharrten sie darauf, daß Deutschland mit seiner Flotte England unmittelbar bedrohe.

Auch alle anderen Großmächte betrieben Flottenrüstung - lange vor Deutschland, das erst als letzte Großmacht mit der Aufrüstung seiner Flotte begann.

Großbritannien hatte bereits 1889 und 1894 neue Flottenbauprogramme eingeleitet, Rußland 1890 und 1895, Japan 1896 und die USA 1897. Mit dem Baubeginn 1898 unternimmt Deutschland also beileibe nichts, was man zwangsläufig kriegstreibend nennen könnte.

Auch kann man schwerlich von einem deutsch-britischen Wettrüsten, sondern vielmehr von einem internationalen Wettrüsten sprechen, bei dem Deutschlands Rüstung stets im Kontext mit den Flotten zu betrachten ist, die sich vertraglich gegen das Deutsche Reich verbündet haben.

So verfügt zu Kriegsbeginn 1914 Deutschland über lediglich 45 Schlachtschiffe - gegenüber den 150 Schiffen der Flotten Englands, Frankreichs und Rußlands.

Im Ersten Weltkrieg selbst spielte die deutsche Flotte nur eine sehr untergeordnete Rolle. Es liegt folglich nahe, daß sie vorher von englischer Seite bewußt überbewertet wurde.

Die einzige Anwendung, die die deutsche Flotte im Ersten Weltkrieg fand, war die Skagerrak-Schlacht 1916, die ohne Einfluß auf den Verlauf des Krieges blieb; insbesondere änderte sie auch nichts an der britischen Seeblockade.

Auch in der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges ("Julikrise") spielte die Flotte selbst keine Rolle - es waren letztlich allein die Machtbündnisse selbst, die den Balkankrieg zum Weltkrieg eskalieren ließen:

"Das Risiko einer Beherrschung Westeuropas durch Deutschland mit allen möglichen, vor allem wirtschaftlichen Konsequenzen hätte Großbritannien niemals eingehen mögen, allerdings hat keiner der wirtschaftlichen oder kolonialpolitischen Interessensgegensätze trotz der scharfen beiderseitigen Propaganda in der Vorkriegszeit einen Krieg verursacht, sondern er wurde am Ende wesentlich durch die beiderseitigen Bündnisverpflichtungen ausgelöst."

(Andreas Krause: Scapa Flow. Die Selbstversenkung der wilhelminischen Flotte. Berlin 1999, S. 40)

"Nicht die deutsche Weltpolitik stand am Anfang der in den Krieg mündenden diplomatischen Verwicklungen, sondern weltpolitische Verschiebungen außerhalb des Reiches, auf die Berlin reagieren mußte und immer weniger konnte." (Dominik Geppert, FAZ vom 13.02.2012, S. 6)

Auch Wilhelm II. Biograph Prof. Clark bestätigte diese Einschätzung, wenn er schrieb: "Weder der ziellose Imperialismus deutscher 'Weltpolitik', noch der Bau von Schiffen waren schuld am Ausbruch des Krieges im Jahr 1914." (Christopher Clark: Wilhelm II. München 2008, S. 337)

"Nicht die Entscheidung Berlins, die deutsche Kriegsflotte auszubauen, habe die Entente-Mächte Rußland, Frankreich und Großbritannien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zusammengeschweißt. Sorgen habe vor allem die schnelle Industrialisierung Deutschlands und die Eroberung neuer Märkte bereitet."

- Aus der Besprechung des Buches "Die Schlafwandler" von Prof. Christopher Clark bei focus online, Oktober 2013<<

Als Reichskanzler Chlodwig zu Hohenlohe (1819-1901) im Jahre 1900 seine Ämter niederlegt, verläßt der letzte fähige "Gründungspolitiker" die deutsche Reichsregierung. Der deutsche Kaiser verfügt danach nur noch über unerfahrenen Minister oder Berater, die nicht annähernd in der Lage sind, die herausragenden "Gründungspolitiker" des Deutschen Reiches zu

ersetzen.

Trotz aller Fehler und Schwächen der deutschen Reichsregierung halten sich die angeblich "kriegslüsternden Deutschen" jedoch weiterhin diszipliniert zurück und führen bis 1914 keine Angriffskriege.

Während sich fast alle europäischen Großmächte an zahlreichen Kriegen beteiligen und in ihren Kolonien heftige Auseinandersetzungen führen, konzentrieren die Deutschen ihre Kräfte vor allem auf den planmäßigen Aufbau des Reiches (Ausnahmen: Boxeraufstand in China und Niederschlagung von Volksaufständen in den afrikanischen Kolonien).

Am 27. Juli 1900 brechen die ersten Schiffe des deutschen Expeditionskorps in Bremerhaven zur Fahrt nach China auf, um den Boxeraufstand niederzuschlagen.

Kaiser Wilhelm II. verabschiedet die deutschen Soldaten am 27. Juli 1900 mit folgenden Worten (x073/22): >>... Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele Meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgaben, welche das alte Römische Reich Deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Die Mittel, das ihm dies ermöglichte, ist unser Heer. ...

Eine große Aufgabe harret eurer; ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist.

Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freudigen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel. ...

Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, Meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal!

Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden!<<

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die "Hunnenrede" vom 27. Juli 1900 (x1.035/...): >>**Die sogenannte Hunnenrede (1900)**

Da es schon immer schwerfiel, Wilhelm II. eine konkrete Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs nachzuweisen, war man bereits früh auf den Trick verfallen, so etwas wie eine strukturelle bzw. charakterliche oder auch mentale Disposition zu konstruieren, die für den Kriegsausbruch verantwortlich sein sollte. Das konnte der gelähmte Arm des Kaisers sein, den er durch Großmannssucht kompensieren mußte oder auch seine Vorliebe für Uniformen, die Flottenpolitik oder Bismarcks Entlassung.

Zu den in diesem Zusammenhang immer wieder auftauchenden Vorwürfen an Wilhelm II. gehört die sogenannte Hunnenrede. Wie bei einigen anderen Ansprachen des Kaisers versucht man aus ihr bis heute so etwas wie einen Zivilisationsbruch abzuleiten. Der Grundgedanke lautet: Während alle Welt sich diplomatisch gibt, fällt der Kaiser ins tiefste Mittelalter zurück und rasselt mit dem Säbel, ruft zum Völkermord auf.

Die historischen Hintergründe

Die Publikations- und Wirkungsgeschichte der Hunnenrede ist allerdings einigermaßen verzwickelt. Sicher ist nur, daß Wilhelm II. am 27. Juli 1900 kurz nach 13 Uhr in Bremerhaven die zur Bekämpfung des Boxeraufstandes nach China abreisenden Truppen mit einer Ansprache verabschiedete. Es lagen die Truppentransporter "Batavia", "Dresden" und "Halle" bereit, um die Freiwilligen zu verschiffen.

Neben den angetretenen Soldaten hatte sich eine Vielzahl Schaulustiger eingefunden. Darüber, was Wilhelm dort gesagt hat, gibt es verschiedene Auffassungen. Die offizielle Version,

die sich auch in den offiziellen Redensammlungen des Kaisers (u.a. die von Johannes Penzler, Stuttgart 1904) findet, lautet folgendermaßen:

Die offizielle Version der "Hunnenrede" im Wortlaut

"Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele Meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgaben, welche das alte Römische Reich deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das neue Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer.

In dreißigjähriger treuer Friedensarbeit ist es herangebildet worden nach den Grundsätzen Meines verewigten Großvaters. Auch ihr habt eure Ausbildung nach diesen Grundsätzen erhalten und sollt nun vor dem Feinde die Probe ablegen, ob sie sich bei euch bewährt haben. Eure Kameraden von der Marine haben diese Probe bereits bestanden, sie haben euch gezeigt, daß die Grundsätze unserer Ausbildung gute sind, und Ich bin stolz auf das Lob auch aus Munde auswärtiger Führer, das eure Kameraden draußen sich erworben haben. An euch ist es, es ihnen gleich zu tun.

Eine große Aufgabe harret eurer: Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist. Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freundlichen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel.

Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Wahrt Manneszucht. Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, Meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal! Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden!"

Es fällt sofort auf, daß in dieser Rede die Hunnen mit keinem Wort erwähnt werden, so daß sich die Frage stellt, warum sie als "Hunnenrede" in die Geschichte eingegangen ist. Die Lösung verbirgt sich in einer anderen Version der Rede, in der eben jene Passage vorkommt. Bernd Sösemann (Historische Zeitschrift, Bd. 222 (1976), Heft 2) hat die Geschichte der Rede nachgezeichnet und folgende "zitierfähige, vollständige Fassung" veröffentlicht, die er aus den Redeversionen der "Lokalzeitungen Bremens (Weser-Zeitung) und Wilhelmshavens (Wilhelmshavener Tageblatt) vom 29. Juli" rekonstruierte:

Die inoffizielle Version der "Hunnenrede" im Wortlaut

"Zum ersten Mal, seitdem das deutsche Reich wiedererstanden ist, tritt an Sie eine große überseeische Aufgaben heran. Dieselben sind früher und in größerer Ausdehnung an uns herangetreten, als die meisten meiner Landsleute erwartet haben. Sie sind die Folgen davon, daß das deutsche Reich wieder erstanden ist und damit die Verpflichtung hat, für seine im Auslande lebenden Brüder einzustehen, im Moment der Gefahr.

Mithin sind nun die alten Aufgaben, die das alte römische Reich nicht hat lösen können, von neuem hervorgetreten, und das neue deutsche Reich ist in der Lage, sie zu lösen, weil es ein Gefüge bekommen hat, das ihm die Möglichkeit dazu gibt. Durch unser Heer, in dreißigjähriger angestrenzter, harter Friedensarbeit, sind viele hunderttausende von Deutschen zum Kriegsdienste herangebildet worden.

Ausgebildet nach den Grundsätzen Meines verewigten großen Großvaters, bewährt in drei ruhmvollen Kriegen, sollt ihr nunmehr auch in der Fremde drüben (Zeugnis) ablegen, ob die

Richtung, in der wir uns in militärischer Beziehung bewegt haben, die rechte sei.

Eure Kameraden von der Marine haben uns schon gezeigt, daß die Ausbildung und Grundsätze, nach denen wir unsere militärischen Streitkräfte ausgebildet haben, die richtigen sind und an Euch wird es sein, es ihnen gleich zu thun. Nicht zum geringsten erfüllt es uns alle mit Stolz, daß gerade aus dem Munde auswärtiger Führer das höchste Lob unseren Streitem zuerkannt wurde.

Die Aufgabe, zu der Ich Euch hinaussende, ist eine große. Ihr sollt schweres Unrecht sühnen. Ein Volk, das, wie die Chinesen, es wagt, tausendjährige alte Völkerrechte umzuwerfen und der Heiligkeit der Gesandten und der Heiligkeit des Gastrechts in abscheulicher Weise Hohn spricht, das ist ein Vorfall, wie er in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen ist und dazu von einem Volke, welches stolz ist auf seine vieltausendjährige Kultur. Aber Ihr könnt daraus ersehen, wohin eine Kultur kommt, die nicht auf dem Christentum aufgebaut ist. Jede heidnische Kultur, mag sie noch so schön und gut sein, geht zu Grunde, wenn große Aufgaben an sie herantreten.

So sende ich Euch aus, daß Ihr bewähren sollt einmal Eure alte deutsche Tüchtigkeit, zum zweiten die Hingebung, die Tapferkeit und das freudige Ertragen jedweden Ungemachs und zum dritten Ehre und Ruhm unserer Waffen und unserer Fahnen. Ihr sollt Beispiele abgeben von der Manneszucht und Disziplin, aber auch der Überwindung und Selbstbeherrschung. Ihr sollt fechten gegen eine gut bewaffnete Macht, aber Ihr sollt auch rächen, nicht nur den Tod des Gesandten, sondern auch vieler Deutscher und Europäer.

Kommt Ihr vor den Feind, so wird er geschlagen, Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht. Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.

Ihr werdet mit Übermacht zu kämpfen haben, das sind wir ja gewöhnt, unsere Kriegsgeschichte beweist es. Ihr habt es gelernt aus der Geschichte des Großen Kurfürsten und aus Eurer Regimentsgeschichte. Der Segen des Herrn sei mit Euch, die Gedanken eines ganzen Volkes begleiten Euch, geleiten Euch auf allen Euren Wegen.

Meine besten Wünsche für Euch, für das Glück Eurer Waffen werden Euch folgen! Gebt, wo es auch sei, Beweise Euren Mutes, und der Segen Gottes wird sich an Eure Fahnen heften und es Euch geben, daß das Christentum in jenem Lande seinen Eingang finde. Dafür steht Ihr Mir mit Eurem Fahneneid, und nun glückliche Reise. Adieu, Kameraden."

Es ist offensichtlich, daß es zwischen beiden Versionen gewaltige Unterschiede gibt. Das betrifft nicht nur die ganze Hunnenpassage, die zweite Version legt zudem nahe, daß der Kaiser zum Bruch des Kriegsvölkerrechts aufgerufen hat, wenn er davon spricht, daß kein Pardon gegeben werden solle. In der ersten Version war die Wendung so zu verstehen, daß der Gegner kein Pardon geben würde und man sich dementsprechend wappnen solle. Nun ist die Überlieferungsfrage das zentrale Problem bei der Beurteilung dieser Rede.

Es gibt noch andere ausführliche Fassungen der Rede, die zwar auch die Hunnenpassage enthalten, aber mehr Wert auf den christlich-missionarischen Aspekt legen. So in der Nordwestdeutschen Zeitung (Bremerhaven) vom 28. Juli 1900. Die Passage unmittelbar vor den Hunnen lautet dort:

"Ihr sollt fechten mit einem Euch ebenbürtigen, tapferen, verschlagenen Feind, gut bewaffnet und gut ausgerüstet. Aber Ihr sollt auch rächen den Tod unseres Gesandten und so vieler, nicht nur Landsleute, auch anderer Europäer! Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen."

Das Ende der Rede wird so wiedergegeben:

"Und Gottes Segen möge an Eure Fahnen sich heften und dieser Krieg den Segen bringen, daß das Christentum in jenem Lande seinen Einzug hält, damit solch' traurige Fälle nicht mehr vorkommen! Dafür steht Ihr Mir mit Eurem Fahneneid!"

Was hat der Kaiser wirklich gesagt?

Die Verwirrung über die Versionsgeschichte der Rede ist in den Unterschieden zwischen dem gesprochenen Wort des Kaisers und der zunächst von offizieller Seite verbreiteten Version zu suchen. Der Kaiser, das ist bekannt, hielt diese Ansprachen meistens frei und soll dazu geneigt haben, sich an der eigenen Rede zu berauschen und dabei verbal zu übertreiben.

Angeblich soll das in Bremerhaven der Fall gewesen sein, so daß Bülow, damals noch Staatssekretär des Äußeren, und Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe noch während der Rede beschlossen, die anwesenden Journalisten zu verpflichten, die Rede erst zu veröffentlichen, wenn Bülow eine redigierte Fassung fertiggestellt hätte.

Daran hielten sich die meisten, so daß zunächst nur zwei Versionen verbreitet wurden. Die erste enthielt lediglich zwei Zitate des Kaisers, die zweite die wörtliche Rede in der oben zuerst angegebenen Version. Die inoffizielle Langversion mit der Hunnenpassage geht vermutlich auf einen Mitarbeiter des Wolffschen Telegraphenbüros zurück, der die Rede mitstenographiert haben soll. Verbreitung fand diese Version vor allem in norddeutschen Lokalzeitungen und der sozialdemokratischen Presse.

Problematisch an all diesen Rekonstruktionen des Hergangs ist, daß sie sich im Wesentlichen auf Erinnerungen damals Beteiligter stützen. Diese Erinnerungen sind zumeist nach Ende des Kaiserreichs geschrieben und veröffentlicht worden, so daß eine Tendenz zur Selbstexkulpation (Selbstentlastung) nicht unwahrscheinlich und im Falle Bülow vielfach nachgewiesen ist. Daß Bülow in seinen Erinnerungen oft nicht die Wahrheit sagt, sollte bekannt sein, so daß seine Glaubwürdigkeit auch in diesem Fall angezweifelt werden darf.

Die oft kolportierten Berichte, wonach der Kaiser dem Journalisten sein Manuskript gegeben habe oder er sich nach Erscheinen der entschärften Version bei Bülow beschwert habe, daß die schönsten Passagen fehlen würden, können getrost als Fiktion betrachtet werden.

Allerdings ändert das nichts an der Frage, ob der Kaiser diese Worte wirklich gebraucht hat und wenn ja, wie er sie gemeint hat und ob sie geeignet sind, die später daraus abgeleiteten Anschuldigungen zu stützen. Hin und wieder ist zu lesen, daß die englische Presse die Passage erfunden haben soll, um anti-deutsche Hetze zu betreiben.

Das dürfte in diesem Fall ausgeschlossen sein. Zum einen entsprach ein konsequentes Vorgehen gegen Kolonialaufstände durchaus der englischen Praxis und fiel damit überhaupt nicht aus dem Rahmen des damals Üblichen (nur daß man es nicht so deutlich sagte), zum anderen ist der Hunnenvergleich so abwegig, daß man wohl kaum darauf hoffen konnte, damit durchzukommen.

Interpretationsversuche

Der Vergleich der Deutschen mit den Hunnen ist in mehrfacher Hinsicht absurd. Die wenigen Male, als die Hunnen in der deutschen Geschichte auftauchten, waren sie Feinde und wurden durchaus als entgegengesetztes Prinzip verstanden.

Das war beim sogenannten Mongolensturm und der Schlacht bei Liegnitz im Jahre 1241 nicht anders als im Nibelungenlied und Attilas Feldzügen. Rein physiognomisch und vom Herkunftsgebiet liegt die Assoziation der Hunnen mit den Chinesen nahe (auch wenn diese wissenschaftlich falsch ist und beide miteinander Kriege führten). Die gelbe Gefahr, die Hunnen, waren durchaus ein gemeineuropäisches Feindbild.

Die Glaubwürdigkeit der Langversion leitet sich aus den unmittelbaren Reaktionen der Soldaten ab, die nach der Rede die Pardon-Wendung auf die Verladewaggons geschrieben haben sollen. Christopher Clark schreibt in seiner Wilhelm-Biographie dementsprechend:

"Die Widersprüche und logischen Unstimmigkeiten im Text lassen vermuten, daß Wilhelm womöglich, in gewohnter Manier, von einem harmloseren, vorbereiteten Entwurf abwich und Aussagen über ein Thema improvisierte, das ihn in den letzten Wochen intensiv beschäftigt hatte: nämlich die Brutalität und Skrupellosigkeit, mit der die Boxer über die europäischen Gesandtschaften in China hergefallen waren - was eine Woge haarsträubender Horrorgeschichten in der europäischen Presse ausgelöst hatte -, und die Notwendigkeit einer exemplarischen Strafaktion."

Clark geht sogar so weit zu fragen, ob dem Kaiser nicht die Greuelthaten der Engländer 1898 im Sudan bekannt gewesen seien, wo die Briten absichtlich verwundete Gefangene töteten, und er darin eine Legitimation für seine verbale Schärfe sah.

Daß man aus der Langversion auch die falschen Schlüsse ziehen kann, zeigt John Röhl, wenn er die Rede im dritten Band seiner Wilhelm II. Biographie wie folgt paraphrasiert: "Im Reich der Mitte sollten sich die deutschen Soldaten benehmen 'wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel', befahl der Oberste Kriegsherr in Anrufung der 'alten deutschen Tüchtigkeit'. Der 'Name Deutschland' müsse in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. ... Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht.

Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand." Diese Collage zeigt deutlich die Herangehensweise von Röhl: Durch die falsche Reihenfolge der Zitate wird der Eindruck erweckt, daß Wilhelm von seinen Soldaten ein Vorgehen gegen die Boxer in Manier der Hunnen fordert. Das liegt selbst dann nicht in der Intention des Kaisers, wenn man davon ausgeht, daß Wilhelm Deutsche und Hunnen an dieser Stelle in Beziehung setzt. Ihm geht es um den Ruf und nicht um Mord, wie sich den zahlreichen Bezügen zum Christentum entnehmen läßt.

Merkwürdig ist auch, daß Röhl von einer "verheerenden Wirkung ... auf die öffentliche Meinung im In- und Ausland" spricht, ohne dafür Belege zu nennen. Sösemann, dem man sicher keine Kaisernähe unterstellen kann, kam bei seiner immer noch zitierten Untersuchung zu einem ganz anderen Ergebnis. In der näheren Umgebung des Kaisers kam die Rede demnach gut an, der Reichskanzler nannte sie "zündend".

In England und Frankreich gab es keinen Widerspruch. Der französische Außenminister erklärte sogar, daß die Ansprache "in ganz Frankreich den besten Eindruck hervorgerufen" hätte. In der deutschen Presse und im Reichstag wurde die Rede kontrovers diskutiert, ohne daß sich dazu eine einhellige Meinung herauskristallisiert hätte.

Grundsätzlich läßt sich sagen, daß die Gegner des Kaisers die Rede wörtlich nahmen, während seine Anhänger und auch die neutralen Beobachter gewisse verbale Übertreibungen nicht überbewerten wollten. Was Röhl damit suggerieren möchte, ist folgendes: Die Deutschen hätten, angestiftet vom Kaiser, in China ihren ersten Völkermord begangen und sich damit aus dem Kreis der zivilisierten Völker verabschiedet, so daß der Erste Weltkrieg wie die logische Konsequenz daraus erscheinen muß.

Über die Greuelthaten der deutschen Soldaten in China gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die sogenannten "Hunnenbriefe", in denen Soldaten von Massakern berichten, sind von den Sozialdemokraten weidlich ausgenutzt und verbreitet worden. Es wird diese Greuelthaten sicherlich gegeben haben.

Den Kaiser dafür verantwortlich zu machen, ist indes absurd, da er in allen Reden im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Truppen nach China auf die Wahrung der "Manneszucht" gedrängt hat (so auch am 2. Juli in Wilhelmshaven, am 6. Juli in Kiel und am 2. August in Bremerhaven). Hinter diesem heute unverständlichen Wort verbirgt sich die Forderung an die Soldaten, männlich und ritterlich zu kämpfen und sich gerade nicht zu Exzessen an der Zivilbevölkerung verleiten zu lassen. "... schonen sie die feindliche Bevölkerung", heißt es einmal ausdrücklich.

Das war in der damaligen Zeit bei der Bekämpfung von Kolonialaufständen keine Selbstverständlichkeit, wie nicht zuletzt das Vorgehen der Briten gegen die Buren in Südafrika gezeigt hat. Hinzu kommt, daß die Brutalität der chinesischen Aufständischen, der sogenannten Boxer, nicht nur auf Horrormeldungen beruhte.

Ca. 30.000 chinesische Christen wurden im Zuge des Boxer-Aufstandes ermordet, Männer, Frauen und Kinder. Thomas Nipperdey hat in seiner Deutschen Geschichte daher für den Kolonialismus im Zeitalter des Imperialismus festgestellt: "Die Deutschen unterscheiden sich da in nichts, in gar nichts von anderen, nicht positiv, nicht negativ ..."

Alliierte Kriegspropaganda

Spätestens mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs, als die alliierte Propaganda nach Stereotypen suchte, um ihre eigene Bevölkerung für den Krieg mobilisieren zu können (vgl. Hermann Joseph Hiery: Angst und Krieg. Amerikas Kreuzzug gegen die Hunnen, in: Franz Bosbach (Hrsg.): Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000), wurde diese gesamteuropäische Übereinstimmung geleugnet. In diesem Zusammenhang spielt die Hunnenrede eine unrühmliche Rolle. Der linksliberale Schriftsteller Emil Ludwig hat die Wirkung in seiner Abrechnungsschrift mit dem Kaiser (1925) dargestellt:

"Die Wirkung dauerte zwanzig Jahre. Durch nichts war ein deutscher Barbareng Geist von seinen Gegnern schon im Frieden leichter zu beweisen, als durch diese Rede seines Kaisers, und als im Weltkrieg einem Volk nach dem andern die Überzeugung suggeriert wurde, mitten in Europa wohnten 60 Millionen Hunnen, die den neuen Attila als ihren König verehrten, da verkannte man nicht bloß alle guten Instinkte des deutschen Volkes, auch noch die schlechten des Kaisers und beleidigte nach tausend Jahren durch den Vergleich mit Wilhelm dem Zweiten jenen todesmutigen, dämonisch wilden Räuberhauptmann mit der Krone.

Im doppelten Fehlgriff dieses Vergleiches wurde das doppelte Mißverständnis der Welt über Deutschland deutlich: ein großes, ruhiges Volk, das einem kleinen, prahlenden König sich in verächtlichem Gehorsam untertan fühlte, mußte nun für die klirrenden Worte seines eitlen Herrn büßen, der es zu Hunnen nur erniedrigt hatte, um den Attila zu spielen."

Ludwig versucht hier, einen Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem deutschen Volk zu suggerieren, der sich an der sogenannten Hunnenrede gerade nicht festmachen läßt. Im Gegenteil: Ludwig macht sich mit dieser Auffassung in einer Art und Weise zum Erfüllungsgehilfen der alliierten Propaganda, wie sie vor allem aus der Zeit nach 1945 bekannt ist. Er übernimmt die Denkweise des Gegners, ohne nach den darin versteckten Intentionen zu fragen.

Vor allem die Briten und Amerikaner nahmen das Schlagwort von den "Hunnen" dankbar auf und waren damit offensichtlich nicht nur in den eigenen Reihen erfolgreich, wie die Beispiele Ludwig und Röhl bis heute zeigen. Es wurde mit der Rede von den Hunnen unterstellt, daß der Kampf gegen Deutschland ein Kampf gegen die Barbarei sei, der nicht im klassischen Sinne (ohne Diskriminierung des Feindes) geführt werden könne.

Damit ließ sich nicht nur die Bevölkerung mobilisieren, sondern auch die eigenen Kriegsziele verschleiern. Hinzu kommt, daß man mit dem "Hunnen" an viel ältere Vorbehalte gegen das deutsche Volk, das von Westen aus gesehen im Osten (und damit fast schon in Asien) hauste, merkwürdige Riten pflegte und sich durch die Pickelhaube auch äußerlich unterschied, anknüpfen konnte. Die absichtlich mißverständene Rede des Kaisers schien diese Vorbehalte zu legitimieren.

Heute wird oft vergessen, daß diese alliierte Greuelpropaganda jeglicher Grundlage entbehrte. Weder wurden belgischen Kindern die Hände abgehackt, noch französische Frauen geschändet. Der Auslöser für die Titulierung der Deutschen als Hunnen war die Zerstörung der Bibliothek in der belgischen Universitätsstadt Löwen (25. August 1914), wobei die näheren Umstände bis heute nicht restlos aufgeklärt sind. Für beide Seiten stand die Schuld des anderen damals fest.

In Deutschland unterschrieben 93 Intellektuelle und Personen des kulturellen Lebens einen "Aufruf an die Kulturwelt" (4. Oktober 1914), in dem die Verantwortung für Löwen zurückgewiesen wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die alliierte Propaganda bereits auf das Hunnenfeindbild festgelegt (The Times vom 29. August 1914), so daß der deutsche Aufruf wie eine infame Verdrehung der Tatsachen erscheinen mußte. Was damals klar als Feindpropaganda zu identifizieren war, hat sich in der Folge, bis heute, als Anklagepunkt gegen das Kaiserreich erhalten. Gewandelt haben sich nur die Ankläger, vom Kriegsgegner zu den Nachgeborenen.<<

Nach Ablauf der sibirischen Verbannungszeit trifft Lenin am 6. September 1900 illegal in München ein. Lenin beschäftigt sich dort vor allem mit der Herausgabe der Zeitschrift "Iskra" ("Funke"), die nach Rußland geschmuggelt wird (x092/686).

Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow, Sohn eines Oberschulrats, Jurist, 1897-1900 Verbannung nach Sibirien, emigriert 1900 in die Schweiz, ab 1903 Führer der Bolschewiki, ein kleiner Mann mit Spitzbart und kahlem Schädel) ist ein außergewöhnlich dynamischer Mann und besitzt eine herausragende Intelligenz.

Lenin strebt in Rußland, daß vor dem Ersten Weltkrieg zu den r ckst ndigsten Ländern Europas zählt, z.B. folgende Ziele an: Gewaltsame Machtübernahme und Abschaffung des Zarentums, Einführung der sogenannten "proletarischen Diktatur" und Auflösung des russischen Großgrundbesitzes sowie Verstaatlichung aller Betriebe und Banken. Das Land der russischen Großgrundbesitzer soll nach der Revolution vorübergehend an die besitzlosen Kleinbauern und Landarbeiter verteilt werden.

Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1900 Güter im Wert von 10,4 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).

Hinter der glänzenden Fassade des deutschen Industriestaates verbirgt sich naturgem a auch erhebliche soziale Not und großes Elend. Die Löhne der deutschen Industriearbeiter reichen kaum zum Leben, obwohl die tägliche Arbeitszeit mindestens 12 Stunden beträgt. In den großen Städten hausen mehr als 50 % aller großen Industriearbeiterfamilien meistens nur in einem Raum oder in feuchten, lichtlosen Kellern.

Der deutsche Soziologe und  konom Werner Sombart (1863-1941) schreibt im Jahre 1900 über die Wohnungsnot im Deutschen Reich (x233/108): >>Wer würde es glauben, daß eine Anzahl Menschen bei uns heutigentags in "Wohnungen" kampiert, die überhaupt kein beheizbares Zimmer haben? Und doch belehrt uns die Statistik, daß es deren in Berlin über 15.000, in Barmen über 8.000 gibt usw. ...

Ja, in den meisten deutschen Großstädten wohnt ... annähernd die Hälfte aller Menschen in Wohnungen, die nicht mehr als ein Zimmer umfassen.

 bev lkert nennt die Statistik eine Wohnung, wenn 6 Personen und mehr in einem Zimmer, 11 Personen und mehr in 2 Zimmern hausen. Und selbst davon gibt es eine recht erkleckliche Zahl: in Berlin nahezu 30.000, in Breslau 7.000. in Chemnitz 50.000 ... usw. Man denke: 6 Personen und mehr in einem Raume, 11 und mehr in 2 Räumen! ...<<

Kaiser Wilhelm II. l a t Bismarcks Sozialreformen jedoch konsequent fortsetzen, so daß sich diese trostlosen Lebensumstände bis 1914 wesentlich bessern.

Das Deutsche Reich entwickelt sich allmählich zu einem fortschrittlichen, modernen Staat, der für damalige Verhältnisse eine vorbildliche soziale Gesetzgebung besitzt. Kein anderes Land verfügt in jener Zeit über vergleichbare Sozialgesetze, deshalb kann die deutsche Arbeiterschaft auch nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg den radikalen Kommunismus erfolgreich abwehren.

Die Deutschen sind schon damals besondere Bewunderer der Nordamerikaner und weder gegenüber den Franzosen noch anderen Europäern gibt es ausgeprägte Haßgefühle. Das Deut-

sche Reich ist kein beliebter Staat, denn wegen der vielfältigen Erfolge haben die "verbissenen Deutschen" traditionell immer zahlreiche Feinde und Neider. Viele Nachbarn belächeln oder verspotten die "preußischen Tugenden", aber trotz alledem ist das Deutsche Reich bis 1914 ein allseits geachteter Staat. Die deutschen Hochschulen sind weltbekannt und werden von Studenten aus allen Teilen der Welt besucht.

Frankreich: Während der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 wird allgemein die hohe Qualität deutschen Industrieprodukte gelobt (x233/104).

1901

Deutsches Reich: Friedrich von Holstein (Vortragender Rat im Auswärtigen), der seit 1890 alle deutsch-englischen Bündnisverhandlungen leitet, hält die aktuellen britischen Bündnisvorschläge im Jahre 1901 für unzureichend.

Holstein schreibt im Jahre 1901 an den deutschen Botschafter in London (x069/89): >>Ich bin gegen den jetzigen Freundschaftssturm von Chamberlain und Genossen deshalb besonders mißtrauisch, weil die angedrohte Verständigung mit Rußland und Frankreich so vollständiger Schwindel ist. Wir können warten. Die Zeit läuft für uns. Ein vernünftiges Abkommen mit England läßt sich meines Erachtens erst dann erreichen, wenn das Gefühl der Zwangslage in England allgemeiner als heute geworden ist. ...<<

Der deutsche Historiker Wilhelm Schüßler (1888-1965) schreibt später über Holsteins verhängnisvolle Fehleinschätzung (x069/90): >>Nur die Entente mit England, die gemeinsame Operation auf dem weltpolitischen Felde bot die Sicherung Deutschlands. Allerdings muß man auch hier, bei der Entscheidung für England, auf die stolze Unabhängigkeit verzichten – wenn man die Weltlage richtig sah. ...

Aber den blinden Augen Holsteins und Bülow's war diese Wahrheit verborgen; und so forderten sie das geschriebene Bündnis, verwarfen also die Entente, die England für bestimmte und für begrenzte Zwecke vorschlug. Und so mußte dann in Holsteins Auftrag der deutsche Botschafter am 19. Dezember 1901 in denkwürdiger Schicksalsstunde dem britischen Außenminister erklären: "Alles oder nichts!"

So endete das ganze Gespräch zwischen England und Deutschland, und so begann die verhängnisvolle Gruppierung der Mächte, die für das Reich so lebensbedrohend war.<<

1903

Deutsches Reich: Deutsche Firmen leiten von 1903-1913 den Bau der "Bagdad-Bahn" (Eisenbahnkonzession von 1888).

Diese Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak) will man später bis zum Persischen Golf verlängern, um die großen Erdölquellen schneller erreichen zu können und weil man neue Absatzmärkte erschließen will.

Infolge der deutschen Aktivitäten im Osmanischen Reich verschlechtern sich vor allem die Beziehungen zu den Briten und Russen. Die Briten reagieren entrüstet, denn angeblich wird ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders ihr indisches Kolonialreich gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnen.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die deutsch-osmanischen Beziehungen (x307/435): >>In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen und der relativ geschlossenen Bündnisblöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren; das Osmanische Reich.

Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte besonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen.

Deutsche Banken, Baufirmen und Eisenbahngesellschaften hielten allmählich in den weniger entwickelten Gebieten des Reiches Einzug und erwarben Konzessionen und Interessensphären. Die Arbeit an einer weitgehend deutsch finanzierten und produzierten anatolischen Eisenbahn begann im Jahr 1888 und sollte Konstantinopel mit Ankara und Konya verbinden; beide Linien wurden bis 1896 fertiggestellt.

Die Unterstützung der Regierung für diese Projekte, die anfangs eher sprunghaft war, wurde nach und nach stärker und konsequenter. Im Jahr 1911 konnte der deutsche Botschafter in Konstantinopel das Osmanische Reich bereits als eine "politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre" Deutschlands bezeichnen.

Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der anderen Mächte, allen voran Rußland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, daß sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute verteilt wurde. ...<<

Der preußische Arbeitsminister erklärt am 23. Februar 1903 vor dem Abgeordnetenhaus (x056/271): >>Mein Herr Amtsvorgänger hat den Erlaß herausgegeben: wer sich agitatorisch an sozialdemokratischen Bestrebungen beteiligt innerhalb des Eisenbahnpersonals, der wird als Arbeiter sofort entlassen. ... (Zuruf von links: Verfassungsmäßige Rechte!)

Wer als nichtständiger Beamter dasselbe tut, dem wird ebenfalls gekündigt, und er wird entlassen; wer aber als Beamter, der den Treueid geschworen hat, sich an Umsturzbestrebungen macht, der wird einfach im Disziplinarverfahren beseitigt. ...<<

Zur "Führung einer geregelten Schuldisziplin" erteilt der Schulrat den Volksschullehrern in Gotha im Jahre 1903 folgende Anweisungen (x056/259): >>Damit jede Störung des Unterrichts unmöglich gemacht werde, hat der Lehrer ... darauf zu halten:

- a) daß alle Schüler ... gerade ... und in einer Reihe hintereinander sitzen ...
- b) daß jedes Kind seine Hände geschlossen auf die Schultafel legt ...
- c) daß die Füße parallel nebeneinander auf den Boden gestellt werden ...

(Zur Heraufnahme von Büchern gilt folgendes): Die Kinder haben die betreffenden Lernmittel in 3 Zeiten heraufzunehmen und hinwegzutun. Gibt der Lehrer ... zum Heraufnehmen des Lesebuchs ... das Zeichen "1", dann erfassen die Kinder das unter der Schultafel liegende Buch; beim Zeichen "2" erheben sie das Buch über die Schultafel; beim Zeichen "3" legen sie es geräuschlos auf die Schultafel nieder, schließen die Hände und blicken den Lehrer an. ...

Alle breiten Auseinandersetzungen und Reden müssen wegfallen; hier muß ein Wink des Auges ... oder der einzige ... Ausruf: "Klasse –Achtung!" genügen, um die gesamte Schulordnung herzustellen.<<

1904

Afrika: In Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) beginnt ein großer Herero-Aufstand. Am 12. Januar 1904 ermorden aufständische Herero (Bantustamm) etwa 100 Deutsche (x089/-220).

Ein deutscher Farmer fordert danach den Einsatz von deutschen Kolonialtruppen (x056/307): >>... Für solch unbarmherziges Rauben, Morden und Schänden kann es nur eine Strafe geben: den Tod ... Wer da von Schonung spricht, ist ein Verräter an seiner Rasse. ...

Von den überlebenden Mördern ... müssen für jeden erschlagenen Weißen mindestens 5 aufgehängt werden. Für die ... Überlebenden: Frondienst, bis diese sich ... bewußt ... sind: der Weiße, und ganz speziell der Deutsche, ist Herr und nicht gesonnen, seine Herrschaft abzutreten.<<

General Lothar von Trotha erklärt im Mai 1904 den aufständischen Hereros den Krieg (x056/-307): >>Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero ... erschossen.

Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück und lasse auf sie schießen.

Der große General des mächtigen Kaisers - von Trotha.<<

Die Herero werden im August 1904 in der Schlacht bei Waterberg geschlagen und fliehen in die fast wasserlose Omaheke-Wüste. Dort kommen die meisten Herero um.

Ein Historiker berichtet später über den Herero-Aufstand (x073/9): >>... Die Versuche, die Hauptgruppen der Herero im Kampf zu schlagen, scheiterten in der Regel schon dadurch, daß die deutschen Truppen beim Anmarsch angegriffen, häufig sogar umklammert wurden und in verlustreichen Gefechten nicht selten von Vernichtung bedroht waren oder sich zurückziehen mußten.

In der zweiten Phase ... unternahm der Generalleutnant von Trotha den Versuch einer Kesselschlacht. Den Herero gelang zwar der Durchbruch, der Fluchtweg wies aber in die wasserlose Omaheke. Die deutsche Verfolgung wurde darauf angelegt, daß die Hererokrieger und –familien in dieser Wüstensteppe umkamen.

Wenn auch die totale Vernichtung mißlang, ... so war das Ergebnis dieser Kriegsführung sowie der Kriegsgefangenenbehandlung, daß von geschätzten 60-80.000 Herero 1906 nur noch 16.000 lebten und damit zwischen 75 und 80 % der Herero umgekommen waren.<<

Deutsches Reich: Friedrich von Holstein berichtet im Jahre 1904 über das Krisengebiet Marokko (x056/310): >>Frankreich ... schickt sich zur Aneignung Marokkos an, unter vollständiger Ignorierung der berechtigten Interessen Dritter. ... Der auswärtige Handel und die auswärtige Industrie (werden) aus Marokko verdrängt. Insbesondere (werden) bei Eisenbahn- und Minenkonzessionen sowie bei allen amtlichen Ausschreibungen lediglich Franzosen Berücksichtigung finden. Marokko ist heute noch eines der wenigen Länder, wo Deutschland für seinen Verkehr freie Konkurrenz hat. ...<<

1905

Europa: Spätesten ab 1905 beginnt in Europa ein Wettrüsten ("zu Lande und zu Wasser"), wie man es bisher noch nicht erlebt hat.

Die Rüstungsausgaben betragen z.B. für 1905, 1910 und 1913 (x056/312):

- >>1. Rußland (1.069, 1.435 und 2.050 Millionen Mark),
2. Deutsches Reich (1.064, 1.377 und 2.111 Millionen Mark),
3. England (1.263, 1.367 und 1.491 Millionen Mark),
4. Frankreich (991, 1.177 und 1.327 Millionen Mark),
5. Österreich-Ungarn (460, 660 und 720 Millionen Mark).<<

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich baut ab 1905 vor allem die bis dahin unbedeutende Flotte zu einer mächtigen Handels- und Kriegsmarine aus.

Im Jahre 1896 besitzt das Deutsche Reich erst 6 Schlachtschiffe und 4 Kreuzer, während Großbritannien über 33 Schlachtschiffe und 130 Kreuzer verfügt (x090/238). Der verstärkte Ausbau der deutschen Schlachtflotte (ab 1898) und der deutsch-britische Rüstungswettlauf, um die Vormacht zur See, wirken sich allmählich verhängnisvoll aus, denn die Briten fühlen sich zunehmend bedroht. Da die Artilleriegeschütze der neuen deutschen Schlachtschiffe allen bisherigen Geschützen überlegen sind, werden die bisher kampfstärksten britischen Kriegsschiffe entwertet (x065/340).

Infolge der Mißachtung des Vertrages von Madrid (1880) und um die deutschen Wirtschaftsinteressen zu unterstützen (Firma Mannesmann und andere), führt Wilhelm II. einen Staatsbesuch in Tanger durch. Dort sichert der Kaiser dem Sultan seinen Schutz zu. Diese 1. "Marokkokrise" bringt Europa bereits im Jahre 1905 an den Rand eines Krieges. Der Kaiser entscheidet aber noch rechtzeitig, das "Marokko-Problem" politisch zu lösen.

Kaiser Wilhelm II. spricht am 22. März 1905 in Bremen über seine Vorstellung eines Weltreiches.

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichten später über diese Rede des Kaisers (x1.035/...): >>Anlässlich einer Denkmalsenthüllung im Jahre 1905 in Bremen hielt Wilhelm II. eine Rede von höchster Bedeutung. Er erläuterte darin, daß er mit dem aufstrebenden Deutschen Reich zwar nach einer Rolle als Weltmacht strebe, erteilte aber allen kriegerischen Mitteln dazu eine klare Absage.

Vielmehr betonte er, daß eine deutsche Weltmacht nach seiner Vorstellung das "absolute Vertrauen" der anderen Weltmächte (z.B. Großbritannien, USA) als "eines ruhigen, ehrlichen, friedliebenden Nachbarn" genießen solle.

Das Streben nach einem deutschen Weltreich mag manchem heute als leichtfertige Hybris erscheinen, doch entsprach es längst den Tatsachen: Vor allem was Wirtschaft und Wissenschaft betraf, war Deutschland 1905 durch atemberaubendes Wachstum bereits eines der drei mächtigsten Länder der Erde geworden.

Bremen, 22. März 1905

"Meine Vorstellung eines Weltreiches"

"Ich habe mir gelobt, auf Grund meiner Erfahrungen aus der Geschichte, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben, denn, was ist aus den großen sogenannten Weltreichen geworden? Alexander, Napoléon I., alle die großen Kriegshelden, im Blute haben sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder aufgestanden sind und ihre Reiche zum Zerfall gebracht haben.

Das Weltreich, das ich mir erträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder von einer Hohenzollern-Weltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberungen durch das Schwert begründet sein wird, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen."

Quelle: Joachim von Kürenberg: "War alles falsch? - Das Leben Kaiser Wilhelms II.", 1951<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 24. Dezember 1905 (x056/278): >>Wer in die Regierung eintritt, darf kein bürgerliches Gewerbe betreiben, darf nicht Bankier oder Kaufmann, darf nicht Fabrikant oder Schiffsreeder sein. ... Nur eine Ausnahme hat die löbliche Regel. Landwirte dürfen unsere Staatsmänner sein, und sie dürfen sich sogar nach Bismarcks Vorbild rühmen, die Interessen dieses einen, ihres eigenen Gewerbes, auch als Leiter des Staates zu vertreten. ...

Der Gedanke, daß der Finanz- und Handelsminister nebenbei ein Bank- und Handelsgeschäft weiterbetreibe, erscheint ungeheuerlich. Landwirtschaft aber mit allen ihren Nebengewerben ist jedem Minister erlaubt. ... Der landwirtschaftltreibende Großgrundbesitz ist nach seinem Anteil am Staate und nach seinen Leistungen für diesen längst nicht mehr das, was er einst, namentlich für Preußen, gewesen ist, aber die Bevorzugung ist geblieben.

Handel, Gewerbe, Industrie, die ... jetzt dem Staate ganz überwiegend die Mittel und die Bedeutung verleihen, haben sich im staatlichen Leben noch nicht zur staatlichen Gleichberechtigung durchgerungen.<<

Kaiser Wilhelm II. erklärt am 30. Dezember 1905 während eines Gespräches mit dem deutschen Reichskanzler von Bülow (x056/277): >>... (Ein Krieg im Jahre 1906 wäre auch deshalb besonders ungünstig), weil wir wegen unserer Sozialisten keinen Mann aus dem Lande lassen könnten, ohne äußerste Gefahr für Besitz und Leben der Bürger. Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blutbad, und dann Krieg nach außen. ...

Ein kluger deutscher Staatsmann erkennt die Grenzen, auf die sich jede Weltpolitik beschränken muß, wenn sie keinen Zusammenschluß sämtlicher Nationen in Waffen herausfordern

soll. Die Schaffung eines deutschen (Herrschaftsbereichs) in Kleinasien (hängt) letzten Endes (von) ... einer deutschen Beherrschung der See oder einer deutschen Eroberung Konstantinopels und der zwischen den ... Südosten Deutschlands und dem Bosphorus liegenden Ländern (ab).<<

Der Allgemeine Deutsche Frauenverein fordert im Jahre 1905 (x056/223): >>... Gleiche Bildung für Mädchen, ... obligatorische Fortbildungsschulen für alle aus der Volksschule entlassenen Mädchen. ... (Gleichberechtigung) der höheren Mädchenschule. ... Unbeschränkte Zulassung ordnungsgemäß vorgebildeter Frauen zu allen wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Hochschulen. ...

Die Arbeit der Frau in der Erfüllung dieses Berufs ist wirtschaftlich und rechtlich als vollgültige Kulturleistung zu bewerten. ... (Im Berufsleben der Frau) gleicher Lohn für gleiche Leistung ...

Ehegesetze, durch welche beiden Ehegatten das gleiche Verfügungsrecht in allen gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere der gleiche Anteil an der elterlichen Gewalt gesichert wird. ... (Bessere) Rechte der unehelichen Kinder. ... Größere Verpflichtungen (des Vaters des unehelichen Kindes) gegen Mutter und Kind. ...

Zulassung zu Frauen zu verantwortlichen Ämtern in Gemeinde und Staat, ... (im) Mädchenschulwesen, (in) staatlicher und kommunaler Sozialpolitik, Arbeiterinnenfrage, Rechtspflege. ... Weibliche Schöffen und Geschworene (bei Gericht, gleiches Vereins-Recht für Frauen). Teilnahme der Frauen am kirchlichen, ... kommunalen, ... politischen Wahlrecht.<<

Afrika: In Deutsch-Ostafrika beginnt im Jahre 1905 der Maji-Maji-Aufstand des Wamatumbi-Stammes.

Angehörige des Wamatumbi-Stammes berichten später über den Sturm auf die deutschen Befestigungen (x239/184): >>... Sie umzingelten die deutschen Palisaden in vielen Reihen. Die Maji-Maji-Krieger schossen mehrmals, aber die Deutschen antworteten nicht. ...

Dann um 5 Uhr früh, als die Wamatumbi versuchten, in die Palisaden einzubrechen, befahl der Europäer seinen Askari (afrikanische Soldaten der deutschen Schutztruppen) zu feuern.

Oh, wieviele Männer an diesem Tage starben! Denn sie wußten nicht, was ein Maschinengewehr ist. Sie dachten, die Deutschen hätten keine Munition mehr und trommelten auf leeren Kanistern, um sie fortzuscheuchen. So wurden die zähen Kämpfer von Kugeln getroffen, manche in die Beine, andere in den Rücken, andere in die Nase. Viel zu viele Menschen starben an diesem Tag. ...<<

1906

Deutsches Reich: Da US-Präsident Theodore Roosevelt vermittelt und Rußland längst noch nicht "kriegsbereit" ist, muß Frankreich im Kolonienkonflikt in Marokko zunächst nachgeben (Konferenz von Algeciras im Jahre 1906).

Für das Deutsche Reich stellt die 1. Marokkokrise trotzdem eine schwere diplomatische Niederlage dar, denn sie führt zur Isolierung des Reiches.

Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erklärt nach der Konferenz von Algeciras im deutschen Reichstag (x239/200): >>Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns. Es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen sich der Gemüter bemächtigte.

Wie kam das?

Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Machtfrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen?

Nein, meine Herren, um Marokko nicht. Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort auch keine politischen Aspirationen (Ansprüche). ...

Aber wir haben wirtschaftliche Interessen in einem unabhängigen, bisher noch wenig erschlossenen, zukunftsreichen Lande. ...

Wir besaßen aus einem Handelsvertrag die Rechte der meistbegünstigten Nation. Darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war die Frage des Ansehens der deutschen Politik, der Würde des Deutschen Reiches, in welcher wir nicht nachgeben durften. ...<<

Der deutsche Nationalökonom Ludwig Josef Brentano (1844-1931) kritisiert im Jahre 1906 bestimmte soziale Fürsorgemaßnahmen von Unternehmen (x239/97): >>Es handelt sich hier nicht um Wohlfahrtseinrichtungen rein karitativen Gepräges, sie sind über alles Lob erhaben. Es handelt sich (hier) vielmehr um Maßnahmen, die sich überwiegend nur auf den Teil des Lebens des Arbeiters beziehen, wie Wohnungsfürsorge, Darlehensgewährung und dgl., deren Wirkung ... darin besteht, den Arbeitern innerhalb wie außerhalb der Unternehmungen zu jedweder Unterwerfung unter den Willen des Arbeitgebers zu zwingen.

So erhält jeder Betrieb damit ... gewissermaßen eine Garde, über die er unumschränkt zu verfügen vermag. ...<<

1907

Deutsches Reich: Nach dem englisch-russischen Bündnis im Jahre 1907 sprechen viele Deutsche bereits von einer bewußten Einkreisung des Reiches.

Bernhard Dernburg (1865-1937, von 1907-10 Leiter des Reichskolonialamts, 1919 Reichsfinanzminister, 1918-30 Mitglied des Reichstages) erläutert im Jahre 1907 die reformierten Richtlinien der deutschen Kolonialpolitik (x239/184): >>Wenn man mit gewalttätiger Hand eingreift in uralte Lebensgewohnheiten, Familienrechte, wenn man mit aller Ehrlichkeit und allem Wohlwollen zu Felde zieht gegen den Aberglauben, wenn man Rechtsbegriffe auspflöpft, wo das entsprechende Rechtsempfinden fehlt, wenn man deutsch verwaltet mit der Pünktlichkeit des hohen Rechnungshofs in Potsdam, wenn man die Neger, deren Leistungsfähigkeit in den Tropen teils durch die Ungewohnheit zur Arbeit, teils durch das furchtbare Klima eine beschränkte ist, zu stark anspannt, und wenn man ... über manche üblen und grausamen Gewohnheiten nicht unter Umständen wegsehen kann, so kommt man natürlich in den Zustand des ständigen Konfliktes, und wo man auf selbstbewußte, gut bewaffnete und ihrer numerischen Überzahl nach sichere Eingeborene trifft, kommt man selbstverständlich in den Aufstand, den man mit großen Opfern zu beruhigen hat.

Hier hilft nur langsame, verständige, überlegte Tätigkeit besonders befähigter und vorgebildeter Leute, dessen Bewegungsfähigkeit nicht zu stark eingeschränkt werden darf. Nicht zu viel Vorschriften, keine Bürokratie, sondern Männer mit gesundem Menschverstand, freier Anschauung, die nicht zu viele Ziele gleichzeitig im Auge haben und den Druck der neuen Regierung nur da ausüben, wo es eben zur Erfüllung jener beschränkten Aufgaben absolut notwendig ist. ...

Hat man früher mit Zerstörungsmitteln kolonisiert, so kann man heute mit Erhaltungsmitteln kolonisieren, und dazu gehören ebenso der Missionar, wie der Arzt, die Eisenbahn wie die Maschine, also die fortgeschrittene theoretische und angewandte Wissenschaft auf allen Gebieten. ...<<

Afrika: Die Aufstände in Deutsch-Südwestafrika (1904-1907) und in Deutsch-Ostafrika (1905-1907) werden im Jahre 1907 endgültig niedergeschlagen.

Bei diesen Kolonialkriegen sterben in Deutsch-Südwestafrika etwa 50.000-60.000 Angehörige des Herero-Stammes, etwa 10.000 Angehörige des Nama-Stammes und über 2.000 Deutsche. In Deutsch-Ostafrika kommen mindestens 75.000 Angehörige des Maji-Maji-Stammes um (x261/195).

1908

Deutsches Reich: Das preußische Enteignungsgesetz vom 20. März 1908 ermöglicht den preußischen Ansiedlungskommissionen (1886 gegründet), polnische Grundbesitzer in den Ostprovinzen gegen Entschädigung zu enteignen (x092/711). Die polnischen Abgeordneten protestieren gegen diese "Germanisierung durch Enteignung" (Verstoß gegen die Gleichheit

vor dem Gesetz und die Unverletzlichkeit des Eigentums).

Großadmiral Alfred von Tirpitz begründet am 17. Dezember 1908 schriftlich den weiteren Ausbau der deutschen Flotte (x058/274-275): >>Euer Durchlaucht (Reichskanzler von Bülow) richten die Frage an mich, ... ob Deutschland und das deutsche Volk einem englischen Angriff mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen können.

Bei der großen Überlegenheit der englischen Flotte muß ich diese Frage verneinen. ...

Was im übrigen die Kriegsgefahr anbetrifft, so haben wir derselben vom ersten Flottengesetz an ins Auge gesehen. Sie ist durch den fortschreitenden Ausbau unserer Flotte nicht größer, sondern kleiner geworden. Als Beweis führe ich an, daß sich große Kreise des englischen Volkes bereits vor unserer Flotte fürchten.

In wenigen Jahren wird unsere Flotte so stark sein, daß ein Angriff auf dieselbe auch für England ein großes militärisches Risiko bedeutet. Damit ist der Zweck der Flottenpolitik des letzten Jahrzehnts erreicht.<<

1909

Deutsches Reich: Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erläutert am 29. März 1909 angesichts der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 die wesentlichen deutschen Motive für die Unterstützung der Donaumonarchie (x092/714): >>... Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen.

Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber müßte notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam repräsentieren und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Waagschale geworfen wird. ...

Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren. ...<<

Infolge der kurzsichtigen Ausgleichspolitik und der naiven, völlig unverständlichen Bündnistreue gerät das Deutsche Reich allmählich in den folgenden Jahren immer stärker in den Balkankonflikt hinein. Damals ahnt noch niemand, daß diese verhängnisvolle Nibelungentreue schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln wird.

Friedrich Naumann, (1860-1919, deutscher evangelischer Theologe und christlich-sozialer Politiker, 1919 Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei) schreibt im Januar 1909 in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift "Die Hilfe" (x239/163): >>... Wer will leugnen, daß wir alle im stillen uns vor einer politischen Katastrophe fürchten, die nicht kommen muß oder soll, aber die doch kommen kann?

Wir überdenken die ungeheure Macht, die durch Erbschaft, Geschichte, Verfassung, Zeitlage und Personalkraft in diese eine Hand (des Kaisers) gelangt ist. ...

Die Monarchie ist ja deshalb so hoch gestiegen, weil es neben ihr überhaupt keine regierungsfähigen Stellen gibt.

Es gibt keine regierungsfähige Aristokratie und keine regierungsfähige Demokratie, keine regierende Parlamentsmehrheit, und nicht einmal eine Stelle, die morgen die sichere Führung der Staatsgeschäfte in die Hand nehmen könnte, wenn heute die Monarchie versänke. ...

Wir sind ein unpolitisches Volk, und deshalb kommen wir nicht los vom Monarchen. ...

"Dem impulsiven Regiment" entspricht eine Bildungsschicht, die ganz ebenso ist.

Dieser Kaiser, über den ihr euch aufregt, ist euer Spiegelbild! Ihr werdet in demselben Maße von seinem persönlichen Regime freiwerden, als ihr selbst etwas Politisches tut! ...

Wir alle müssen den Staat neu begreifen lernen, den neuen Staat mit seinem Großbetriebscha-

rakter, und müssen von vorn an lernen, für den neuen Staat ein neues Regiment zu schaffen, eine Form des Regiments, die den Volksbedürfnissen entspricht in der Art des englischen Systems. ...<<

Der deutsche Mediziner Paul Ehrlich (1854-1915, begründet die moderne Chemotherapie und Serumforschung, 1908 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet) beendet im Jahre 1909 seine Versuchsreihen zur Herstellung eines Medikamentes gegen die meistens tödlich verlaufende Syphilis. Paul Ehrlich entwickelt 1909/10 mit dem japanischen Bakteriologen S. Hata das Syphilisheilmittel Salvarsan (Arsenpräparat).

Afrika: Im Jahre 1909 werden an den Schulen in Deutsch-Togo folgende Prüfungsaufgaben gestellt (x056/286): >>20. November: Nach Schönschreiben und Rechtschreiben, je eine halbe Stunde, Geographie, eine Stunde:

a) die großen Staaten Europas und ihre Hauptstädte

b) die Namen der bedeutendsten deutschen Flüsse und die Richtung, in der sie fließen (Test, ob sich die Schüler eine Karte vorstellen können)

c) die Namen der bedeutendsten deutschen Gebirge

Am Nachmittag Aufsatz: Welche guten Dinge haben uns die Europäer gebracht? Lesen aus (einem Lesebuch, genannt das) Dreikaiserbüchlein.

Nach dem Rechnen am 22. November wurde am 23. unter anderem auch Geschichte geprüft: Die Regierung Wilhelms I. und die Kriege, die er geführt hat. Nenne die Männer, die sein Regiment besonders unterstützt haben.<<

1910

Deutsches Reich: Der deutsche Kaiser und Zar Nikolaus II. schließen im Jahre 1910 in Potsdam ein Abkommen, daß beide Mächte keine feindliche Bündnispolitik führen werden (x074/998).

Der Hamburger Volksschullehrer und Schriftsteller Heinrich Kautz (1892-1978) schreibt im Jahre 1910 über das Alltagsleben im Ruhrgebiet (x092/718): >>In weitem Bogen zieht sich da eine eintönige Häuserkette durch das Feld: Kolonien, kleine Häuser sind es.

Einige Meter zurück liegen die Ställe und dann kommt das Feld. Das sind die alten Kolonien, in denen jede Familie eine eigene Haustür hat. Wer einmal in diesem kleinen Häuschen wohnt, zieht nicht leicht aus. Man lebt und wohnt so schön für sich.

Schönere Räume bieten die großen Kolonien, die im Viereck zusammenstehen und schnurgerade Straßen begrenzen. Eine Haustür hat da viel durchzulassen. Aber jede Wohnung hat ihre Abschlußtür. Die Bewohner dieser Blocks haben kein Feld, höchstens draußen im Bruch ein Schrebergärtchen. Dafür aber gibt's einen schönen weiten Innenhof mit Anlagen, Bäumen, Spielplätzen, Sandhaufen und Pfosten zum Wäschetrocknen. ...

Die Straßen sind nicht gepflastert. In den Rinnsteinen spielen die Kinder und watscheln die Gänse. Frauen laufen barfuß umher. Sie bringen die Ziege oder das Schaf auf die Wiese. Andere binden sich die Röcke hoch und putzen.

In den Fenstern liegen die Kostgänger. Sie haben den ganzen Tag geschlafen und müssen gleich zur Nachtschicht. ...

Wie fein die Fenster manchmal aussehen! Oft findet man Blumenbänke mit reicher Schnitzarbeit. Ab und zu sieht man aber auch armselige Fenster, die weder Blumen noch Gardinen tragen, sondern nur eine alte Bettdecke vorgesteckt haben.

An sehr vielen Fenstern sieht man Schilder: "Büglerin", "Strickmaschine", "Kost und Logis" usw. Die Koloniebewohner sind durchweg arbeitsame Leute. Auch die Frauen wollen etwas mitverdienen.

Abends, besonders im Sommer, ist es recht lustig in der Kolonie. Überall ist Musik.<<

Die deutsche Exportwirtschaft verkauft im Jahre 1910 Güter im Wert von 16,4 Milliarden Goldmark und belegt damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien.

nien, danach folgen die USA und Frankreich (x256/1).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die damalige Entwicklung des deutschen Exporthandels (x057/184-187): >>Etwa vier Fünftel der in den Fabriken hergestellten Waren fanden in Deutschland Absatz, das übrige dagegen mußte auf ausländischen Märkten verkauft werden. Da gleichzeitig der Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln wuchs, vergrößerte sich der Welthandel Deutschlands beständig.

In der ganzen Welt waren die deutschen Waren angesehen, und der deutsche Kaufmann trat in scharfen Wettbewerb mit den englischen Kaufleuten, die bisher allein den Weltmarkt beherrscht hatten. Selbst in England fanden die deutschen Waren Absatz, so daß die englische Regierung den Stempel "Made in Germany" für deutsche Waren verlangte, um sie zu verdrängen. Aber diese Maßnahme wurde zur besten Empfehlung der billigen und guten deutschen Erzeugnisse.

Vor dem ersten Weltkrieg hatte ... der Gesamthandel Deutschlands (Ein- und Ausfuhr) den zweiten Platz in der Welt errungen und reichte nahe an denjenigen Englands heran (22,5 Milliarden gegen 27 Milliarden Mark). Dabei hatte sich der deutsche Handel seit 1890 um das Vierfache, der englische nur um das Doppelte vermehrt. ...

Die bedeutsame Entwicklung des deutschen Handels wäre nicht möglich gewesen ohne den ungeheuren Aufschwung des Verkehrs. ... Zahlreiche Kanäle verbilligten die Beförderung von Massengütern (Dortmund-Ems, Mittellandkanal, Berlin-Stettin). Duisburg entwickelte sich zum größten Binnenhafen. Neben den Wasserstraßen besaß Deutschland das größte Eisenbahnnetz auf dem Festland, den stärksten Briefverkehr und das größte Telegraphennetz Europas. ...

Für den Überseeverkehr baute Deutschland seit 1890 nur noch auf eigenen Werften seine Handelsschiffe und besaß 1914 die größten Schiffahrtsgesellschaften (Hapag, Lloyd), die besteingerichteten Dampfer für den Personenverkehr (Imperator, Vaterland) und die zweitgrößte Handelsflotte der Welt. Der Hamburger Hafen wurde zum größten Seehafen Europas ausgebaut und mit Bremen zum wichtigsten Einfuhrhafen Deutschlands.

Die Seeschifffahrt beherrschte nicht nur die von Deutschland ausgehenden Linien, sondern betätigte sich vielmehr auch im Verkehr zwischen fremden Häfen (Ostasien, Vereinigte Staaten, Ostindien, Mittelmeerländer). Die deutsche Handelsflagge wehte in allen Weltmeeren, in den neuerworbenen Handelsniederlassungen (Kiautschou 1898) und in den deutschen Kolonien, die sich aus bescheidenen Anfängen gut entwickelt hatten. ...

Infolge dieser Wirtschaftsblüte wurde Deutschland immer weiter mit der Weltwirtschaft verflochten, woraus Neid und Mißgunst der übrigen Weltmächte, besonders Englands und eine bedenkliche Abhängigkeit vom Ausland entstanden.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die Entwicklung des Welthandels bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x281/46-47): >>... Die Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten hatten sich über die Jahrzehnte verschärft. Denn der wachsende Wohlstand besaß von Anfang an einen Zwillingsbruder, der ihm auf Schritt und Tritt folgte: die Angst. Wo immer sich das Leben verbessert, folgt die Befürchtung, im nächsten Moment könne alles vorbei sein. Das Streben nach Wohlstand und die Angst ihn zu verlieren, sind bis heute die zwei wichtigsten Antreiber der neuzeitlichen Geschichte.

Das englische Königreich wirkte früh schon erschöpft. Der schnelle Aufstieg vom Inselvolk zur Weltmacht hatte die politischen und ökonomischen Kräfte überdehnt. Die Neuerwerbungen in Übersee mochten prestigeträchtig und exotisch sein, rentierlich waren sie oft nicht. Zu den Kosten der Eroberung kamen die Kosten der Besatzung hinzu, die schnell ins Unermeßliche steigen konnten.

Wer gehofft hatte, mit dem Quadratmeilen-Imperialismus das Fundament für den weltgrößten Binnenmarkt gelegt zu haben, sah sich getäuscht. Englands Bedeutung für die Weltwirtschaft

schrumpfte. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion hatte bereits 1913 den der Engländer überholt.

Das Deutsche Reich war allein schon aufgrund seiner Einwohnerzahl ein großer Brocken, der jährlich schwerer wog. Aus den 40 Millionen Deutschen des Jahres 1870 waren vor Kriegsbeginn 65 Millionen geworden. In Europa lebten nur in Rußland mehr Menschen.

Durch seine Mittellage war das Reich politisch zwar im Zentrum aller Konflikte, aber der Handel profitierte. Die deutsche Industrielleistung schoß empor, überragte bald die Nachbarstaaten. Aus den deutschen Hochöfen floß in den Jahren vor Kriegsbeginn mehr Rohstahl, als Franzosen, Russen und Engländer gemeinsam produzierten. Auch die neu entstandene chemische Industrie war ein Glanzstück. Mit Firmen wie Bayer, BASF und Hoechst produzierte sie damals rund 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. ...<<

Wolfgang Müller berichtet später über das "Goldene Zeitalter" Deutschen Kaiserreiches (x1.035/...): >>>Deutschlands großer Sprung nach vorn

Das vergessene Goldene Zeitalter: Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Deutschen Kaiserreich

Im Kaiserreich unter Wilhelm II. erlebte Deutschland eine Glanzzeit; sie endete erst 1914 jäh mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Bis dahin gab es bahnbrechende Erfolge in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur - und Deutschland wurde zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Heute verbinden wir mit diesem sprichwörtlich Goldenen Zeitalter in erster Linie Militarismus und Untertanengeist - ein leichtfertiges und grotesk eindimensionales Urteil, wie die folgenden Fakten zeigen.

Wirtschaft

Die wilhelminische Gesellschaftsordnung bot neben einem hohen Maß an politischer Freiheit auch einen Rahmen, in dem sich die gesamte wirtschaftliche Freiheit voll entfalten konnte. Milton Friedmans (Ökonom und Nobelpreisträger, 1912-2006) Diktum, wonach sich politische und wirtschaftliche Macht in einer solchen Ordnung trennen und sich gegenseitig neutralisieren, trifft auf das damalige Wirtschaftssystem durchaus zu.

Hohenzollern-Deutschland war als konstitutionelle Monarchie ein Rechtsstaat, in dem Wirtschaft und Bildung eine bis dahin unerreichte Blütezeit erlebten.

Nüchterne volkswirtschaftliche Kennziffern - auch im internationalen Vergleich - sprechen eine deutliche Sprache:

Die durchschnittliche deutsche Arbeitslosenquote zwischen 1871 und 1914 betrug lediglich 1-2 % (zum Vgl.: Großbritannien: 5-10 %, Frankreich: 6-10 %). Das durchschnittliche Wachstum der Wirtschaft zwischen 1896 und 1913 lag bei 3,4 % jährlich.

Die Preise verhielten sich, bedingt durch den Goldstandard (offiziell seit 1.6.1909, in praxi schon seit 1875/76) und die geringe Staatsverschuldung, stabil, was sich auch anhand der Preissteigerungsrate ablesen läßt: Die jährliche Inflation zwischen 1871 und 1914 betrug gerade einmal 0,48 %.

Einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die weitgehend freien Wettbewerb, Rechtssicherheit, Privateigentum und Gewerbefreiheit gewährte, stand eine auf Effizienz und Effektivität hin orientierte Staatsverwaltung gegenüber. Auf 65 Millionen Einwohner im Deutschen Reich kamen 1891 nur 600.000 Verwaltungs- und Justizbeamte. Die Steuerlast pro Kopf war auch im Vergleich zu der Großbritanniens oder Frankreichs niedrig; der Staat hielt sich mit Eingriffen in die Wirtschaft eher zurück, so betrug die Staatsquote im Kaiserreich lediglich 14 % (heute 45 %).

Die Quote der Selbständigen war enorm hoch, die Unternehmen verfügten im Durchschnitt betrachtet über eine gute Eigenkapitaldecke. Der Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung in Europa erreichte eine Intensität, die erst wieder in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht wurde. Dies betrifft auch Schlüsselbranchen wie die Montanindustrie.

Dabei ist zu ergänzen, daß das damalige Deutschland mit gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen fertig werden mußte. Der rasante Übergang von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat, das stetige Bevölkerungswachstum (1871: 40 Millionen Einwohner, 1914: ca. 68 Millionen Einwohner in Deutschland) sowie die zunehmende Internationalisierung des Warenverkehrs stehen stellvertretend für den epochalen Modernisierungsschub des Kaiserreichs:

"Während die Landwirtschaft ein Sorgenkind des Kaiserreichs blieb, setzte in den (1880er Jahren ein enormes Wachstum der Industrie ein. Das galt nicht nur für die Schwerindustrie, sondern vor allem für neue Industriezweige. So wurde die Elektroindustrie durch bahnbrechende Erfindungen, wie des Elektromotors und der Glühlampe, beflügelt.

Alles in den Schatten stellte die chemische Industrie. Das von Bayer produzierte Schmerzmittel Aspirin wurde zum globalen Verkaufsschlager. Zu Beginn der 80er Jahre verfügte die chemische Industrie Deutschlands auf dem Weltmarkt über einen Anteil von fünfzig Prozent, der bis zur Jahrhundertwende auf neunzig Prozent gesteigert werden konnte.

Einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung leistete das Bankensystem. Zu der Vielzahl kleiner und kleinster Privatbanken kamen seit Beginn der (1870er Aktienbanken, die sich zu Großbanken entwickelten. Sie versorgten in dem kapitalarmen Deutschland die Industrie mit den nötigen Krediten. ... So schrumpfte der Abstand zur ersten Wirtschafts- und Handelsmacht England rapide. Bis 1914 hatte Deutschland den britischen Konkurrenten fast eingeholt und in zukunftssträchtigen Industrien weit hinter sich gelassen."

(Ralf Georg Reuth: Deutschlands vergessene Blütejahre. In: Welt am Sonntag, 15.01.2006)

Die wirtschaftliche Prosperität des Kaiserreichs war kein auf die Oberklasse beschränktes Phänomen. Schon dem jungen Kaiser Wilhelm II. lag viel daran, gerade auch die Arbeiter als "Vierten Stand" in das neue Deutschland zu integrieren.

Der Monarch verfolgte vor allem in den ersten Jahren nach seinem Herrschaftsantritt den Kurs eines sozialen "Volkskaisertums", das eine Ausbeutung der unteren Schichten durch die Industrie eindämmen sollte, was - trotz mancher Inkonsequenz seitens der Regierung und bleibender gesellschaftlicher Spannungen - gelang.

Golo Mann beschreibt die damalige Situation so: "Die wirtschaftliche Blüte kam, solange sie dauerte, den breiten Volksmassen zugute. Bewundernswertes in der Förderung des Gesunden und Schönen leistete die Selbstverwaltung der Kommunen. Von weither kamen die Fremden, die in der geistreichen Arbeitswelt Berlins, in der behaglich freieren, gastlichen Atmosphäre Münchens oder Dresdens zu leben wünschten.

Auf die Errungenschaften des liberalen Zeitgeistes war Verlaß. Mochte das Beamtentum rauhbeinig sein, es kannte seine Pflichten und die Rechte der Bürger. ... Das Deutsche Reich war damals ein in seiner Wirklichkeit ungeheuer starker, konzentrierter, von dem Motor einer machtvollen Industrie vorwärtsgetriebener Nationalstaat."

(Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt 2004, S. 499)

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte des Kaiserreichs schuf breiten Wohlstand. Dieses - in der Retrospektive - "goldene Zeitalter" fand erst mit der Katastrophe des Ersten Weltkrieges ein jähes, aber keineswegs zwangsläufiges Ende.

Der Brite Niall Ferguson meint: "Ganz sicher kann man heute nicht mehr die Ansicht vertreten (wie es Marxisten lange getan haben), der Erste Weltkrieg sei die Folge einer Krise des Kapitalismus gewesen, denn er beendete im Gegenteil eine Periode außergewöhnlicher globaler Wirtschaftsintegration, mit relativ starkem Wachstum und niedriger Inflation."

(Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 15)

Rechtsordnung

Am 1.1.1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) in Kraft, die erste einheitliche Grundlage für eine reichsweite Zivilrechtssprechung. Es regelte die Rechtsverhältnisse "natürlicher" und

"juristischer" Personen untereinander.

Der Kaiser gab selbst wichtige Anregungen für dieses Werk und schaltete sich des öfteren in den Erstellungsprozeß ein.

Dank der begrifflichen Präzision und des systematischen Aufbaus in einem dennoch überschaubaren Rahmen, der eine flexible fallbezogene Handhabung durch den Richter ermöglichte, wurde es weltweit zum Vorbild. Selbst heute basieren wesentliche Teile des BGB auf dem Fundament aus der Kaiserzeit.

Bildung und Wissenschaft

Eine entscheidende Ursache dieses "ersten deutschen Wirtschaftswunders" (Ehrhardt Bödeker) lag in dem modernen und leistungsfähigen Bildungswesen der wilhelminischen Epoche. Das dreistufige Bildungssystem (Volksschule, Realschule, Universität) erwies sich als zeitgemäß und effizient, da es nicht nur gesellschaftlichen Eliten zugute kam, sondern in der Breite wirkte und damit den immensen Bedarf einer jungen dynamischen Wirtschaftsmacht an gutausgebildeten Menschen erfüllen konnte.

Die deutsche Analphabetenquote betrug um die Jahrhundertwende weniger als 1 % (Frankreich: 10 %, USA: 12 %, England 9,6 %). Entscheidende Weichenstellungen für die Schulpolitik waren die beiden Schulkonferenzen von 1890 und 1900, die beide auf Initiative des Kaisers zustande kamen und seine modernen Ideen in der Lehrplangestaltung berücksichtigten.

Besonders die Universitäten des Kaiserreichs gehörten zu den modernsten wissenschaftlichen Einrichtungen der damaligen Welt. Von 1901 (erstmalige Verleihung des Nobelpreises) bis 1918 ging mehr als ein Drittel (insgesamt 21!) aller Nobelpreise für wissenschaftliche Arbeiten an Forscher aus dem deutschen Kaiserreich.

Berlin galt als Weltzentrum der Physik. Max Planck holte 1914 Albert Einstein an die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin, wo er 1915 die allgemeine Relativitätstheorie veröffentlichte. Auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, vor allem in der Grundlagenforschung, hatten deutsche Forscher alle anderen Länder überflügelt.

Namen wie Emil Behring und Paul Ehrlich (Medizin), Max Planck und Albert Einstein (Physik) oder Otto Hahn (Chemie) stehen stellvertretend für eine "Nation im Rausch der Erkenntnis". Studienaufenthalte in Deutschland waren international begehrt - in manchen naturwissenschaftlichen Fächern waren bis zu 30 % der Studenten aus dem Ausland. Besonders intensiv war der Wissensaustausch mit den USA, wo Forschung und Lehre sowie die Organisationsstruktur deutscher Hochschulen zum Vorbild genommen wurden. Deutsch galt als weltweite Wissenschaftssprache.

Die Grundlage dieser Erfolge waren in erster Linie die hervorragenden institutionellen Rahmenbedingungen sowie die bahnbrechende Aufbauarbeit des "Bismarck des Hochschulwesens", Ministerialdirektor Friedrich Theodor Althoff. Er konnte sich während seines jahrzehntelangen Wirkens (1882-1907) stets größter Sympathie und Rückhalts bei Wilhelm II. sicher sein. Der wissenschaftsbegeisterte Kaiser hatte zweifellos die Zeichen der Zeit erkannt und forderte von Anfang ein praxisnahes und zeitgemäßes Bildungswesen:

"Wir stehen an der Schwelle der Entfaltung neuer Kräfte. Das neue Jahrhundert wird bestimmt durch die Wissenschaft, inbegriffen die Technik, und nicht wie das vorige durch die Philosophie. Dem müssen wir entsprechen."

Dem zielgerichteten wissenschaftspolitischen Engagement Wilhelms II. folgte die Durchsetzung des Universitäts-Charakters der technischen Hochschulen (TH Danzig, TH München, TH Breslau, etc.), die 1899 das Promotionsrecht und eine Rektorsverfassung erhielten. Damit waren sie den klassischen Universitäten gleichgestellt.

Das "System Althoff" beruhte auf gezielter Auswahl und Förderung von wissenschaftlichen Talenten, der geschickten Bündelung unterschiedlichster Interessen (Industrie, Professoren, Staat) und der Unterstützung durch den Monarchen. Die Anstrengungen Althoffs finden ihren

Höhepunkt in der Gründung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" (KWG, Sitz in Berlin-Dahlem) im Jahre 1911, zwei Jahre nach Althoffs Tod.

Genau drei Monate vorher hatte Kaiser Wilhelm II. aufgerufen, unter kaiserlichem "Protektorat und Namen eine Gesellschaft zu gründen, die sich die Errichtung und Erhaltung von Forschungsinstituten zur Aufgabe stellt".

Diese Institution beruht auf dem - damals revolutionären - Ansatz einer Forschungsvereinigung, die größtenteils durch privates Mäzenatentum aus der Industrie mit teilweiser Unterstützung des Staates finanziert wird: eine Forschungseinrichtung völlig neuen Zuschnitts, die keine Verpflichtung zur Lehre kennt und außerhalb der Universitäten spezialisierte, meist um eine Koryphäe ihres Faches gebaute, Institute umfaßt (z.B. Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, Leitung: Otto Hahn, Doyen der deutschen Kernphysik. Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Leitung ab 1917: Albert Einstein).

Gemeinsames Ziel dieses "deutschen Oxfords" war es, der heimischen Wissenschaft eine Spitzenposition in der Welt zu verschaffen.

Erster Präsident der KWG war der Theologe Adolf von Harnack, ebenfalls ein Vertrauter des Kaisers (ihm folgte 1930 Max Planck).

1946 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgelöst und zwei Jahre später unter dem Namen "Max-Planck-Gesellschaft" wiedergegründet. Aus keiner anderen Institution gingen bis heute mehr Nobelpreisträger hervor.

Die Verbreitung der technischen Wissenschaften galt dem Kaiser als "vornehmste landesherrliche Pflicht". Der Monarch agierte als Brücke zwischen den traditionellen Elementen des Reiches (Heer, Beamtenum, Altpreußen, Junkeradel) und den wissenschaftlichen-technischen Neuerungen der Zeit. Es gelang - trotz der ihm oft zugeschriebenen Unstetigkeit und Oberflächlichkeit - eine insgesamt fruchtbare Symbiose von Alt und Neu.

Der Kaiser verfügte über "ein durchaus profiliertes und für sich stehendes bildungs-, hochschul- und wissenschaftspolitisches Engagement, dessen Spannweite und Intensität von keinem anderen zeitgenössischen Monarchen gehalten wurde. Auf diesem Gebiet waren die kaiserlichen Impulse effektiv, produktiv und teilweise außerordentlich innovativ".

(Frank-Lothar Kroll: Preußens Herrscher. München 2000, S. 303)

Weltweite Aktivitäten

Bisweilen erreichten diese Impulse sogar die Grenzen der damals bekannten Welt: In den Jahren 1901-1903 finanzierte der Kaiser die erste deutsche Südpolexpedition unter der Leitung des Geographen Dagobert von Drygalski mit 1,2 Millionen Goldmark. Das dabei erkundete arktische Territorium (Februar 1902) wurde konsequenterweise "Kaiser-Wilhelm-II.-Land" genannt, (87° 3' Ost und 91° 54' West), heute ist es Teil des australischen Antarktis-Gebietes. Eine zweite deutsche Expedition (1911/1912), die die Durchquerung des "weißen Kontinents" zum Ziel hatte, scheiterte.

Deutsch-amerikanische Seeverbindung

Generell war die deutsche Präsenz auf den Weltmeeren in der wilhelminischen Epoche von überragender Bedeutung: Nicht nur eine starke Flotte, sondern gerade auch die weltweite Handelsschifffahrt waren Voraussetzung für "Weltgeltung" des Landes.

Regelmäßig abgehende Dampfschiffe verbanden die deutschen Häfen mit den entlegensten Ecken der Welt und wurden neben Eisenbahntraßen und Telefonleitungen zu den Lebensadern einer bemerkenswerten internationalen Arbeitsteilung.

"Das Interesse des Kaisers galt vor allem der Passagierschifffahrt. Hier verlief die Entwicklung besonders dynamisch und wurden die größten Schiffe überhaupt gebaut. Während der Regierungszeit Wilhelms II. wuchsen die größten Passagierschiffe von etwa 10.000 auf 50.000 Tonnen.

Die beiden großen deutschen Reedereien, der Norddeutsche Lloyd (NDL) in Bremen und die

Hamburg-Amerikanische Pacetfahrt-Actiengesellschaft (HAPAG) in Hamburg, gehörten zu den weltweit größten Schifffahrtsunternehmen. Als der amerikanische Bankier J. P. Morgan nach der Jahrhundertwende mit seinen Plänen für einen großen Schifffahrtskonzern deren Selbständigkeit zu bedrohen schien, rief dies den Kaiser auf den Plan, der auf ein von ausländischen Einflüssen unabhängiges Reedereigeschäft Wert legte." (Wolfgang König: Wilhelm II. und die Moderne. Paderborn 2007, S. 45)

Einer, der die Zeichen der Zeit erkannte und eindrucksvoll nutzte, war der jüdische Hamburger Reeder und dynamische Vorzeige-Unternehmer par excellence Albert Ballin (1855-1918), der - aus einfachen Verhältnissen kommend - aus der HAPAG die größte Reederei der Welt machte. Ballin war wie andere Wirtschaftsführer (Friedrich Albert Krupp, Emil Rathenau) und Ingenieure (Funktechniker Adolf Slbay, Maschinenbauer Alois Riedler, Wasserbauer Otto Intze und Photochemiker Adolf Miethe) einer der engsten Vertrauten aus dem technisch-industriellen Umfeld des Kaisers.

Kultur und Gesellschaft: Nur ein "Untertanenstaat"?

Plakative Schlagworte sind der Treibstoff allen Geschichte-Erzählens. Jedoch ist es ganz hilfreich, zuweilen die Fakten in Augenschein zu nehmen, um das eine oder andere tradierte Urteil einem "Praxistest" zu unterziehen. Kaum ein Vorurteil hielt sich so lange wie die "Sage von der illiberalen und repressiven Gesellschaft im deutschen Kaiserreich" (Tilman Krause: Unter Wilhelm Zwo war es gar nicht so. In: Die Welt, 27.05.2006).

Denn unvoreingenommene Historiker gestehen der wilhelminischen Epoche durchaus eine "zeittypische Modernität" zu.

So pflegte das Kaiserreich einen - für damalige Verhältnisse - großzügigen Umgang mit Minderheiten. Der renommierte britische Historiker Niall Ferguson kommt in seinem neuesten Werk zu dem Urteil: "In der Tat litten die Juden im Kaiserreich unter keinerlei gesetzlicher Diskriminierung, und der Zugang zu Bildung und Berufsleben stand ihnen mindestens so weit offen wie anderswo in Europa." (Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 147).

Die führenden Verleger der Zeit waren jüdischer Herkunft: Mosse, Ullstein, Singer, Sommermann, Fischer.

Die Medienlandschaft des Kaiserreichs war von außergewöhnlicher Pluralität geprägt:

Um 1900 erschienen in Deutschland 1.200 Zeitungen, Magazine und Zeitschriften, darunter über 100 Tageszeitungen, 65 mit klar politischer Ausrichtung. Selbst während des Ersten Weltkrieges konnte beispielsweise die englische "Times" in Berlin von jedermann gekauft werden.

Auch wenn der Kaiser selbst mit der modernen Kunst wenig anzufangen wußte (sie war ihm zu destruktiv), so konnte sich dennoch eine moderne Kunstszene ganz offen etablieren: Die Berliner Secession um Max Liebermann, die ab 1905 eine Ausstellungshalle mitten am Kurfürstendamm bezog, zeigte Kunstwerke von Käthe Kollwitz, Max Beckmann, Paul Klee, Wassily Kandinsky und Pablo Picasso und machte Berlin zur modernen Kunstmetropole.

Fazit

Das Kaiserreich kann nicht pauschal auf einen "Untertanen- und Militärstaat" reduziert werden. Die 30jährige Regierungszeit des letzten Deutschen Kaisers bedarf eines differenzierteren Urteils.

David Fromkin, Geschichtsprofessor an der Boston University, schrieb: "Ein Porträt von dem Deutschland vor gut 100 Jahren wäre nicht vollständig, wenn man nicht seine hervorragende kulturelle und wissenschaftliche Stellung erwähnen würde. 'Einsteins Deutschland', wie Fritz Stern es genannt hat, war bereit, die Welt in der Lehre und in den Wissenschaften anzuführen. Es brachte großartige Werke der Literatur und der Musik hervor.

Deutsch war die Sprache der Wissenschaft. Wer sich Hoffnungen auf eine Karriere in der Philologie machte, in der Philosophie, der Soziologie oder den Naturwissenschaften, war gut be-

raten, eine deutsche Universität zu besuchen. Die Deutschen waren das wohl kultivierteste Volk auf der Welt." (David Fromkin: Europas letzter Sommer. München 2005, S. 85f.)

Selbst John C. G. Röhl, der schärfste Kritiker Wilhelms II. der letzten 30 Jahre, stellte fest: "Dieses Kaiserreich war damals der erfolgreichste Staat der Welt: wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell, auch in sozialreformerischer Sicht." (Süddeutsche Zeitung, 4.6.2011)

Und der große jüdische Preußen-Kenner H. J. Schoeps kam vor über 30 Jahren zu dem Schluß:

"Bei einer historisch gerechten Würdigung des Kaisers, nach dem das Zeitalter seinen Namen hat, muß man eines wohl an die Spitze stellen: Ohne den Ausbruch der Weltkatastrophe von 1914, für die er nichts kann, würde das Urteil über seine Regierungszeit zweifellos günstiger ausfallen." (Hans-Joachim Schoeps in Otto-Ernst Schüddekopf (Hrsg.): Herrliche Kaiserzeit. Berlin 1973, S. 13)

"Als 1871 in Versailles das neue Deutsche Reich gegründet worden war, hatten die Schweizer eher skeptisch darauf reagiert. Preußen, die Führungsmacht, hatte keinen guten Ruf - die Republikaner verabscheuten das undemokratische Königreich.

Doch seither hatte Deutschland einen sagenhaften Aufschwung erlebt. Neben den USA war es bis vor dem Ersten Weltkrieg das dynamischste und modernste Land der Welt geworden: Seine Wirtschaft brummte, bald überholte sie die britische, vor allem die deutsche Wissenschaft genoß Weltruhm. Damals kamen die amerikanischen Studenten nach Deutschland, um zu studieren, nicht umgekehrt. Harvard kopierte die deutschen Vorbilder: Berlin, Heidelberg, Göttingen, Breslau. Es waren Namen, die klangen wie heute Yale, Stanford oder Princeton.

Niemand wurde in der Schweiz daher mehr bewundert als der deutsche Professor, der deutsche Ingenieur, der deutsche Unternehmer, aber auch der deutsche Offizier." - Markus Somm, Die Weltwoche (Zürich), 18.02.2010, S. 35<<

Der deutsche Journalist und Autor Bruno Bandulet berichtet später über das deutsche Kaiserreich (x1.035/...): >>**Das politische und wirtschaftliche System des Kaiserreichs und der BRD im pointierten Vergleich**

Der Autor vergleicht in diesem Artikel von 2013 das politische und wirtschaftliche System des Kaiserreichs mit dem der Bundesrepublik und räumt pointiert mit der weitverbreiteten Ansicht auf, das Kaiserreich sei gegenüber der Bundesrepublik in allem rückständig und in jeder Hinsicht unterlegen gewesen. Gerade jetzt, zum Centennium (Zeitspanne von 100 Jahren) des Ersten Weltkrieges, dominiert das vorwiegend negative Bild des Kaiserreichs die allgemeine Berichterstattung und bedarf dringend einer Korrektur.

Demnächst in diesem Theater: 1914 und das Kaiserreich

Nur noch kurze Zeit bis 2014, dann werden 100 Jahre seit der Urkatastrophe vergangen sein, in der sich das alte Europa selbst in die Luft sprengte, die dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht ein Ende setzte. Dann werden sich Medien, Historiker und Politiker mit mehr oder weniger volkspädagogischem Eifer dem Anlaß zuwenden.

Sie werden die Frage der Kriegsschuld wieder aufrollen, über den deutschen "Sonderweg" räsonieren, über das Kaiserreich den Stab brechen und über einen Mangel an Demokratie klagen, zu der die Deutschen erst nach Vollendung ihres langen Weges nach Westen gefunden hätten. Daß wir so lange warten mußten, um im freiesten Staat der deutschen Geschichte zu leben, ist eine zur Staatsräson erhobene Selbstdarstellung der hierzulande herrschenden politischen Klasse.

Woran aber läßt sich Freiheit messen?

Wie schneidet das 1871 gegründete und 1918 untergegangene Kaiserreich ab im Vergleich zu anderen Staaten vor 1914 und im Vergleich zur heutigen Bundesrepublik Deutschland?

Nicht schlecht, alles in allem.

In Großbritannien wurde das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erst 1918 eingeführt, im

Deutschen Reich bereits 1871. Wahlberechtigt waren die Männer ab 25 Jahre, die Frauen - wie anderswo - erst nach 1918. In England und Frankreich wurde bei den Wahlen manipuliert, in Deutschland wurden sie korrekt durchgeführt. Die kommunale Selbstverwaltung im Kaiserreich war weitaus "demokratischer" organisiert als in England, wo sie von der Aristokratie und dem niederen Adel dominiert wurde, deren Stimmen ja auch bei den Parlamentswahlen stärker gewichtet wurden als die des gemeinen Volkes.

Die Spielart der deutschen Demokratie - verfassungsrechtlich eine konstitutionelle Monarchie - war eine andere als heutzutage, mit spezifischen Defiziten und Vorzügen, mit einer echten Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament, mit echtem Föderalismus und jedenfalls ohne das zeitgenössische System der Parteienherrschaft.

Oberstes Reichsorgan war der Bundesrat, in dem die Vertreter der 25 Bundesstaaten saßen. Er mußte ebenso wie der Reichstag allen Gesetzen zustimmen. Die direkten Steuern, so die Steuern auf Einkommen und Grundbesitz, waren ausschließlich Angelegenheit der Länder. Es gab keinen Finanzausgleich, keine Vermengung der Einnahmen, keine Verwischung der Zuständigkeiten.

Der Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat führte, wurde vom Kaiser ernannt. Er war insofern unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament. In der Realität war es so, daß bis 1914 kein Reichskanzler gegen den Reichstag regieren konnte, weil er auf die Zustimmung zu den Gesetzen und zum Haushalt angewiesen blieb.

Politik ohne den Griff in die Kassen

Der Berufspolitiker war eine noch seltene Spezies. Am ehesten war er bei den Sozialdemokraten anzutreffen, bei denen die Parteiangestellten einen Großteil der Abgeordneten ausmachten. Es sollte noch lange dauern, bis sich die Parteien den Staat zur Beute machten. Erst ab 1906 bezogen die Reichstagsabgeordneten Diäten, schon ab 1902 konnten sie gratis mit der Bahn nach Berlin fahren, um zu beraten und abzustimmen.

Für die vier oder fünf Sessionen einer Legislaturperiode mußten sie nicht mehr als einen bis vier Monate opfern. So blieb genug Zeit für den Beruf und zu wenig für eine Gesetzgebung am Fließband mit kürzestem Verfallsdatum, zu wenig für das ständige Drehen an der Umverteilungsschraube und für die Düngung eines undurchdringlichen Steuerdschungels. Nie herrschte weniger Leerlauf und mehr gesunder Menschenverstand in einem deutschen Parlament.

Im Jahr 1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft, eine geniale, einmalige Kulturleistung. Unvorstellbar, daß heute der Bundestag und die staatliche Bürokratie noch die sprachliche und intellektuelle Kraft besäßen, ein solches Werk zu produzieren. Übrigens: Ihre Fraktionen mußten die Abgeordneten selbst finanzieren. Fraktionszwang in der heutigen Form herrschte nicht. Im Parlament saßen auch parteifreie Abgeordnete.

Während die Wahlbeteiligung im bundesrepublikanischen System seit Jahren zurückgeht, stieg sie bis zur letzten Reichstagswahl vor dem Krieg 1912 auf 85 Prozent. Der im Berliner Tiergarten seit 1894 ansässige Reichstag - das Gebäude hatte 24 Millionen Mark gekostet - fungierte als Tribüne der Nation, auf der demokratische Öffentlichkeit praktiziert wurde. Die großen Tageszeitungen druckten die wichtigsten Parlamentsreden nach, selbst radikale Auftritte der Linken, selbst zu Zeiten der Sozialistengesetze unter Bismarck.

Sagen zu können, was man denkt, ist gut.

Gehört und nicht totgeschwiegen zu werden, ist besser.

Ein Reichstag der Meinungsvielfalt

Statt Einheitsbrei, fortschreitender Sozialdemokratisierung und Parteienkartell: Meinungsvielfalt und ein Reichstag, der nie Langeweile verbreitete. Im 13. Reichstag von 1912 saßen - wie stets seit 1874 - 397 Abgeordnete, darunter 110 Sozialdemokraten, 45 Nationalliberale und 42 Linksliberale, 57 Konservative, außerdem die 91 Katholiken des Zentrums sowie die Vertreter

der polnischen und dänischen Minderheiten.

Ein buntes Meinungs- und Parteienspektrum also mit der kompletten Bandbreite von links nach rechts - mit der konservativen Partei, die in der Zeit nach Bismarck von 25 Prozent der Stimmen bis auf 12,3 Prozent zurückgegangen war, mit liberalen Parteien, die schließlich unter 30 Prozent rutschten und mit Sozialdemokraten, die ihr Gewicht bis auf ein Drittel ausbauen konnten.

Bestellt wurde der Reichstag nach dem Mehrheitswahlrecht, was häufige Stichwahlen notwendig machte, wenn im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit verfehlt wurde.

Die Abgeordneten genossen Immunität, waren laut Verfassung an Weisungen nicht gebunden und verstanden sich als Vertreter des gesamten Volkes. Das Wahlrecht förderte ihre Unabhängigkeit von den Parteiführungen. Erst ein späterer Bundestag konnte es wagen, auf Distanz zum Volk zu gehen und im nördlichen Innenhof des für 600 Millionen umgebauten Reichstagsgebäudes eine seltsame Installation der "Bevölkerung" zu widmen.

Ein Staat, der Eigentum respektierte

Wer nationale Selbstbestimmung dem Freiheitsbegriff zuordnet, wird im Deutschen Reich nicht weniger fündig. Die Gesetze wurden von gewählten Abgeordneten verabschiedet, nicht von einer anonymen Kommission in Brüssel initiiert, von einem Rat europäischer Regierungen beschlossen und schließlich vom deutschen Parlament gehorsam abgenickt. Die Vorstellung, daß jeder selbst für seine Finanzen verantwortlich ist, war im zwischenstaatlichen Verkehr ebenso selbstverständlich wie zwischen Regierung und Bürgern im Reich.

Daß Banknoten jederzeit in Gold eintauschbar waren, garantierte die Reichsbank, die in nationaler Verantwortung ihren Geschäften nachging - auch dies ein wesentliches Souveränitätsmerkmal. Mit Anleihen konnte wertsteigernd gespart werden. Von 1875 bis 1913 stiegen die Preise um nicht mehr als 0,375 % im Jahr bei positiven Realzinsen.

Gemessen an den Eigentumsrechten, der Grundvoraussetzung einer florierenden Wirtschaft, war das Kaiserreich ohne Zweifel der freieste Staat der deutschen Geschichte. Der Staat sorgte für Recht und Ordnung, setzte die Rahmenbedingungen und überließ es den Bürgern, ihr Leben in Selbstverwaltung frei zu gestalten. Die Belastung pro Kopf in Form von direkten und indirekten Steuern belief sich 1913 in Deutschland auf 54,62 Mark, erheblich weniger als in Frankreich oder England. Von Januar bis Juli für den Fiskus arbeiten zu müssen und erst danach auf eigene Rechnung, wäre den Untertanen des Kaisers als absurd erschienen.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges griff das Reich gerade einmal auf 14 Prozent des Volkseinkommens zu und sorgte dafür für die besten Universitäten der Welt, das fortschrittlichste Schulsystem, eine beispiellos niedrige Analphabetenquote von 0,9 Prozent und eine schlanke, korruptionsfreie und hocheffiziente Verwaltung, die "beste der Welt", um den Sozialdemokraten Otto Braun, den letzten preußischen Ministerpräsidenten, zu zitieren. (Mehr Zahlen und Fakten bei Ehrhardt Bödecker: Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, München 2004.) Mit der nach Rußland jüngsten Bevölkerung Europas sahen die Deutschen stolz, optimistisch und fortschrittsgläubig in die Zukunft.

Das Kaiserreich - nicht in allem, aber in vielem vorbildlich - überlebte länger, als Weimar, das NS-Regime und die Adenauer-Zeit zusammengenommen dauerten. Daß und warum es im Sommer 1914 in einen Krieg schlitterte, der sich mit dem Eintritt der USA 1917 zur europäischen Tragödie auswuchs, ist eine andere Geschichte.

Dieser Artikel erschien ursprünglich in der Kolumne "DeutschlandBrief" des Magazins "eigentümlich frei", September 2013, Nr. 136. ...<<

1911

Deutsches Reich: Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlugen und als "Herren des Landes" auftreten, entsendet das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir (2. "Marokkokrise").

Aufgrund der akuten Kriegsgefahr (englisch-französische Mobilisierung) zieht sich das Deutsche Reich jedoch später endgültig aus Marokko zurück. Marokko wird ein französisches Protektorat (1912).

Das Deutsche Reich erhält zum Ausgleich französische Kolonien im Kongo.

Der Führer der Konservativen kritisiert damals im Reichstag die "Schwäche" der deutschen Reichsregierung (x233/140): >>Das, was uns den Frieden sichert, sind nicht diese Nachgiebigkeiten, sind nicht diese Einigungen, nicht diese Verständigungen, sondern das ist nur unser gutes deutsches Schwert (lebhaftes Bravorufe von rechts) und zugleich das Gefühl, ... daß wir auch auf eine Regierung zu sehen hoffen, die gewillt ist, dieses Schwert zu gegebener Zeit nicht rosten zu lassen. (Bravorufe von rechts) ...<<

Der sozialdemokratische Führer August Bebel warnt nach der 2. "Marokkokrise" in einer Reichstagsrede vor einem Krieg in Europa (x233/143): >>... Es kann auch kommen, wie es zwischen Japan und Rußland gekommen ist. Eines Tages kann die eine Seite sagen: Das kann nicht so weitergehen. Sie kann auch sagen: Halt, wenn wir länger warten, dann geht es uns schlecht, dann sind wir der Schwächere statt der Stärkere. Dann kommt die Katastrophe.

Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüten der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwaffen, gegeneinander ins Feld rücken. ...

Hinter diesem Krieg steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, die große Hungersnot (Widerspruch von rechts). Das wollen sie bestreiten? (Zuruf von rechts: nach jedem Krieg wird es besser!) ...<<

Durch die sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) sowie völlig unnötige, überzogene Machtdemonstrationen gerät das Deutsche Reich immer weiter in die internationale Isolation. Der einzige Bundesgenosse des Deutschen Reiches, unter den europäischen Großmächten, ist schließlich nur noch Österreich-Ungarn. Der angeschlagene Vielvölkerstaat kämpft aber längst seit Jahrzehnten verzweifelt um seine eigene Existenz.

Georg Heym (1887-1912, deutscher Dichter) schreibt im Jahre 1911 das Gedicht "Der Krieg" (x105/140-141):

>>Aufgestanden ist er, welcher lange schlief,
Aufgestanden unten aus Gewölben tief.
In der Dämmerung steht er, groß und unerkant,
Und den Mond zerdrückt er in der schwarzen Hand.

In den Abendlärm der Städte fällt es weit,
Frost und Schatten einer fremden Dunkelheit.
Und der Märkte runder Wirbel stockt zu Eis.
Es wird still. Sie sehn sich um. Und keiner weiß.

In den Gassen faßt es ihre Schulter leicht.
Eine Frage. Keine Antwort. Ein Gesicht erbleicht.
in der Ferne "wimmert" ein Geläute dünn
Und die Bärte zittern um ihr spitzes Kinn.

Auf den Bergen hebt er schon zu tanzen an
Und er schreit: Ihr Krieger alle, auf und an.
Und es schallet, wenn das schwarze Haupt er schwenkt
Drum von tausend Schädeln laute Kette hängt.

Einem Turm gleich tritt er aus die letzte Glut,

Wo der Tag flieht, sind die Ströme schon voll Blut.
Zahllos sind die Leichen schon im Schilf gestreckt,
Von des Todes starken Vögeln weiß bedeckt.

Über runder Mauern blauen Flammenschwall
Steht er, über schwarzer Gassen Waffenschall.
"Über Toren, wo die Wächter liegen quer,
Über Brücken, die von Bergen Toter schwer."

In die Nacht er jagt das Feuer querfeldein,
Einen roten Hund mit wilder Mäuler Schrein.
Aus dem Dunkel springt der Nächte schwarze Welt,
Von Vulkanen furchtbar ist ihr Rand erhellt.

Und mit tausend roten Zipfelmützen weit
Sind die finstren Ebenen flackernd überstreut,
Und was unten auf den Straßen wimmelt hin und her,
"Fegt er in die Feuerhaufen, daß die Flamme brenne mehr."

Und die Flammen fressen brennend Wald um Wald,
Gelbe Fledermäuse zackig in das Laub gekrallt.
Seine Stange haut er wie ein Köhlerknecht
in die Bäume, daß das Feuer brause recht.

Eine große Stadt versank in gelbem Rauch,
Warf sich lautlos in des Abgrunds Bauch.
Aber riesig über glühenden Trümmern steht,
Der in wilde Himmel dreimal seine Fackel dreht.

Über sturmzerfetzter Wolken Widerschein,
In des toten Dunkels kalten Wüstenein,
Daß er mit dem Brande weit die Nacht verdorr,
Pech und Feuer träufet unten auf Gomorrh.<<

1912

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich fühlt sich zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängert am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre. Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg (1856-1921) warnt im Jahre 1912 bereits vor Rußland (x063/482): >>... Die Zukunft gehört ihm - es wächst und wächst und legt sich als immer schwererer Alp auf uns.<<

Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erkämpft im Jahre 1912 schon 110 von 398 Mandaten und wird erstmalig stärkste Partei des deutschen Kaiserreiches (x063/428).

Der Katholik und linksliberale Politiker Eduard Windthorst (1834-1914) erklärt im Jahre 1912 zur Frauenbewegung (x261/162): >>Man könnte versucht sein, sich mit der Äußerung des Widerwillens zu begnügen und anzunehmen, daß die ganze Bewegung bald dem verdienten Spotte anheimfallen werde. Eine solche Annahme findet ihre Rechtfertigung schon in der Erwägung, daß in der psychischen und in der physischen Natur des Weibes ein unübersteigliches Hindernis liegt, den unbegrenzten Wettbewerb mit dem Manne aufzunehmen.

Man braucht doch nur an gewisse, mit der weiblichen Natur unabänderlich verbundene, oder

infolge der Ehe sich ergebende Zustände zu denken, in denen auf kürzere oder längere Zeit die Arbeitsfähigkeit ganz aufgehoben oder doch erheblich vermindert ist. ...<<

Houston S. Chamberlain schreibt im Jahre 1912 (x233/160): >>Gute und schlechte Menschen gibt es nicht, für uns wenigstens nicht, nur vor Gott. ... Dagegen gibt es recht wohl gute und schlechte Rassen (der Satz wird auf die Juden bezogen) ...<<

Rußland: Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. bekräftigen am 4. Juli 1912 während eines Treffens in Estland die russisch-deutsche Freundschaft.

Rußland baut mit französischer Unterstützung im Jahre 1912 das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkt das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).

Lenin und sein späterer Mitarbeiter Stalin unterstützen die erstmals im Jahre 1912 in Sankt Petersburg erscheinende bolschewistische Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit").

1913

Deutsches Reich: Im Reichstag diskutieren die Abgeordneten am 14. Januar 1913 über das besondere Dienstverhältnis der Beamten (x056/257): >>Das Beamtenverhältnis ist nicht bloß ein Vertrag über bestimmte einzelne Arbeitsleistungen, sondern es ist ein Dienstvertrag, ein Treuevertrag, der die ganze Person umfaßt, ein Verhältnis der Treue, die durch den Eid beschworen ist, in welchem dem König Gehorsam und der Verfassung und des Gesetzen Befolgung zugeschworen wird.

Mit solchem Eid, mit dem Eingehen eines solchen Treueverhältnisses ist die Zughörigkeit zu einer Partei (SPD, 1913 = 110 Sitze im Reichstag), die die Republik erstrebt und dieses Ziel auf dem Wege der Gewalt und Revolution erreichen will, unvereinbar. ...<<

Da die österreichischen Behörden den wehrflüchtigen Hitler verstärkt verfolgen und ihm bereits dicht auf den Fersen sind, flüchtet Hitler im Mai 1913 nach München und gibt sich dort als Staatenloser aus.

Der "Dreibund" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Italien) beschließt am 7. September 1913 in Bad Salzbrunn (Schlesien), daß der "Dreibund" im Kriegsfall wie ein einzelner Staat handeln muß (x092/729).

Nach der französischen und russischen Heeresvermehrung der Vorjahre wird das deutsche Heer auf rund 800.000 verstärkt (x054/164). Die Ausschöpfung der allgemeinen Wehrpflicht kann jedoch im Frieden kaum vor 1917 wirksam werden (x098/41).

Nach den sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) versucht der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg ab 1913, die deutsch-britischen Beziehungen zu verbessern.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die Außenpolitik des deutschen Kaisers (x307/433): >>Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle. Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien.

Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, daß er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für "undenkbar" hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, daß die deutsche militärische Stärke Rußland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde. ...<<

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wird von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...

Das Kaiserreich ... zeichnete sich durch einen kontinuierlichen Zuwachs aus, ohne daß eine zuvor eingetretene Katastrophe kompensiert werden mußte. Die Bevölkerung steigt kontinuierlich, von 40 Millionen Menschen zur Zeit der Reichsgründung auf 68 Millionen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Obwohl die sogenannte "Fruchtbarkeit" schon etwa seit 1900 zu sinken beginnt, werden im Deutschland des Jahres 1913 rund dreimal so viele Kinder geboren wie heute.

Das Wachstum der Bevölkerungszahl resultiert aber vor allem aus einer steigenden Lebenserwartung. Der Reihe nach entdeckten Robert Koch und seine Schüler die Erreger der Volksseuchen, der Tuberkulose, der Cholera, des Typhus, der Diphtherie, der Meningitis und schließlich auch der Syphilis. Die Zahl der Krankenhäuser steigt enorm, in ihnen werden jetzt Röntgendiagnostik und Narkose bei Operationen praktiziert, Hygiene wird zum lebenserhaltenden Stichwort, in den Städten setzen sich Kanalisationen durch.

Unbestreitbar lastet auch wie anderenorts in Europa, die soziale Frage auf Deutschland. Das Proletariat bleibt deklassiert. Aber auch für die Arbeiter geht es, mühsam genug, aufwärts. Der Index der Reallöhne, nimmt man das Jahr 1895 mit 100, steigt von 66 im Jahr 1871 auf 125 im Jahr 1913. Gravierend verbessert sich in Deutschland, auch für die Arbeiter, die Ernährung. Thomas Nipperdey konstatiert, es habe in der weiteren Entwicklung des Kaiserreiches "keinen ausgeprägten Hunger mehr und keine massenhafte, dauernde, strukturelle Unterernährung" gegeben. ...

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zwischen 1870 und 1914 verläuft nicht krisenfrei; sprichwörtlich ist die sogenannte "große Depression" geworden, die schon fünf Jahre nach der Reichsgründung ausbricht; sie nimmt ihren Ausgang vom Platzen großer Spekulationsblasen an den europäischen Börsen. In Deutschland hatte es ein zusätzlich stimulierendes Moment gegeben, die französischen Reparationsleistungen.

Aber insgesamt haben wir es doch unbestreitbar mit einem kontinuierlichen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft zu tun, basierend auf starker Nachfrage nach Investitionen, auf einer auch im internationalen Vergleich sehr jungen, leistungsfähigen und leistungswilligen Bevölkerung und auf einem international herausragenden Niveau in Forschung und beruflicher Bildung. So liegt in den fünf Jahren von 1896 bis 1900 die Zahl der relevanten physikalischen Entdeckungen auf den Gebieten von Wärme, Licht, Elektrizität und Magnetismus durch deutsche Forschungsleistungen bei 525, durch britische und französische bei 392.

Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.

Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zetern zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchten.

Den sogenannten Junkern ist dies vielfach ein Graus: Die höheren Löhne in den Fabriken, die ihre Landarbeiter anziehen, die "gräßliche" Flotte, die Wilhelm II. bauen will, diese ganze Welt der rauchenden Schlote, der Labors, des unentwegten technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Aber auch sie profitieren durchaus davon, die Chemie läßt auch ihre Bodenerträge steigen.

Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte – die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand – arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.

Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.

So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.

In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. In der deutschen Elektrizitätsindustrie stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter allein in dem guten Jahrzehnt 1900 bis 1911 von 61.833 auf 169.123.

An der Weltproduktion von schwefelsaurem Ammoniak im Umfang von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 1913 hat Deutschland allein einen Anteil von 490.000 Tonnen, also knapp 40 Prozent. Im zweiten Band des ungewollt als eine Art Schlußbilanz erschienenen Werkes "Deutschland unter Kaiser Wilhelm II." aus dem Jahr 1914 – ungewollt deshalb, weil der Kriegsausbruch kurz danach dieser Welt des ungebrochenen Aufschwunges ein abruptes Ende setzte – wird eine stolze Summe der ökonomischen Erfolge des Deutschen Reiches gezogen. ...

Nicht gänzlich zu Unrecht wird die ökonomische Position Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg vielfach mit der heutigen Chinas verglichen. Auch hier eine dynamisch aufstrebende, junge, die Exportmärkte usurpierende Macht. ...

Obwohl der Lebensstandard der Menschen in Deutschland vor 100 Jahren deutlich, um ein Mehrfaches, in gewisser Weise sogar um ein Vielfaches unter dem heutigen lag, war es eben zugleich insgesamt ein deutlich aufstrebendes Land mit einer international viel stärkeren Position, als es sie je danach noch einnehmen konnte.

Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<

Das Deutsche Reich und England einigen sich 1912/13 über die Auf- und Verteilung von portugiesischen Kolonien (x098/39-40).

Karl Helfferich (1872-1924, Bankier und Politiker, von 1901-17 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig, ab 1920 führendes Mitglied der DNVP) schreibt im Jahre 1913 über die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kolonien (x239/208): >>Der Gesamthandel der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee (Einfuhr und Ausfuhr) hatte im Jahre 1898 erst 46,6 Millionen Mark betragen, im Jahre 1912 stellte er sich auf 263 Millionen Mark; er hatte sich also in einem Zeitraum von 14 Jahren mehr als verfünffacht. ...

Der direkte Handel Deutschlands mit seinen Kolonien, der 1896 erst 11 Millionen Mark betrug, beläuft sich heute auf beträchtlich mehr als 100 Millionen Mark.

Trotzdem steht die Entwicklung des Deutschen Kolonialreiches auch heute noch in ihren Anfängen. Die Zukunft wird die vielversprechenden Ansätze in der Schaffung eines kolonialen Absatzmarktes für unsere Industrieprodukte und in den für die Erzeugung unserer heimischen Volkswirtschaft wichtigen Kulturen – erwähnt sei vor allem die Baumwollkultur – zu einer für unsere Weltstellung ins Gewicht fallenden Entwicklung zu bringen haben. ...<<

Der deutsche Historiker Percy E. Schramm (1894-1970) schreibt später über die deutschen Kolonien (x239/209): >>Sieht man von dem Kupfer und den Diamanten Deutsch-Südwestafrikas ab, so gab es unter den Produkten der deutschen Kolonien keinen Artikel, der Deutschland auf dem Weltmarkte eine besondere Stärke gab oder in absehbarer Zeit zu geben versprach.

An weißer Bevölkerung wurden in den deutschen Schutzgebieten 1913 gezählt: ... in Afrika 22.405, ... in der Südsee 1.984, ferner in Kiautschou 4.470. Es handelte sich demnach insgesamt um 28.859 Weiße, bei denen noch die in deutschen Gebieten lebenden Ausländer mitgezählt sind. ...<<

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. weiht am 18. Oktober 1913 auf dem Blachfeld bei Leipzig das Völkerschlachtdenkmal ein.

Osmanisches Reich: Nach den verlustreichen Balkankriegen (1912-13) behält das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete.

Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich müssen sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729).

Ab 1913 führen die "Jungtürken" ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, die fast nur mit Fremdkapital finanziert werden. Vor dem Ersten Weltkrieg ist das Osmanische Reich bereits so hoch verschuldet, daß man sämtliche türkischen Staatseinnahmen an europäische Gläubiger verpfänden muß (x056/310). Ein Hauptgläubiger des Osmanischen Reiches ist das Deutsche Reich (mit etwa 500,0 Millionen RM bzw. 25 % der gesamten türkischen Schulden). Deutsche Unternehmen planen, finanzieren und bauen z.B. seit 1903 eine Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak).

1914

02.01.1914

Frankreich: Ab 2. Januar 1914 veröffentlicht die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diese sensationelle Veröffentlichung (x307/538-539): >>Die von Chefredakteur Stéphane Lauzanne, der erst kurz zuvor von einer Reise aus Moskau und St. Peterburg zurückgekehrt war, verfaßten Artikel beeindruckten Leser in Berlin nicht nur wegen der hämischen Angriffslust im Ton, sondern auch durch die offensichtliche Genauigkeit und Struktur der darin enthaltenen Informationen.

Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.

Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue (französische) Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus.

Der Effekt wurde noch durch die Vermutung gesteigert, daß die enthaltenen Informationen von einer Regierungsquelle stammten. Die Zeitung "Le Matin" stand bekanntlich Poincaré nahe, und es war kein Geheimnis, daß sich Lauzanne auf seiner Rußlandreise mit Sasonow und hohen russischen Militärs getroffen hatte.

Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In ei-

nem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die (russische) Militärzeitschrift "Raswetschik" ("Aufklärer"), die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:

Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.

Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<

Januar 1914

Deutsches Reich, Österreich-Ungarn: Hitler wird in München verhaftet und im Januar 1914 an Österreich ausgeliefert. Der begabte Schauspieler und überzeugende "Geschichtenerzähler" entgeht jedoch einer Bestrafung, weil Hitler den Beamten der österreichischen Behörden eine ergreifende, tragische Lebens- und "Leidensgeschichte" schildert, obgleich er körperliche Arbeit, Hunger und richtige Not nie kennengelernt hat.

Bei der folgenden Musterung wird Hitler als zu schwach und deshalb wehruntauglich eingestuft. Hitler kehrt danach als freier Mann nach München zurück.

21.02.1914

Rußland: In Rußland bereitet man sich bereits auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellt am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führt (x063/478).

April 1914

Rußland: George W. Buchanan (1854-1924, von 1910-1917 britischer Botschafter in St. Petersburg) berichtet im April 1914 (x307/698): >>Rußland wird rasch so mächtig, daß wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages einen Handel mit Deutschland schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen. ...<<

13.06.1914

Rußland: Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtet am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark schreibt später über diesen Presseartikel (x307/539): >>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des Botschafters Graf Friedrich Pourtalès in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als Kriegsminister Wladimir Suchomlinow persönlich lanciert worden sei.

Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen (Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann). Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<

15.06.1914

Großbritannien: Ein deutsches Unternehmen muß den Bauauftrag für die Bagdad-Bahn-Reststrecke zwangsweise an englische Unternehmen abgeben (britisch-deutsche Vereinbarung vom 15. Juni 1914).

28.06.1914

Österreich-Ungarn: Am 28. Juni 1914 fällt der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau werden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Das Attentat von Sarajevo

Der Attentäter Gavrilo Princip (1894-1918, erhält nach dem Attentat eine 20jährige Zuchthausstrafe, stirbt an Knochentuberkulose) handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Crna ruka" ("Schwarze Hand"), die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).



Abb. 52 (x175/115): In Sarajevo wird der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 von einem bosnischen Nationalisten ermordet.

Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates (sogenannte "Dreierlösung", selbständiger Staat für die Südslawen) und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit

den Slawen bemüht (x056/315). Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die geplante Balkanpolitik des Erzherzogs Franz Ferdinand (x307/153-154): >>... Der Erzherzog machte kein Hehl daraus, daß er die Absicht hatte, das Regierungssystem nach seiner Thronbesteigung zu reformieren. Sein Hauptziel war es, die ungarische Hegemonie im östlichen Teil der Monarchie zu brechen oder zu verringern.

Eine Zeitlang sprach sich Franz Ferdinand für eine Stärkung des slawischen Elements in der Monarchie aus, indem innerhalb des Reiches ein kroatisch (und damit katholisch) dominiertes "Jugoslawien" geschaffen wurde. Gerade der Umstand, daß er mit dieser Idee assoziiert wurde, erregte den Haß seiner orthodoxen serbischen Feinde.

Im Jahre 1914 hatte er jedoch, wie es scheint, diesen Plan bereits aufgegeben und befürwortete statt dessen eine weitreichende Umstrukturierung, durch die das Reich zu einer Art "Vereinigte Staaten von Großösterreich" würde, mit 15 Mitgliedstaaten, von denen viele eine slawische Bevölkerungsmehrheit gehabt hätten.

... Was immer man von diesem Programm halten mochte – und die Ungarn hielten ganz offensichtlich wenig davon -, es präsentierte den Erzherzog jedenfalls als einen Mann mit radikalen Zielsetzungen, dessen Thronbesteigung dem üblichen Durchwursteln ein Ende gesetzt hätte, das die österreichische Politik im letzten Jahrzehnt vor 1914 zu lähmen schien.<<

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildete den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Crna ruka" ("Schwarze Hand") bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde. Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.

Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg (wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913) ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Entstehung des Ersten Weltkrieges (x057/193-194): >>Aus dem Streben nach weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Machtstellung der Großmächte und der von ihnen abhängigen Staaten hatten sich fortwährend neue Reibungsflächen und Gegensätze der Weltmächte ergeben. England wollte die Seeherrschaft behaupten, Frankreich seine Vormachtstellung in Europa wiedergewinnen, Rußland Landerwerb, um den Zugang zum Meer zu erreichen, Deutschland weltwirtschaftliche Entfaltung, Amerika und Japan die Vorherrschaft im Großen Ozean.

Aus diesem Machtstreben entstanden die besonderen Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (Balkan), Österreich und Italien (Irredenta, politische Bewegung Italiens), ferner zwischen Deutschland und Frankreich (Elsaß-Lothringen), Deutschland und Rußland (wegen Freundschaft Deutschlands mit Österreich und der Türkei), Deutschland und England (Handels- und Flottenfragen).

Immer straffer schloß sich die Entente zusammen und verstärkte ihre Rüstungen. Deutschland dagegen, besonders Kaiser Wilhelm II., war auf Frieden bedacht und versäumte es sogar, sich auf die drohende Gefahr eines Krieges militärisch, wirtschaftlich und politisch genügend vorzubereiten.

Der Anlaß zum Weltkrieg wurde die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in Sarajewo durch serbische Verschwörer (28. Juni 1914).

Österreich forderte in einem Ultimatum an Serbien strengste Bestrafung der Schuldigen und Unterdrückung der gegen Österreich gerichteten großserbischen Bewegung (23. Juli 1914). Von Rußland unterstützt, lehnte Serbien die wesentlichen österreichischen Forderungen ab und begann die Mobilmachung (25. Juli 1914).

Deutschland nicht rechtzeitig genug über die österreichischen Schritte unterrichtet, suchte zu vermitteln und fand zunächst die Unterstützung Englands. Österreich erklärte nunmehr Serbien den Krieg (28. Juli 1914), ohne sich vorher mit Deutschland zu verständigen, worauf Rußland die Gesamtmobilmachung anordnete (29. Juli 1914).

Infolge dieser drohenden Lage für Deutschland forderte seine Regierung die Einstellung der russischen Mobilmachung und erklärte, als keine Antwort erfolgte, den Krieg an Rußland (1. August 1914) und, nach einem vergeblichen Versuch, Frankreich zur Neutralität zu veranlassen, auch den Krieg an Frankreich (3. August 1914), daß bereits am 1. August mobil gemacht hatte.

England dagegen erklärte erst den Krieg an Deutschland, als dieses trotz des Widerstandes der belgischen Regierung deutsche Truppen zum Durchmarsch durch belgisches Gebiet in Bewegung setzte (4. August 1914). Auch Japan schloß sich der Entente an (Tsingtau). Dagegen blieben Italien und Rumänien zunächst neutral, während die Türkei und Bulgarien bald auf Deutschlands Seite traten.<<

30.06.1914

Österreich-Ungarn: Der deutsche Botschafter Tschirschky in Wien schickt am 30. Juni 1914 ein Telegramm an Reichskanzler Bethmann-Hollweg (x073/29-30): >>Graf Berchtold (österreichisch-ungarischer Außenminister) sagte mir heute, alles deute darauf hin, daß die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer gefallen sei, in Belgrad zusammenliefen. Die Sache sei wohl so durchdacht worden, daß man absichtlich ganz jugendliche Leute zur Ausführung des Verbrechens ausgesucht habe, gegen die nur mildere Strafe verhängt werden könnte. Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen Anzettlungen aus.

Hier höre ich, auch bei ernsten Leuten, vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und falls sie diese nicht akzeptieren, energisch vorgehen.

Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen. Vor allem müsse man sich erst klar werden, was man wolle, denn ich hörte bisher nur ganz unklare Gefühlsäußerungen.

Dann sollte man die Chance irgendeiner Aktion sorgfältig erwägen und sich vor Augen halten, daß Österreich-Ungarn nicht allein in der Welt stehe, daß es Pflicht sei, neben der Rücksicht auf seine Bundesgenossen die europäische Gesamtlage in Rechnung zu ziehen und speziell sich die Haltung Italiens und Rumäniens in allen Serbien betreffenden Fragen vor Augen zu halten.<<

Juni 1914

Osmanisches Reich: Die türkischen und russischen Armenier beraten Ende Juni 1914 in Erzurum, wie man sich im Kriegsfall verhalten soll. Als die russischen Armenier eine Forderung der Jungtürken ablehnen, auf türkischer Seite gegen Rußland zu kämpfen, ist das Schicksal der 1.845.450 türkischen Armenier besiegelt (x081/100).

Obgleich die türkischen Armenier später ausdrücklich versichern, pflichtgemäß gegen Rußland anzutreten, falls es zum Krieg kommt, werden sie pauschal als Volksverräter eingestuft.

02.07.1914

Österreich-Ungarn: Kaiser Franz Joseph I. schreibt am 2. Juli 1914 an Kaiser Wilhelm II. (x056/315-316): >>Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajevo nicht um die Bluttat eines Einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichen, und, wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die (Mitwirkung)

der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik, solche Verbrechen fördert ...

Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft (Zukunft) auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein ... (Den Frieden zu sichern) wird nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird.<<

05.07.1914

Deutsches Reich: Der österreichische Botschafter in Berlin telegraphiert am 5. Juli 1914 an den österreichischen Außenminister nach Wien (x056/316): >>Nach (Kaiser Wilhelms) Meinung muß ... mit dieser Aktion (gegen Serbien) nicht zugewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Krieg gegen Österreich-Ungarn kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Rußland sei übrigens keineswegs kriegsbereit und werde (sich einen Waffengang) noch sehr überlegen.<<

06.07.1914

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung sichert Österreich-Ungarn am 6. Juli 1914 die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58).

Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegraphiert am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<

Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" werden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wird durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

07.07.1914

Österreich-Ungarn: Der österreichisch-ungarische Ministerrat erörtert am 7. Juli 1914 in Wien das Vorgehen gegen Serbien (x058/281-282): >>... 1. Das alle Versammelten eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder friedlichen Sinne wünschen;

2. daß der Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des ungarischen Ministerpräsidenten anzuschließen, wonach erst mobilisiert werden sollte, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und dieselben zurückgewiesen sowie ein Ultimatum gestellt worden ist.

Dagegen sind alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daß daher weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege des militärischen Eingreifens angebahnt würde.

Graf Tisza bemerkt, daß er bestrebt sei, dem Standpunkt aller anderen Anwesenden entgegenzukommen, und daher auch insofern eine Konzession machen würde, als er zugeben wollte, daß die an Serbien zu richtenden Forderungen sehr harte sein sollten, jedoch nicht solcher Art, daß man unsere Absicht, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sonst hätten wir eine unmögliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung. ...

Der Kriegsminister ergreift auf Wunsch des Vorsitzenden das Wort, um an den Chef des Generalstabes nachstehende drei Fragen zu richten:

1. Ob es möglich wäre, zuerst nur gegen Serbien zu mobilisieren und erst nachträglich, wenn

sich die Notwendigkeit dazu ergibt, auch gegen Rußland. ...

3. Wo man den Kampf gegen Rußland aufnehmen würde.

Der Chef des Generalstabes gibt auf diese Anfragen geheime Aufklärungen und ersucht darum, daß dieselben nicht in das Protokoll aufgenommen werden mögen.<<

14.07.1914

Österreich-Ungarn: Der deutsche Botschafter in Wien informiert den deutschen Reichskanzler am 14. Juli 1914 über die österreichischen Kriegspläne (x056/316): >>Ich habe mich schwer entschlossen, meinte der (österreichische Außen-) Minister, "zum Kriege zu raten, bin aber jetzt fast von dessen Notwendigkeit überzeugt, und ich werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie eintreten" ... Die Note (Ultimatum an Serbien) werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei.<<

18.07.1914

Deutsches Reich: Ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schreibt am 18. Juli 1914 in einem privaten Brief an den deutsche Botschafter in London (x056/316): >>Wir haben auch jetzt (Österreich) nicht zu einem Entschluß getrieben. Wir können und dürfen ihm aber nicht in den Arm fallen. ... Dann würde der Prozeß seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt. ... (Die) Erhaltung eines möglich starken Österreichs ist für uns aus inneren und äußeren Gründen eine Notwendigkeit. ...

Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Rußland und in zweiter Linie von dem mäßigenden Einfluß seiner Ententebrüder abhängen. Je entschlossener sich Österreich zeigt, je energischer wir es unterstützen, um so eher wird Rußland still bleiben. Einiges Gepolter in Petersburg wird zwar nicht ausbleiben, aber im Grunde ist Rußland jetzt nicht schlagfertig. ...

In einigen Jahren wird Rußland ... schlagfertig sein. Dann erdrückt es uns durch die Zahl seiner Soldaten, dann hat es seine Ostseeflotte und seine strategischen Bahnen gebaut. Unsere Gruppe wird inzwischen immer schwächer. ... Läßt sich die Lokalisierung nicht erreichen und greift Rußland Österreich an, ... so können wir Österreich nicht opfern. Wir ständen dann in einer Isolation.

Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen. – Ich hoffe und glaube, ... daß der Konflikt sich lokalisieren läßt.<<

20.07.1914

Rußland: Eine russisch-französische Delegation verhandelt in Sankt Petersburg über die Zusage der Bündnistreue (20. bis 23. Juli 1914) im Kriegsfall. Die Bündnisverpflichtungen werden schließlich feierlich bestätigt.

21.07.1914

Rußland: Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg informiert den deutschen Reichskanzler am 21. Juli 1914 über ein Gespräch mit dem russischen Außenminister (x056/316): >>Der (russische Außen-) Minister fuhr erregt fort, auf jeden Fall dürfe Österreich ... nicht vergessen, daß ... es ... mit Europa zu rechnen habe. Rußland würde (Österreichs) Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen können ... auf jeden Fall dürfe von einem Ultimatum nicht die Rede sein ...

Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich ... Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßregeln treffe.<<

23.07.1914

Österreich-Ungarn: Die österreichisch-ungarische Regierung stellt Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum (Frist = 48 Stunden, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen). Die deutsche Regierung wird erst nach der Übergabe des Ultimatums informiert (x063/478).

Rußland: Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des fran-

zösisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, ist der russische Zar noch fester zum Krieg entschlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten kann sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.

24.07.1914

Rußland: Der britische Botschafter in Sankt Petersburg schickt am 24. Juli 1914 ein Telegramm an den britischen Außenminister (x058/283): >>(Der russische) Minister des Äußern teilte mir heute morgen telephonisch mit, daß er eben Wortlaut des gestern von Österreich in Belgrad überreichten Ultimatums erhalten habe, das eine Antwort binnen 48 Stunden verlange. Dieser von Österreich getane Schritt (Ultimatum an Serbien) bedeute den Krieg und er bat mich, ihn auf der französischen Botschaft zu treffen. ...

Minister des Äußern drückte die Hoffnung aus, Seiner Majestät Regierung werde sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären. Er bezeichnete Österreichs Verhalten als unmoralisch und herausfordernd. Einige der von ihm erhobenen Forderungen seien vollkommen unannehmbar und es hätte niemals so gehandelt, ohne Deutschland vorher befragt zu haben. Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich Rußland nicht nur diplomatisch energisch unterstützen, sondern im Notfall auch alle ihm durch sein Bündnis auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde.

Ich bemerkte, daß ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen könne, daß ich ihnen aber alle ihre Äußerungen telegraphieren würde. Ich vermöge persönlich keine Hoffnungen zu erwecken, daß Seiner Majestät Regierung eine Solidaritätserklärung abgeben würde, die Verpflichtungen einschliesse, Frankreich und Rußland mit Waffengewalt zu unterstützen. Wir seien an Serbien nicht unmittelbar interessiert und (die) öffentliche Meinung Englands würde seinetwegen niemals einen Krieg gutheißen ...

Da mich beide weiterhin drängten, wir sollten uns vollständig solidarisch mit ihnen erklären, bemerkte ich, Sie möchten meines Erachtens geneigt sein, Wien und Berlin eindringlich vorzuhalten, daß ein österreichischer Angriff aus Serbien europäischen Frieden gefährden würde. Sie dürften vielleicht darauf hinweisen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zur Intervention zwingen, daß dadurch Deutschland und Frankreich hineingezogen würde und daß es bei einem etwaigen allgemeinen Krieg für England schwierig sein würde, neutral zu bleiben.

(Der russische) Minister des Äußeren sprach Hoffnung aus, daß wir jedenfalls scharfe Mißbilligung über Österreichs Schritt ausdrücken würden. Wenn der Krieg ausbräche, würden wir früher oder später hineingezogen, und wenn wir nicht von Anfang an gemeinsam mit Frankreich und Rußland vorgingen, würden wir den Krieg nur wahrscheinlicher gemacht haben ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den französischen Staatsbesuch in St. Peterburg (x307/635): >>Grey (britischer Außenminister) wußte in groben Zügen, was bei dem französischen Staatsbesuch in St. Petersburg herausgekommen war. In einer Sendung vom 24. Juli (nach Poincarés Abreise) berichtete Botschafter Buchanan, daß die Treffen in der russischen Hauptstadt eine "vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten" zwischen Rußland und Frankreich zur "Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa" ergeben hätten.

Die beiden Staaten hätten "feierlich" die "durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen" bestätigt; Sasonow hatte Buchanan gebeten, gegenüber Grey die Hoffnung zu äußern, daß die britische Regierung "sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären" werde.

In seinen Kommentaren zu dieser Sendung verwendete Eyre Crowe schärfere Formulierungen, als Grey es wohl getan hätte, aber er gab trefflich die innere Logik der Haltung wieder, die der Außenminister einnehmen sollte:

Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten

mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind und daß die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband (= Triple Entente) endgültig aufgeworfen ist. Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln. ...

In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten - in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs verknüpft.<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtet später über die damaligen "russisch-britischen Beziehungen (x312/198-199): >>Rußland und Großbritannien führten 1914, mit französischer Vermittlung, streng geheime Verhandlungen über eine Marinekonvention. Für den Kriegsfall war angestrebt, daß es in der Ostsee zu gemeinsamen amphibischen Operationen gegen die deutsche Küste und damit gewissermaßen zur Errichtung einer dritten Front, keine 200 Kilometer nördlich der Hauptstadt Berlin, kommen sollte.

Dahinter standen wiederum russische Bedürfnisse angesichts der starken deutschen Position im Osmanischen Reich, also im südlichen Vorgelände des zaristischen Imperiums. An der russischen Botschaft in London gab es aber einen deutschen Spion, den baltendeutschen Diplomaten Benno von Siebert. Durch ihn waren Reichskanzler und Auswärtiges Amt in Berlin über die russisch-britischen Absichten unterrichtet, ohne dieses Geheimnis freilich öffentlich werden zu lassen. ...<<

Großbritannien: England ruft am 24. Juli 1914 alle europäischen Großmächte zur Vermittlung auf.

Der deutsche Botschafter in London schickt am 24. Juli 1914 folgendes Telegramm nach Berlin (x237/229): >>Die Gefahr eines europäischen Krieges sei, falls Österreich serbischen Boden betrete in nächste Nähe gerückt. Die Folgen eines solchen Krieges zu viert, er (der englische Premierminister Grey) betonte ausdrücklich die Zahl vier und meinte damit Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland und Frankreich, seien vollkommen unabsehbar.

Wie auch immer die Sache verlaufe, eines sei sicher, daß nämlich eine gänzliche Erschöpfung und Verarmung Platz greife, Industrie und Handel vernichtet und die Kapitalkraft zerstört würde. Revolutionäre Bewegungen wie im Jahre 1848 infolge der daniederliegenden Erwerbstätigkeit würden die Folge sein. ...<<

25.07.1914

Rußland, Serbien, Österreich-Ungarn: Der russische Kronrat sichert Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).

Serbien ordnet daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatums die Mobilmachung an.

Obgleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt, ordnet Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.

Großbritannien: Der britische Diplomat Eyre Crowe (1864-1925) berichtet am 25. Juli 1914 (x307/699): >>Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich Folgendes ergeben:

a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. ...Wie wird dann die Lage eines freudlosen England sein?

b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen? ...<<

26.07.1914

Deutsches Reich: Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informiert Kaiser Wilhelm II., der damals eine Nordlandreise durchführt, am 26. Juli 1914 über die aktuelle Lage (x245/-25): >>Nachdem gestriger Abend vergangen, hat Eingang der Nachricht, daß Österreich die serbische Antwort als ungenügend erachtet, hier lebhaft patriotische Kundgebungen veranlaßt, die bedauerlicherweise zu einer antiserbischen Demonstration vor russischer Botschaft geführt haben.

Es ist zu gegenwärtigen, daß falls Eure Majestät von (der) Nordlandreise direkt nach Berlin kommen die mit Sicherheit zu erwartende sehr stürmische Begrüßung Eure Majestät zur Wiederholung dieser Demonstrationen führen wird.

Rußland würde dies ausbeuten, daß wir den Krieg mit ihm wollen. Der Zeitpunkt hierzu aber wäre verfrüht, solange Rußland gar keine aggressiven Schritte ergreift, Rußland aber muß rücksichtslos unter allen Umständen ins Unrecht gesetzt werden. Eure Majestät wage ich daher alleruntertänigst zu bitten, zunächst nach Potsdam zurückkehren zu wollen.<<

Rußland: Miroslav Spalajković (1864-1951, von 1906-1911 Leiter des serbischen Außenministeriums) berichtet am 26. Juli 1914 aus St. Petersburg (x307/601): >>Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle vorwärts im Namen des Herrn! ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den serbischen Politiker Miroslav Spalajković (x307/600-601): >>Am 26. und 27. Juli 1914 trafen begeisterte Depeschen von Spalajković mit der Neuigkeit ein, daß die Russen eine Armee von 1.700.000 Mann mobilisieren würden und die Absicht hätten, "unverzüglich eine energische Offensive gegen Österreich-Ungarn einzuleiten, sobald es Serbien angreife".

Der Zar sei davon überzeugt, meldete Spalajković am 26. Juli, daß die Serben "wie die Löwen" kämpfen würden und die Österreicher eventuell sogar aus eigener Kraft von ihrem Rückzugsort im Landesinneren aus schlagen könnten.

Die deutsche Haltung war zu dieser Zeit noch unklar, aber selbst wenn sich die Deutschen nicht an den Kämpfen beteiligen sollten, so Spalajković, sehe der Zar gute Chancen, "eine Teilung Österreich-Ungarns" zu bewerkstelligen; und wenn dies scheitern sollte, würden die Russen "die französischen Militärpläne ausführen, so daß der Sieg über Deutschland ebenfalls gewiß sei." ...<<

27.07.1914

Deutsches Reich: Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hält sich die deutsche Regierung, trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhält die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrt.

Wilhelm II. reagiert sichtlich erleichtert über die halb entgegenkommende serbische Antwort (x063/480): >>... Das ist mehr, als man erwarten konnte! ... Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesel (der österreichische Gesandte) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung empfohlen!<<

Großbritannien: Die englischen Vermittlungsversuche vom 27. bis zum 31. Juli 1914 bleiben erfolglos.

28.07.1914

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. weist am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow (1863-1935, von 1913-1916 Staatssekretär im Auswärtigen Amt) an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über diese längst überfällige Maßnahme des deutschen Kaisers (x307/667): >>... Noch am ... Morgen (28. Juli) um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, daß nun, da Serbien "eine Kapitulation demütigster Art" hingenommen habe, "jeder Grund zum Kriege" entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen.

Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, daß nach seiner Einschätzung "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei" und daß Wilhelm persönlich bereit sei, den Frieden in Österreich zu vermitteln. ... Das werde ich tun auf Meine Manier, und so schonend für das österreich(ische) Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."

Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, daß wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn "wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, daß er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen.<<

Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informiert am 28. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien (x056/317): >>... Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft. ... (Österreich solle in Petersburg erklären), daß seine militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen Punkten des serbischen Gebiets bezwecken, um ... Garantien für künftiges Wohlverhalten zu (er)zwingen. ...

Erkennt die russische Regierung (dies) nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben, die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreichs ... und seiner Verbündeten verschieben.

Der deutsche Botschafter solle aber in Wien sorgfältig vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, ... die Verwirklichung des von Österreich ... erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden (zu ermöglichen), ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns (möglichst) zu verbessern ...<<

Österreich-Ungarn: Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärt Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien lautet wie folgt (x307/602): >>An meine Völker!

Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.<<

Jetzt ist die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit sind jetzt plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".

Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe) schreibt damals über die Kriegserklärung an Serbien (x307/602): >>... Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher und möchte es noch einmal mit diesem wenig hoffnungsvollen

Reich versuchen.<<

Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartet, ruft die Polen am 28. Juli 1914 zum Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hofft bzw. erwartet man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.

Großbritannien: Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schreibt am 28. Juli 1914 an seine Frau (x307/706): >>... Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu. ... Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich. ...<<

29.07.1914

Deutsches Reich: Reichkanzler Bethmann-Hollweg teilt der britischen Regierung am Abend des 29. Juli 1914 mit, daß man keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebt, falls England neutral bleibt (x063/481).

Österreich-Ungarn: In der Nacht zum 29. Juli 1914 beschießen österreichisch-ungarische Einheiten der Marine und der Artillerie die serbische Hauptstadt Belgrad (x175/115).

Rußland: Zar Nikolaus II. schickt am 29. Juli 1914 ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II. (x058/283): >>Ich bin froh, daß Du zurück bist. In diesem äußerst ernstesten Augenblick wende ich mich an Dich um Hilfe.

Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden. Die Entrüstung in Rußland, die ich völlig teile, ist ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden.

Um ein solches Unheil wie einen europäischen Krieg zu verhüten, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir Mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.<<

Der russische Zar ordnet aber noch am selben Tag die Teilmobilmachung an, die jedoch nach einem Telegramm Kaiser Wilhelms II. noch einmal gestoppt wird.

Großbritannien: Der deutsche Botschafter in London meldet am 29. Juli 1914 dem Auswärtigen Amt (x056/316): >>Die britische Regierung wünscht, ... solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits zu stehen. Würden (Deutschland) aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere.<<

30.07.1914

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung fordert am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregierung erstmalig (aber leider viel zu spät) mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Sasonow (russischer Außenminister) stellt unmittelbar bevorstehende Mobilmachung nicht in Abrede, meinte daraufhin, daß Rußland zu diesem Schritt von Österreich gezwungen sei, daß aber Mobilmachung noch lange keinen Krieg bedeute.

... Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungs austausches mit Petersburg ... würde schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist.

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.

Bitte sich gegen Graf Berchtold (damaliger österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren) sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.<<

Der deutsche Generalstabschef telegraphiert (ohne Wissen des deutschen Reichskanzlers) am 30. Juli 1914 an den österreichisch-ungarischen Generalstab (x056/317): >>Russische Mobilisierung durchhalten: Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland (zu) mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensation zur Bundespflicht

zwingen.<<

Der deutsche Reichskanzler telegraphiert am 30. Juli 1914, um 21 Uhr; an den deutschen Botschafter in Wien. Dieses Telegramm wird jedoch um 23.20 Uhr zurückgezogen (x056/317): >>Wenn Wien ... jedes Einlenken ... ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an dem ausbrechenden europäischen (Brand) zuzuschieben. ...

(Kaiser Wilhelm) hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien unternommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. ...

Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation ...<<

Der französische Botschafter Cambon schreibt am 30. Juli 1914 aus Berlin an Ministerpräsident Viviani (x245/30-31): >>Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um 2 Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterstaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt ist es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilmachung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden.

Ich weiß nicht, wer in den "Lokal-Anzeiger", ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen.

Es kommt darauf an, die Mobilmachungsmaßnahmen in Frankreich erst dann zu veröffentlichen, wenn sie in Deutschland mit Sicherheit beschlossen sind, damit die englische öffentliche Meinung, die in den Ereignissen eine so große Rolle spielt, uns nicht irgendeine Initiative zuschreiben kann, die zum Krieg führte.

Ich habe Anlaß zur Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind. Offensichtlich möchte man erreichen, daß wir unsere Mobilmachung zuerst bekannt geben. Wir dürfen diese Kalkül aber nicht aufgehen lassen und dürfen der Ungeduld nicht nachgeben, die sicherlich in der Presse und der öffentlichen Meinung in Paris entstehen wird.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den französischen Diplomaten Paul Cambon (x307/256-257): >>Cambon hielt sich nicht für einen untergeordneten Angestellten seiner Regierung, sondern für einen Diener Frankreichs, dessen großes Wissen ihn für eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozeß qualifizierte.

Das überhöhte Selbstwertgefühl Cambons (das im Übrigen viele Botschafter teilten) wurde von der Überzeugung getragen, daß man Frankreich nicht nur repräsentierte, man "personifizierte" es. Obwohl Cambon von 1898 bis 1920 Botschafter in London war, sprach er kein Wort Englisch. Bei seinen Begegnungen mit Edward Grey (der seinerseits kein Französisch sprach) bestand er darauf, daß jede Äußerung ins Französische übersetzt wurde, selbst so leicht verstehbare Wörter wie "Yes".

Er war wie viele Mitglieder der französischen Elite, fest überzeugt, daß Französisch die einzige Sprache sei, mit der man rationale Gedanken ausdrücken könne und lehnte die Gründung französischer Schulen in Großbritannien mit der abwegigen Erklärung ab, in Großbritannien aufgewachsene Franzosen seien am Ende tendenziell geistig zurückgeblieben. ...<<

Rußland: Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ordnet Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gibt damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651-652): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.

Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.

In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien.

Ein Telegramm des Botschafters Nikolai Schebeko in Wien vom 29. Juli, indem er erklärte, daß der Befehl zur Generalmobilmachung für den folgenden Tag "erwartet" werde, wurde auf den 28. Juli zurückdatiert und wie folgt umformuliert: "Der Befehl zur Generalmobilmachung ist unterschrieben worden" – in Wahrheit sollte der Befehl zur österreichischen Generalmobilmachung erst am 31. Juli erteilt werden und am folgenden Tag in Kraft treten.

Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters Paléologue vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei "als Folge der Generalmobilmachung Österreichs" und der "Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen" habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen. ...<<

Großbritannien: Die britische Regierung lehnt am 30. Juli 1914 den deutschen Wunsch nach einer Neutralitätsgarantie ab (x175/113).

31.07.1914

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. erklärt am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und fordert Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben (Frist = 12 Stunden). Frankreich wird aufgefordert neutral zu bleiben (Frist = 18 Stunden).

Die "Kölnische Volkszeitung" berichtet in der Abendausgabe vom 31. Juli 1914 (x191/7): >>Die Russen wollen den Krieg. ... (Auch die SPD erklärt:) Alle Parteileidenschaften schweigen. ... Wir Sozialdemokraten fühlen uns in dieser ernsten Stunde einig mit dem ganzen deutschen Volk ohne Unterschied der politischen und religiösen Überzeugung, den uns von der russischen Barbarei aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und mit dem letzten Blutstropfen für Deutschlands nationale Unabhängigkeit, Ruhm und Größe einzutreten.<<

Frankreich: Der belgische Gesandte in Paris schreibt am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<

01.08.1914

Deutsches Reich: Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortet, schickt Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481).

Da der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhält, erfolgt um 17.00 Uhr die deutsche Mobilmachung.

Gegen 19.00 Uhr wird die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg beginnt als deutsch-russischer Krieg.

Die Wochenzeitschrift "Die Aktion" berichtet am 1. August 1914 über die drohende Kriegsgefahr (x267/15-16): >>Das also ist die Kulturhöhe, die wir erreichten: Hunderttausende, die gesündesten, wertvollsten und wertvollsten Kräfte zittern, daß ein Ungefähr, ein Wink der Regierer Europas, eine Böswilligkeit oder eine sadistische Laune, ein Cäsarenwahn oder eine Geschäftsspekulation, ein hohles Wort oder ein vager Ehrbegriff, sie morgen aus ihrem Heim jagt, hinweg von Weib und Kind, hinweg von allem mühselig Aufgebauten, in den Tod.

Der irre Zufall kann heute, kann morgen, kann jede Minute rufen, und alle, alle werden kommen. Der Not gehorchend – aber gehorchend. Anfangs werden sie heulen, daß sie hier ihr Erdenglück zusammenbrechen sehen – bald jedoch werden sie, wenn auch nicht mit ganz sauberer Unterwäsche vom allgemeinen Taumel besessen sein und besinnungslos morden und gemordet werden. ...

Es ist dumm ein Wort der Vernunft zu sprechen, wenn die Stunde der Vernunft nicht da ist. ... Der Chauvinismus (maßloser Nationalismus) ist die ständige Lebensgefahr der Menschheit. Er, allein er, kann über Nacht aus Millionen Vernunftwesen Besessene machen. ...<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 1. August 1914 nach der Bekanntgabe der Mobilmachung (x267/16-17): >>Unter den Linden und vor dem königlichen Schloß sammelten sich bald nach der Bekanntgabe der Mobilmachung viele Hunderttausende von Menschen. Jeder Wagenverkehr hörte auf. Der Lustgarten und der freie Platz vor dem Schloß waren dicht angefüllt von den Menschenmassen, die patriotische Lieder sangen und wie auf Kommando gleichmäßig immer wieder den Ruf erneuerten: "Wir wollen den Kaiser sehen!"

Gegen ½ 7 erschien der Kaiser am mittleren Fenster der ersten Etage, von einem unbeschreiblichen Jubel und von Hurrarufen begrüßt. ...

Patriotische Lieder wurden angestimmt. Nach einiger Zeit trat in der Menge Ruhe ein. Die Kaiserin trat an die Seite des Kaisers, der den Massen zuwinkte, daß er sprechen wolle.

Unter tiefstem Schweigen sprach der Kaiser dann ungefähr mit weithin vernehmbarer, langsam stärker werdender Stimme:

"Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder. In Friedenszeiten hat mich zwar die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich ihr aber jetzt von ganzem Herzen. Wenn uns unsere Nachbarn den Frieden nicht gönnen, dann hoffen und wünschen wir, daß unser gutes deutsches Schwert siegreich aus dem Kampf hervorgehen wird."

An diese Worte des Kaisers schloß sich ein Jubel, wie er wohl noch niemals in Berlin erklungen ist. Die Menge stimmte begeistert erneut patriotische Lieder an.<<

Der deutsche Schriftsteller Carl Zuckmayer (1896-1977, emigriert 1938 in die USA) berichtet nach dem Kriegsausbruch über die Reaktionen der Mainzer Bevölkerung (x239/202-203):

>>Es war Samstag, der erste August. In unserer Gegend, der Mainzer Neustadt, war alles totenstill, kein Mensch und kein Fahrzeug auf der Straße, die Häuser wie ausgestorben. Aber von der Stadtmitte hörte man, undeutlich und verworren, ein leises Brausen von vielen Stimmen, Gesang, Militärmusik.

Ich lief in die Stadt. Je näher ich dem Schillerplatz kam auf dem sich das Gouvernement der Garnison befand, desto dichter war das Gedränge: so ging es sonst nur zu, wenn an Fastnacht der Rosenmontagszug erwartet wurde.

Aber die Stimmung war anders. Obwohl man Rufen, auch Schreien und Lachen hörte, war in dem ganzen Getriebe eine zielhafte Geschlossenheit, nichts von müßiger Neugier, so als hätte jeder dort, wo alle hinströmten, etwas Dringendes, Unaufschiebbares zu tun.

Mitten durch all die Menschen marschierten kleine Kommandos der Gouvernements-Wache, die an den Straßenecken noch druckfeuchte Plakate anschlugen, darauf stand in großen, weithin lesbaren Buchstaben:

"Seine Majestät der Kaiser und König hat die Mobilmachung von Heer und Flotte angeordnet.

Erster Mobilmachungstag ist der zweite August.

gez. Wilhelm II.

Sonst nichts. Wer damals dabei war, hat diesen Text nie vergessen.

Da und dort traf ich Schulkameraden oder Freunde aus der Nachbarschaft und auch das gehörte zu dem Unfaßlichen: wir sprachen kaum miteinander, wir berieten uns nicht, wir schauten uns nur an, nickten uns zu, lächelten: es war gar nichts zu besprechen.

Es war selbstverständlich, es gab keine Frage, keinen Zweifel mehr: wir würden mitgehen, alle. ...<<

Frankreich: Die französische Regierung beantwortet am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482).

Um 16.55 Uhr ordnet Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).

Großbritannien: Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) läßt am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts (nur mit Billigung des Premierministers) die britische Flotte mobilisieren (x307/691).

02.08.1914

Deutsches Reich: Um den gefürchteten Zweifrontenkrieg zu verhindern, soll der Westkrieg so schnell wie möglich entschieden werden, deshalb muß das Deutsche Reich einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen. Belgien lehnt jedoch am 2. August 1914 die ultimative Forderung ab, den deutschen Truppendurchmarsch zu gestatten.

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 2. August 1914 (x267/18): >>Bei den Standesämtern der Stadt- und Landgemeinden Großberlins sind am Samstag und Sonntag rund 1.800 Nottrauungen vollzogen worden; auf Berlin entfallen etwa 1.000 Nottrauungen.

In den Krankenhäusern und Wöchnerinnenheimen, wo die Bräute der zum Felddienst Einberufenen liegen, wurden gestern allein sechs Kriegstraungen am Krankenbett durch den Standesbeamten vollzogen, wobei zumeist Ärzte als Trauzeugen fungierten.<<

03.08.1914

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich kommt der französischen Kriegserklärung zuvor und erklärt Frankreich am 3. August 1914 den Krieg.

Der deutsche Reichskanzler beauftragt am 3. August 1914 den deutschen Botschafter in London (x056/317): >>Bitte (dem britischen Außenminister Edward Grey) zu sagen, daß, wenn wir zur Neutralitätsverletzung Belgiens schritten, wir dazu durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen würden ... Wir befänden uns in einer militärischen Zwangslage.

Die unselige russische Mobilmachung hätte uns, die wir bis dahin militärisch uns auf ... Defensivmaßregeln beschränkt hätten, plötzlich in Gefahr gesetzt, nachdem auch Frankreich schon vorher stark gerüstet hätte, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden

...

Jetzt müßten wir, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um uns unserer Haut zu wehren.

Es liege keinerlei absichtliche Verletzung des Völkerrechts vor, sondern die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft ... Rußland habe durch verbrecherisches Spielen mit dem Feuer (den Frieden zu erhalten) durchkreuzt ...<<

Ein 24jähriger deutscher Jurastudent, der bereits im September 1914 nach einer Verwundung in Frankreich sterben wird, schreibt am 3. August 1914 (x261/214): >>... Hurra!

Endlich habe ich meine Beorderung: morgen vormittag 11 Uhr in einem hiesigen Lokal. Stunde um Stunde habe ich auf meinen Befehl gewartet.

Heute vormittag traf ich eine junge bekannte Dame; ich schämte mich fast, mich in Zivilkleidern vor ihr sehen zu lassen. – Auch ihr meine guten Eltern, werdet mir recht geben: ich gehöre nicht mehr ins friedliche Leipzig.

Liebe Mutter, halte Dir bitte, bitte immer vor Augen, was ich seit gestern im Wechsel der Stimmungen gelernt: Wenn wir in diesen Zeiten an uns und unsere Angehörigen denken, werden wir klein, schwach.

Denken wir an unser Volk, ans Vaterland, an Gott, an alles Umfassende, so werden wir mutig und stark.<<

Belgien: Als deutsche Truppen am 3. August 1914 in Belgien einmarschieren, bittet Belgien die vermeintlich unschlüssigen Briten um Hilfe.

Aufgrund des Einmarsches in Belgien gelten die Deutschen später als Kriegsverursacher, obgleich Rußland und Frankreich die Mobilmachung nachweislich vor dem Deutschen Reich anordnen.

Frankreich: Der französische Schriftsteller Romain Rolland (1866-1944, Unterstützer der pazifistischen Bewegung, erhält 1915 den Nobelpreis) schreibt am 3. August 1914 in sein Tagebuch (x239/204): >>Dieser europäische Krieg ist seit Jahrhunderten die größte geschichtliche Katastrophe; er bedeutet das Ende unserer heiligsten Hoffnungen in die Brüderlichkeit unter den Menschen.

Das Schlimmste ist das Gefühl, daß es nicht nur Fortschritt, sondern auch Rückschritt gibt. Noch 1870 hatte sich wenigstens eine Elite von Männern gegen den Krieg erhoben.

Bebel ließ nicht nach, gegen die Annexion Elsaß-Lothringens zu protestieren.

Diesmal ist der springende Punkt die Tatsache, daß sich die Sozialisten aller Länder ohne Zögern für den Krieg ausgesprochen haben. ...<<

Großbritannien: Der britische Außenminister Sir Edward Grey sagt am 3. August 1914 zu einem Freund (x191/7): >>Die Lampen gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserm Leben nie wieder leuchten sehen. ...<<

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914

Wesentliche Kriegsgründe waren z.B.:

1. Nationalitätenprobleme und weltweiter Imperialismus: Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatten sich infolge der großen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen dramatische Nationalitätenprobleme (Zeitalter des Nationalismus) und globale imperialistische Machtinteressen entwickelt, die man mit den damaligen politischen Mitteln und Gesellschaftsordnungen nicht mehr lösen konnte.

2. Der nordamerikanisch-deutsch-englisch-französische Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung: Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

3. Rüstungswettlauf: Alle europäischen Großmächte verfügten über hochgerüstete Armeen. Im Jahre 1914 verfügte z.B. Frankreich über eine schlagkräftige, moderne Armee, die über 910.000 Soldaten und 1.325.000 Reservisten besaß, während das Deutsche Reich nur 870.000 Mann und 1.180.000 Reservisten aufbieten konnte (x063/418).

4. Fehlende Kompromißbereitschaft: Kein Staat wollte damals auf seine vermeintlichen Ansprüche verzichten.

5. Verhängnisvolle Bündnispolitik: Der Automatismus bzw. die Eigendynamik der Paktsysteme erzwangen später zwangsläufig die Mobilmachungen und setzten die durchorganisierte Kriegsmaschine unaufhaltsam in Gang.

6. Versagen der europäischen Politiker: Nach Bismarcks Rücktritt gab es keine überragenden Persönlichkeiten mehr, die in der Lage waren, Verantwortung zu übernehmen und die dringend erforderlichen Vermittlerrollen zu übernehmen.

Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schreibt später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>... Im Laufe von

drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.

Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.

Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zugunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allgemeinen Regel erklärt. ...

Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.

Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.

Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. ...<<

Der deutsche Historiker Imanuel Geiss (1931-2012) schreibt später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x272/93): >>Der auslösenden Funke entsprang dem nur scheinbar sekundären Spannungsherd zwischen Serbien und Österreich-Ungarn.

In Wirklichkeit verbarg sich dahinter der säkulare Konflikt zwischen dem dynastischen, übernationalen, konservativen Staatsprinzip und dem modernen, nationalrevolutionären und nationaldemokratischen Prinzip der Selbstbestimmung, der in mannigfachen Formen seit der Französischen Revolution bis in unsere Tage hinein die Weltgeschichte geprägt hat, ein Konflikt, der weit über die Betrachtung der "Kriegsschuldfrage" hinaus auf universalhistorische Zusammenhänge weist. ...

In einem tieferen Sinn fällt die letzte Verantwortung schließlich auf die Führungsschicht Österreich-Ungarns selbst zurück, weniger, weil sie Franz Ferdinand nach Sarajewo in eine "Allee von Bombenwerfern" schickte, als vielmehr wegen ihrer Unfähigkeit, das legitime Streben der Nationalitäten nach Freiheit, Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit (ein in Deutschland und Österreich bei der pauschalen Verurteilung der Attentäter von Sarajewo meist vernachlässigtes Motiv) zu erfüllen.

Durch das starre Festhalten an überholten Staats- und Gesellschaftsauffassungen gaben die traditionellen Mächte den politischen Regungen der jungen südslawischen Intelligenz im eigenen Land keinen Raum, so daß sie in ihrer Ratlosigkeit verzweifelt zu dem Mittel des politischen Mordes griff. ...<<

Der deutsche Historiker Walther Hubatsch (1915-1984) schreibt später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x056/320): >>Der Ausbruch dieses gewaltigen Ringens stellt sich als ein Bündel von vielerlei Ursachen dar: die großserbische Idee und die innere Schwäche Österreich-Ungarns; der Panslawismus und die alten Expansionsziele Rußlands auf dem Balkan; die Gelegenheit für Frankreich, seine 1870 eingebüßte Position europäisch wieder zu begründen; die englische Sorge vor einer Hegemonialstellung Deutschlands auf dem Kontinent und die Sicherung Belgiens.

Hinzu trat die Furcht (der Deutschen), die Bundesgenossenschaften zu verlieren und dann in

der Krise isoliert zu sein; alles dieses bremste die Friedensbemühungen, die zu spät einsetzten und durch die Technik der einander bedingenden Mobilmachung rasch wirkungslos wurden.
...<<

Der deutsche Historiker Theodor Schieder schreibt später über die Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg (x058/291-293): >>Unter den politischen Problemen des Krieges steht die Frage der Kriegsziele der Mächte an erster Stelle; sie ist eng mit dem Problem des Friedens verknüpft. Kriegsziele konnten von den Mächten und der Öffentlichkeit in den einzelnen kriegführenden Staaten intern diskutiert oder zum offiziellen Regierungsprogramm erhoben werden, sie konnten sich aber auch in zwischenstaatlichen Abkommen niederschlagen und dann als Grundlage eines Bündnisses gelten.

Zwischen den Mächten, die in den ersten Wochen in den Krieg eintraten, bestanden Vereinbarungen, die über defensive Ziele wie Sicherheit, Aufrechterhaltung des Gleichgewichts hinausgingen, nicht; für keine dieser Mächte ist ein expansives Programm der unmittelbar Grund des Krieges gewesen.

Der ausbrechende Krieg beehrte aber dann untergründige Begehrlichkeiten, er beseitigte die Hemmungen, die den Diplomaten und Militärs auferlegt waren, solange die bestehende Staatenordnung noch die Grundlage aller Überlegungen bildete. ...

Man wird sagen dürfen, daß nach den zwischen den Alliierten vereinbarten Kriegszielen die Türkei als selbständiger Staat zu existieren aufgehört hätte, während die Lebensfähigkeit Österreichs aufs äußerste geschwächt worden wäre. Immerhin zögerten namentlich die englischen Staatsmänner, Österreich durch Freigabe der Selbstbestimmung seiner kleineren Völker preiszugeben, solange noch die Chance eines Sonderfriedens mit der Monarchie bestand.

Schwieriger sind schon die alliierten Kriegsziele gegenüber dem Deutschen Reich zu bestimmen. Von einer Einheitlichkeit der drei Mächte wird man hier kaum sprechen können. Wenn auch ein englischer Staatsmann wie Lloyd George in seiner Knock-out-Erklärung die völlige Niederwerfung Deutschlands und des preußischen Militärdespotismus als Ziel der englischen Politik verkündet hat, so steht fest, daß England im letzten eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts durch ein übermächtiges Frankreich nicht wünschte, was kein anderer als Lloyd George selbst durch seine spätere Politik bezeugt hat.

Eine englische Kriegszielenkschrift des Foreign Office von 1916, die die Grundlage der weiteren englischen Kriegszieldiskussion bildete, sprach nur von Wiederherstellung Belgiens und Rückgabe Elsaß-Lothringens. Sonst hielt sie am Grundsatz des Nationalitätenprinzips fest, forderte z.B. einen großpolnischen "Pufferstaat" in Personalunion mit Rußland. Außerdem ist von einer Auflösung der habsburgischen Monarchie und der Angliederung Deutsch-Österreichs an das Reich die Rede, das damit eine Entschädigung für seine Verluste an anderen Gebieten erhalten hätte.

Als die Ententemächte im Zusammenhang mit der Friedensinitiative des amerikanischen Präsidenten Wilson von diesem aufgefordert wurden, ihre Kriegsziele bekanntzugeben, taten sie dies in der Note vom 12.1.1917.

In ihr war außer der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, der Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Rußlands und Rumäniens und einer "gerechten Wiedergutmachung für den Wiederaufbau Europas" die Rückgabe der geraubten Provinzen und Gebiete, also Elsaß-Lothringens, gefordert, schließlich aber auch die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft und die Befreiung der Bevölkerung, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sei, und die Entfernung des türkischen Reiches aus Europa.

In diesem Programm erschienen gegenüber Deutschland keine weitergehenden Forderungen als die auf Elsaß-Lothringen, was den Interessen der englischen Politik entsprach, hingegen mußte die massive Vertretung des Nationalitätenprinzips die Zerstörung der Lebensgrundla-

gen Österreich-Ungarns bedeuten.

Diese öffentlich bekanntgegebenen Kriegszielforderungen der Ententemächte stehen zeitlich in nächster Nähe zu einem informellen Abkommen zwischen Frankreich und Rußland vom Februar/März 1917, daß die extremsten Kriegsziele gegenüber Deutschland enthält.

In dieser Vereinbarung, die die Unterschrift Briands trug, wird davon gesprochen, daß Frankreich außer Elsaß-Lothringen das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Lothringen einschließlich des Saargebiets erhalten solle. Für die übrigen Gebiete links des Rheins wurde die Bildung eines autonomen und neutralen Staates vorgesehen. Rußland wurde dafür konzidiert, daß es sich nach seinem Belieben seine Westgrenzen festsetzen dürfe, womit ihm Frankreich freie Hand auch in der polnischen Frage gab.

Diese Verhandlungen werden allerdings in einem Augenblick der eklatanten Schwäche Rußlands und des dringenden Bedürfnisses der französischen Politik geführt, den russischen Bundesgenossen nicht zu verlieren. Als dann doch dieser Fall eintrat, sind offensichtlich so extreme Forderungen wie im Winter 1916/17 offiziell nicht mehr vertreten worden.

Im Mittelpunkt stand jetzt die Forderung nach Rückgabe Elsaß-Lothringens, der auch die englische und amerikanische Regierung zustimmten, zum Teil wurde das Interesse auf weit entfernt liegende Interessengebiete in Rußland abgelenkt. Erst seit der großen Wende der Schlacht in Frankreich im Sommer 1918 kam der französische Ministerpräsident Clemenceau auf weitergehende Ziele zurück, wie sie dann im Zusammenhang der französischen Sicherheitspolitik am Rhein auf der Pariser Friedenskonferenz vorgebracht wurden.

Man kann daher sagen, daß die Bedingungen des Friedens von Versailles noch in der Atmosphäre des Krieges vorbereitet, daß sie aber zu ihrer vollen Schärfe erst nach der Niederlage der Mittelmächte entwickelt wurden. Einiges hat dazu wohl auch die Tatsache beigetragen, daß erst auf der Konferenz die Divergenz zwischen britischen und französischen Anschauungen über die Zukunft Deutschlands in Europa ganz offenkundig wurde und der französischen Konzeption dort noch eine weitere, völlig verschiedene, nämlich die des amerikanischen Präsidenten Wilson gegenübertrat. ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet im Jahre 2012 in der Einleitung seines Buches "DIE SCHLAFWANDLER. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x307/9-20): >>... Auf dem europäischen Kontinent herrschte Frieden an jenem Morgen des 28. Juni 1914, einem Sonntag, als Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie Chotek auf dem Bahnhof von Sarajevo ankamen.

Nur 37 Tage später befand sich Europa im Krieg. Der Konflikt, der in jenem Sommer begann, mobilisierte 65 Millionen Soldaten, brachte drei Reiche zu Fall und forderte 20 Millionen militärische und zivile Todesopfer sowie 21 Millionen Verwundete. Die Greuel des 20. Jahrhunderts in Europa gingen aus dieser Katastrophe hervor; es war, wie der amerikanische Historiker Fritz Stern es nannte, "die erste Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Große Krieg, aus der sich alle folgenden Katastrophen ergaben".

Die Diskussion, warum es dazu kam, begann, noch ehe die ersten Schüsse fielen, und sie ist bis heute nicht beendet. Sie hat historische Literatur von einzigartiger Fülle, Differenziertheit und moralischer Intensität hervorgebracht. Für Theoretiker der internationalen Beziehungen sind die Ereignisse von 1914 immer noch die politische Krise par excellence, so verworren, daß sie unzähligen Hypothesen Raum geben.

Ein Historiker, der den Ursprung des Ersten Weltkrieges untersucht, stößt auf mehrere Probleme. Das naheliegendste Problem ist das Überangebot an Quellen. Jeder kriegführende Staat hat mehrbändige, offizielle Editionen der diplomatischen Akten herausgegeben, das umfassende Werk mühsamer, kollektiver Archivarbeit. Staatsmänner, Befehlshaber, Minister, hohe Regierungsvertreter, Adjutanten und Höflinge haben Tagebücher und Memoiren geschrieben, alles in allem Zehntausende von Seiten. In diesem Meer von Quellen gibt es tückische Strö-

mungen. Die meisten offiziellen Quelleneditionen, die in der Zwischenkriegszeit erschienen sind, haben eine apologetische Tendenz.

Die 57-bändige deutsche Publikation "Die Große Politik", die 15.889 Dokumente, geordnet nach 300 Themenfeldern, umfaßt, wurde keineswegs aus rein wissenschaftlichem Interesse herausgegeben; man hoffte, die Offenlegung der Quellen vor dem Krieg werde ausreichen, um die in den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags enthaltene These der "Kriegsschuld" zu widerlegen.

Auch für die französische Regierung war die Veröffentlichung der Dokumente ein Projekt von "im Grunde politischem Charakter", wie Außenminister Jean Louis Barthou es im Mai 1934 ausdrückte. Es hatte zum Ziel, "ein Gegengewicht zu der Kampagne zu bilden, die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles lancierte".

In Wien setzte man sich, wie Ludwig Bittner, der Mitherausgeber der achtbändigen Sammlung "Österreich-Ungarns Außenpolitik", im Jahr 1926 darlegte, zum Ziel, eine maßgebliche Quellenedition zusammenzustellen, ehe ein internationales Gremium (womöglich der Völkerbund?) die österreichische Regierung zur Veröffentlichung unter weniger günstigen Vorzeichen zwang.

Die frühen sowjetischen Quelleneditionen litten zum Teil unter dem Bestreben, den Nachweis zu erbringen, daß der Krieg vom autokratischen Zaren und seinem Bündnispartner, dem bürgerlichen Raymond Poincaré, initiiert worden sei. Die Sowjetregierung hoffte, auf diese Weise französischen Forderungen nach Rückzahlung der Vorkriegsdarlehen die rechtliche Grundlage zu entziehen.

Selbst in Großbritannien, wo die Edition "British Documents on the Origins of the War" unter hehren Appellen an die unparteiische akademische Lehre veröffentlicht wurde, war die erschienene Quellenedition nicht ganz frei von tendenziösen Auslassungen, die ein leicht un ausgewogenes Bild von dem Platz Großbritanniens bei den Ereignissen unmittelbar vor Kriegsausbruch im Jahr 1914 ergeben.

Mit einem Wort, die großen europäischen Quelleneditionen waren, bei all ihrem unleugbaren Wert für die Forscher, Munitio in einem "Weltkrieg der Dokumente", wie der deutsche Militärhistoriker Bernhard Schwertfeger in einer kritischen Studie aus dem Jahr 1929 anmerkte.

Die Memoiren der Staatsmänner, Befehlshaber und anderer Entscheidungsträger sind nicht weniger problematisch, so unverzichtbar sie auch für jeden sind, der die Ereignisse zu verstehen versucht, die sich im Vorfeld des Krieges abspielten. Einige sind ausgerechnet bei den brennenden Fragen enttäuschend zugeknöpft. Nehmen wir nur drei Beispiele:

"Die Betrachtungen zum Weltkriege", die der deutsche Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1919 veröffentlichte, sagen so gut wie nichts über seine eigenen Handlungen oder die seiner Kollegen während der Julikrise 1914 aus; die politischen Memoiren des russischen Außenministers Sergej Sasonow sind oberflächlich, aufgebläht, hier und da verlogen und absolut nichtssagend im Hinblick auf seinen Anteil an den maßgeblichen Ereignissen; die zehnbändigen Memoiren des französischen Präsidenten Poincaré über seine Jahre an der Macht sind eher propagandistisch als erhellend - es bestehen eklatante Diskrepanzen zwischen seinen "Erinnerungen" an die Ereignisse während der Krise und den zeitgenössischen Notizen in seinem unveröffentlichten Tagebuch.

Die liebenswürdigen Memoiren des britischen Außenministers Sir Edward Grey sind lückenhaft in der heiklen Frage nach den Zusagen, die er den Ententemächten vor August 1914 gemacht hatte, und nach der Rolle, die diese beim Krisenmanagement gespielt hatten.

Als der amerikanische Historiker Bernadotte Everly Schmitt von der University of Chicago Ende der 1920er Jahre mit Empfehlungsschreiben nach Europa reiste, um ehemalige Politiker zu interviewen, die an den Ereignissen beteiligt gewesen waren, war er schockiert über die augenscheinliche, völlige Immunität seiner Gesprächspartner gegen jeden Selbstzweifel. (Die

einzigste Ausnahme war Grey, der "spontan anmerkte", daß er einen taktischen Fehler begangen hatte, als er versuchte, in der Julikrise mittels der Berliner Regierung mit Wien zu verhandeln, dabei war die erwähnte Fehleinschätzung von untergeordneter Bedeutung und der Kommentar entsprach eher einer typisch englischen Selbstkasteiung als einem echten Eingeständnis einer Mitverantwortung.)

Einige hatten auch Probleme mit dem Gedächtnis. Schmitt spürte Peter Bark auf, den ehemaligen russischen Finanzminister, der inzwischen als Banker in London tätig war. Im Jahr 1914 hatte Bark an Sitzungen teilgenommen, bei denen Entscheidungen von enormer Tragweite getroffen wurden. Aber als Schmitt sich mit ihm traf, blieb Bark hartnäckig dabei, daß er "kaum eine Erinnerung an Ereignisse aus jener Ära habe". Zum Glück sind die eigenen Notizen des Ministers aus jener Zeit aufschlußreicher.

Als der Forscher Luciano Magrini im Herbst 1937 nach Belgrad fuhr, um jeden Überlebenden zu interviewen, der nach dem damaligen Wissensstand in irgendeiner Form mit der Verschwörung von Sarajevo in Verbindung stand, stellte er fest, daß manche Zeugen zu Angelegenheiten Aussagen machten, von denen sie eigentlich nichts wissen konnten, andere hingegen "stumm blieben oder eine falsche Darstellung von dem, was sie wissen, lieferten" und wieder andere "ihre eigenen Aussagen noch ausschmückten oder in erster Linie an Selbstrechtfertigung interessiert waren".

Überdies bestehen immer noch beträchtliche Wissenslücken. Ein Teil der wichtigen Kommunikation zwischen Hauptakteuren spielte sich verbal ab und ist nicht dokumentiert - der Meinungsaustausch kann in diesen Fällen lediglich über indirekte Hinweise oder spätere Aussagen rekonstruiert werden. Die serbischen Organisationen, die mit dem Attentat zu tun hatten, waren extrem verschwiegen und hinterließen so gut wie keine schriftlichen Spuren.

Dragutin Dimitrijević, der Chef des serbischen Militäргеheimdienstes, ein zentraler Akteur bei der Verschwörung gegen Franz Ferdinand in Sarajevo, verbrannte in regelmäßigen Abständen alle seine Unterlagen. Von dem genauen Inhalt der ersten Gespräche zwischen Wien und Berlin darüber, was als Reaktion auf die Schüsse in Sarajevo unternommen werden sollte, ist vieles unbekannt.

Die Protokolle der Gipfeltreffen zwischen der französischen und russischen politischen Führung, die vom 20. bis 23. Juni in St. Petersburg stattfanden, Dokumente von potentiell enormer Bedeutung für das Verständnis der letzten Phase der Krise, sind nie gefunden worden (die russischen Protokolle sind vermutlich schlichtweg verschollen; das französische Team, das die "Documents Diplomatiques Français" herausgab, konnte die französische Fassung nicht finden).

Die Bolschewiken veröffentlichten viele zentrale diplomatische Dokumente in dem Versuch, die imperialistischen Machenschaften der Großmächte zu diskreditieren, aber sie erschienen in unregelmäßigen Abständen, ohne bestimmte Ordnung und konzentrierten sich generell auf bestimmte Themen wie die russischen Pläne am Bosphorus.

Einige Dokumente (die genaue Zahl ist nicht bekannt) gingen im Chaos des Bürgerkriegs beim Transport verloren, und die Sowjetunion gab nie eine systematisch zusammengestellte Quellensammlung heraus, die sich mit den britischen, französischen, deutschen und österreichischen Editionen messen konnte. Die veröffentlichten Quellen auf russischer Seite sind bis heute alles andere als vollständig.

Die außerordentlich enge Verflechtung der Krise ist ein weiteres Kennzeichen. Die Kubakrise war schon komplex genug, dabei waren nur zwei Hauptakteure daran beteiligt (die USA und die Sowjetunion), sowie eine Reihe von Stellvertretern und untergeordneten Akteuren.

Eine Darstellung, wie der Erste Weltkrieg zustande kam, muß hingegen die multilateralen Interaktionen von fünf autonomen, gleichwertigen Akteuren (Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland und Großbritannien) - sechs, wenn man Italien mitzählt - berücksichti-

gen.

Hinzu kommen mehrere strategisch wichtige und ebenso autonome, souveräne Akteure wie das Osmanische Reich und die Staaten auf der Balkanhalbinsel, einer Region, die in den Jahren vor Kriegsausbruch von starken, politischen Spannungen und einer extremen Instabilität geprägt war.

Verkompliziert wird das Ganze durch die Tatsache, daß die politischen Entscheidungsprozesse in den von der Krise betroffenen Staaten häufig alles andere als transparent sind. Man kann in den Ereignissen des Juli 1914 eine "internationale" Krise sehen, ein Begriff, der eine Gruppe von Nationalstaaten impliziert, die man sich als kompakte, autonome, eigenständige Einheiten vorstellen muß, wie Billardkugeln auf einem Tisch.

Aber die souveränen Strukturen, die in der Krise die Politik gestalteten, waren ausgesprochen uneinheitlich. Damals herrschte eine Unsicherheit (und unter Historikern besteht sie noch heute), wer innerhalb der verschiedenen Regierungsbehörden denn genau die Macht hatte, den politischen Kurs zu bestimmen; überdies gingen "politische Maßnahmen" (oder zumindest eine Politik fördernde Initiativen der verschiedensten Art) nicht unbedingt vom Zentrum des Systems aus; sie konnten von recht peripheren Orten im diplomatischen Apparat, von militärischen Befehlshabern, von Ministerialbeamten und sogar von Botschaftern ausgehen, die häufig auf eigene Faust Entscheidungsträger waren.

Die erhaltenen Quellen präsentieren uns somit ein Wirrwarr aus Versprechungen, Drohungen, Plänen und Prognosen - genau dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, daß der Kriegsausbruch auf so irritierend vielfältige Weise interpretiert wurde und wird.

So gut wie jede Sichtweise der Ursprünge läßt sich anhand einer Auswahl der verfügbaren Quellen belegen. Und das erklärt wiederum zum Teil, weshalb die Literatur zu den "Anfängen des Ersten Weltkrieges" so gigantische Ausmaße erreicht hat, daß kein einziger Historiker (nicht einmal eine Fantasiegestalt, welche alle erforderlichen Sprachen fließend beherrscht) jemals hoffen kann, alle diese Werke zu Lebzeiten zu lesen - schon vor zwanzig Jahren umfaßte eine Bibliographie der damaligen Literatur 25.000 Bücher und Artikel.

Manche Darstellungen haben sich ganz auf die Frage der Verantwortung eines schwarzen Schafes unter den europäischen Staaten kapriziert (mit Deutschland als häufigstem Kandidaten, aber keine einzige Großmacht blieb von der Zuweisung der Hauptverantwortung völlig verschont); andere haben die Schuld aufgeteilt oder nach Fehlern im "System" gesucht. Die Frage war stets so aktuell und vielschichtig, daß die Diskussion unablässig weiterging.

Und im Kontext der historischen Diskussionen, die sich tendenziell mit den Fragen der Schuld oder der Beziehung zwischen individueller Urheberschaft und strukturellen Zwängen befaßten, erstreckt sich ein weites Feld an Kommentaren zu den internationalen Beziehungen, in denen Kategorien wie Abschreckung, Entspannung und Unabsichtlichkeit oder verallgemeinerbare Mechanismen wie Ausbalancieren, Verhandeln und Einreihen in den Vordergrund rücken. Obwohl die Erörterung dieser Frage inzwischen fast hundert Jahre alt ist, besteht kein Grund zu der Annahme, daß sie obsolet ist.

Auch wenn die Diskussion alt ist, so ist das Thema immer noch aktuell, eigentlich ist es heute sogar aktueller und bedeutsamer als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Umbrüche in unserer eigenen Welt haben unsere Sichtweise der Ereignisse von 1914 verändert. Es war einfach, sich die Katastrophe von Europas "letztem Sommer" als ein Kostümspektakel der Ära Eduards VII. vorzustellen.

Die verweichlichten Rituale und pompösen Uniformen, der "Ornamentalismus" einer Welt, die immer noch zum großen Teil in erblichen Monarchien organisiert war, hatten eine distanzierende Wirkung auf die heutige Erinnerung. Sie schienen zu signalisieren, daß die Protagonisten Menschen aus einer anderen, untergegangenen Welt waren. Die Vermutung hielt sich hartnäckig, daß die Akteure, wenn sie schon buschige, grüne Straußenfedern auf ihren Hüten

trugen, auch entsprechende Gedanken und Motive gehabt haben mußten.

Dabei muß jedem Leser aus dem 21. Jahrhundert, der den Verlauf der Krise von 1914 aufmerksam verfolgt, deren Aktualität ins Auge springen. Alles fing mit einem Kommando von Selbstmordattentätern und einem Autokorso an. Hinter der Greuelthat von Sarajevo stand eine erklärte Terrororganisation, die einen Opfer-, Todes- und Rache Kult pflegte; überdies war diese Terrororganisation extraterritorial und kannte keinen eindeutigen geographischen oder politischen Ort. Sie war in Zellen über politische Grenzen hinweg verstreut, man konnte sie nicht zur Rechenschaft ziehen, zu einer souveränen Regierung unterhielt sie lediglich indirekt und heimlich Kontakte, die für Außenstehende kaum auszumachen waren.

Tatsächlich könnte man sogar behaupten, daß die Julikrise 1914 uns heute weniger fremd - weniger unerklärlich - ist als noch in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist an die Stelle des Systems globaler, bipolarer Stabilität ein weit komplexeres und unberechenbareres Gefüge von Kräften getreten, einschließlich einiger Reiche im Niedergang und aufsteigender Mächte - ein Zustand, der zum Vergleich mit der Situation in Europa anno 1914 geradezu einlädt.

Dieser Perspektivwechsel veranlaßt uns, die Geschichte der Entwicklung zum Krieg neu zu betrachten. Wenn man sich dieser Herausforderung stellt, so heißt das keineswegs, mit aller Gewalt einen banalen Gegenwartsbezug herzustellen, der sich die Vergangenheit so zurechtbastelt, daß sie den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, sondern es geht darum, jene Merkmale der Vergangenheit zu erkennen, auf die wir durch unseren veränderten Standpunkt einen klareren Blick erhalten haben.

Dazu zählt etwa der Balkankontext des Kriegsbeginns. Serbien ist einer der blinden Flecke der Historiographie zur Julikrise. Das Attentat in Sarajevo wird in vielen Darstellungen als reiner Vorwand behandelt, als ein Ereignis ohne großen Einfluß auf die eigentlichen Kräfte, deren Zusammenspiel den Konflikt herbeiführte. In einer ausgezeichneten Studie zum Ausbruch des Krieges 1914 erklären die Autoren: "Die Morde (in Sarajevo) allein lösten nichts aus. Erst die Art und Weise, wie dieses Ereignis ausgenutzt wurde, führte die Nationen in den Krieg."

Die Marginalisierung der serbischen und damit der breiteren Balkandimension der Geschichte setzte schon während der Julikrise ein, die als eine Antwort auf die Morde in Sarajevo begann, aber später eine andere Richtung erhielt und in eine geopolitische Phase eintrat, in der Serbien und seine Aktionen eine untergeordnete Rolle spielten.

Auch unser moralischer Kompaß hat sich verändert. Die Tatsache, daß ein serbisch dominiertes Jugoslawien als einer der Siegerstaaten aus diesem Krieg hervorging, schien implizit die Tat des Mannes zu rechtfertigen, der am 28. Juni die Schüsse abgab - so sahen es mit Sicherheit die jugoslawischen Behörden, die den Ort des Attentats mit Fußabdrücken aus Bronze und einer Tafel markierten, welche die "ersten Schritte in die Freiheit der Jugoslawen" feierten.

In einer Zeit, in der die nationale Idee noch jung und voller Versprechungen war, herrschte intuitiv Sympathie mit dem Nationalismus der Südslawen und wenig Sympathie für die schwerfällige Völkergemeinschaft des Habsburger Reichs. Die Kriege im Ex-Jugoslawien der neunziger Jahre haben uns an die Tödlichkeit des Nationalismus auf dem Balkan erinnert. Seit Srebrenica und der Belagerung Sarajevos fällt es schwerer, Serbien als reines Objekt oder Opfer der Großmachtpolitik zu sehen, statt dessen kann man sich leichter den serbischen Nationalismus als eigene historische Kraft vorstellen.

Aus der Sicht der heutigen Europäischen Union betrachten wir den zerfallenen Flickenteppich des habsburgischen Österreich-Ungarn tendenziell mit mehr Sympathie - oder zumindest weniger Verachtung. Schließlich dürfte heute kaum jemand auf die Idee kommen, die beiden Morde in Sarajevo als ein bloßes Unglück abzutun, das unmöglich gewichtigere Folgen zeitigen konnte.

Die Anschläge auf das World Trade Center im September 2001 haben uns exemplarisch vor Augen geführt, inwiefern ein einziges, symbolträchtiges Ereignis - so tief es auch in einem größeren historischen Prozeß verwurzelt sein mag - die Politik unwiderruflich verändern kann, indem es bisherige Optionen zunichte macht und neuen Optionen eine unvorhersehbare Dringlichkeit verleiht.

Wenn man Sarajevo und den Balkan wieder in den Mittelpunkt der Geschichte rückt, so heißt das keineswegs, daß die Serben oder ihre Politiker dämonisiert werden, noch entläßt es uns aus der Verpflichtung, die Kräfte zu verstehen, die auf und in den serbischen Politikern, Offizieren und Aktivisten wirkten, deren Verhalten und Entscheidungen nicht zuletzt bestimmten, welche Konsequenzen die Schüsse von Sarajevo haben würden.

Das vorliegende Buch setzt sich zum Ziel, die Julikrise von 1914 als ein modernes Ereignis zu verstehen, als das komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten. Es befaßt sich weniger mit der Frage, warum der Krieg ausbrach, als damit, wie es dazu kam.

Die Fragen nach dem Warum und Wie sind logisch untrennbar miteinander verbunden, aber sie führen uns in verschiedene Richtungen. Die Frage nach dem Wie fordert uns auf, die Abfolge der Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem Warum ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen: Imperialismus, Nationalismus, Rüstung, Bündnisse, Hochfinanz, Vorstellungen der nationalen Ehre, Mechanismen der Mobilisierung.

Der "Warum-Ansatz" bringt zwar eine gewisse analytische Klarheit, aber er hat auch einen verzerrenden Effekt, weil er die Illusion eines ständig wachsenden Kausaldrucks erzeugt. Die Faktoren türmen sich auf und drücken auf die Ereignisse; politische Akteure werden zu reinen ausführenden Organen der Kräfte, die sich längst etabliert haben und ihrer Kontrolle entziehen.

In der Geschichte, die dieses Buch erzählt, bestimmen handlungsfähige und -bereite Entscheidungsträger das Bild. Diese Entscheidungsträger (Könige, Kaiser, Außenminister, Botschafter, Militärs und eine Fülle kleinerer Beamter) bewegten sich mit behutsamen, wohlbe-rechneten Schritten auf die Gefahr zu. Der Ausbruch des Krieges war der Höhepunkt in einer Kette von Entscheidungen, die von politischen Akteuren mit bewußten Zielen getroffen wurden.

Diese Akteure waren bis zu einem gewissen Grad der Selbstreflexion fähig, sie erkannten eine Auswahl von Optionen und bildeten sich auf der Basis der besten Informationen, die ihnen vorlagen, ein Urteil. Nationalismus, Rüstung, Bündnisse und Hochfinanz waren allesamt Teil der Geschichte, aber man kann ihnen lediglich dann eine echte erklärende Bedeutung beimessen, wenn man aufzeigen kann, daß sie Entscheidungen beeinflussten, die - zusammengenommen - den Krieg ausbrechen ließen.

Ein bulgarischer Historiker der Balkankriege stellte unlängst treffend fest: "Sobald wir die Frage 'warum' stellen, wird Schuld zum Brennpunkt."

Fragen nach der Schuld und Verantwortung für den Kriegsausbruch flossen schon vor Beginn des Krieges in diese Geschichte ein. Der gesamte Quellenbestand steckt voller Schuldzu-schreibungen (denn es ist eine Eigenart dieser Krise, daß alle Handelnden dem Gegner aggressive Absichten unterstellten und sich selbst defensive Intentionen bescheinigten), und das Urteil, das Artikel 231 des Friedensvertrags von Versailles enthält, hat dafür gesorgt, daß die "Kriegsschuldfrage" weiterhin aktuell ist.

Auch hier legt der Fokus auf dem Wie eine alternative Vorgehensweise nahe: eine Reise durch die Ereignisse, die nicht von der Notwendigkeit getrieben wird, eine Anklageschrift gegen diesen oder jenen Staat oder diese oder jene Person zu schreiben, sondern sich zum Ziel setzt, die Entscheidungen zu erkennen, die den Krieg herbeiführten, und die Gründe und Emotionen zu verstehen, die dahintersteckten. Das heißt nicht, daß die Frage nach der Verantwor-

tung ganz aus der Diskussion ausgeklammert wird - nach Möglichkeit sollen die Antworten auf die Warum-Frage jedoch aus den Antworten auf Fragen nach dem Wie erwachsen, statt umgekehrt. ...

Eine zentrale These dieses Buches lautet, daß man die Ereignisse vom Juli 1914 nur dann verstehen kann, wenn man die Wege, welche die Hauptentscheidungsträger beschritten, beleuchtet und ihre Sicht der Ereignisse schildert. Dazu genügt es allerdings nicht, einfach die Abfolge der internationalen "Krisen" Revue passieren zu lassen, die dem Kriegsausbruch vorausgingen - wir müssen uns vor Augen führen, wie jene Ereignisse empfunden und in Narrative eingewoben wurden, welche die Wahrnehmungen prägten und Verhalten motivierten.

Warum verhielten sich jene Männer, deren Entscheidungen Europa in den Krieg führten, ausgerechnet so und sahen die Dinge auf diese Weise?

Wie lassen sich das Gefühl der Angst und die dunklen Vorahnungen, die einem in so vielen Quellen begegnen, in Einklang bringen mit der Arroganz und Prahlerei, auf die wir stoßen - häufig zum Ausdruck gebracht von ein und derselben Person?

Warum spielten so exotische Besonderheiten der Vorkriegszeit wie die albanische Frage und das "bulgarische Darlehen" eine so große Rolle, und wie trafen sie in den Köpfen jener Personen, die die politische Macht innehatten, aufeinander? Als die Entscheidungsträger über die internationale Lage oder externe Bedrohungen diskutierten, sahen sie da die Realität oder projizierten sie ihre eigenen Ängste und Wünsche auf ihre Widersacher, oder beides?

So anschaulich wie möglich sollen hier die überaus dynamischen "Entscheidungspositionen" rekonstruiert werden, die von den Hauptakteuren im Vorfeld und während des Sommers 1914 eingenommen wurden.

In einer der interessantesten jüngeren Publikationen über diesen Krieg wird die These aufgestellt, daß er nicht nur keineswegs unvermeidlich, sondern tatsächlich "unwahrscheinlich" gewesen sei - zumindest bis zu seinem Ausbruch. Daraus würde folgen, daß der Konflikt nicht die Konsequenz einer langfristigen Verschlechterung der Beziehungen war, sondern kurzfristiger Erschütterungen des internationalen Systems. Ob man diese Anschauung nun teilt oder nicht, sie hat den Vorteil, daß sie das Element des Zufalls in das Geschehen einbringt. ...<<

Ehrhardt Bödecker berichtet später über das Deutsche Reich und den Ersten Weltkrieg (x1.035/...): >>>Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts

... nannte George F. Kennan, USA-Diplomat und Sicherheitsberater, den Ersten Weltkrieg

Vorgeschichte

Frankreich, Rußland und England hatten sich in den Jahren 1879-1904 zu einem aggressiven Militärbündnis gegen Deutschland zusammengeschlossen. Durch zusätzliche Rüstungen, Eisenbahnbauten und Heeresvermehrungen in Rußland sollten die Rüstungsvorbereitungen gegen Deutschland bis 1916 beendet sein. Mit diesem Militärbündnis zerstörten diese drei Staaten die bisherige Mächtebalance in Europa. ...

David Lloyd George wurde nach verschiedenen Ministerämtern 1916 Leiter des englischen Kriegskabinetts. In seinen Kriegserinnerungen schrieb er 1935: An dem Tage im Jahre 1904, an dem der englisch-französische Bündnisvertrag bekanntgemacht wurde, kam ich zu einem kurzen Besuch zu Lord Rosebery nach Dalmeny.

Seine erste Begrüßung war: "Sie sind wohl mit diesem französischen Vertrag ebenso zufrieden wie die anderen auch?" Ich versicherte ihm, es erfülle mich mit großer Befriedigung, daß unsere knurrigen und bissigen Beziehungen zu Frankreich endlich ein Ende gefunden hätten. Er erwiderte: "Sie irren sich sehr. Dieser Vertrag bedeutet den Krieg mit Deutschland!"

Frankreich

Seit Jahrhunderten richtete sich die Politik Frankreichs auf die Schwächung Deutschlands durch Fortdauer seiner Teilung in souveräne Einzelstaaten.

Als Preis für seine Neutralität im Krieg Preußens gegen Österreich 1866 forderte die französi-

sche Regierung vom preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck die Unterstützung für die Abtretung des Saarlands, der Rheinpfalz, der linksrheinischen Gebiete von Rheinhessen, von Mainz, Köln, Trier, Worms, Speyer und Aachen sowie von Luxemburg, Kleve, Geldern, Jülich, Zweibrücken, Sponheim und Saarbrücken.

Im Vergleich zu diesen französischen Forderungen war die Erregung Frankreichs vier Jahre später über die Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland nach dem verlorenen Krieg 1870/71 nichts weiter als Scheinheiligkeit. Die Einheit Deutschlands wurde in Frankreich als Niederlage empfunden, gegen die mit den Propagandasprüchen "Rache für Sadowa (Königgrätz)" und "Nicht darüber reden, immer daran denken" in der Bevölkerung angekämpft wurde.

Rußland

Die staatliche Einheit wurde den Deutschen auch von Rußland nicht gegönnt. Schon im Juli 1866, alsbald nach der von Preußen gegen Österreich gewonnenen Schlacht von Königgrätz, forderte Rußland das englische und französische Außenministerium unter Berufung auf den Wiener Kongreß 1815 zu einer Intervention in Preußen auf. In den Verhandlungen des Wiener Kongresses wurden Deutschland weder eine zentrale Regierung noch einheitliche Maße oder eine einheitliche Währung erlaubt. Als Mitunterzeichner der Wiener-Kongreß-Akte glaubte Rußland zu einer Intervention in Deutschland berechtigt zu sein.

Bismarck drängte daher seinen König zum schnellen Friedensschluß mit Österreich in Nikolsburg 1866, um unveränderliche Tatsachen zu schaffen. Das war eine herbe Enttäuschung für die Russen. Weitere kamen hinzu: ihre Niederlagen im Krimkrieg (1856) gegen Frankreich, England und die Türkei - Preußen blieb neutral -, das als unbefriedigend empfundene Ergebnis des Berliner Kongresses (1878) sowie die Niederlage gegen Japan (1905).

Bei der russischen Führungsschicht entstand dadurch ein bis 1914 andauerndes Gefühl der Demütigung und des Hasses gegen Deutschland (George F. Kennan). Dieser Haß gefährdete die europäische Sicherheit und Stabilität, weil er von revolutionären inneren Unruhen in Rußland begleitet wurde.

Großbritannien

Die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und seine zunehmende Stärke beunruhigten die politische Klasse in England. Ihr Interesse richtete sich auf die Bewahrung ihres kolonialen Imperiums, insbesondere Indiens. Denn von der Arbeit der 320 Millionen Menschen in den Kolonien hing der Lebensstandard der 43 Millionen Briten ab. England suchte daher ebenso wie Frankreich den Anschluß an Rußland "fast um jeden Preis" (Arthur Nicolson am 27.4.1914), weil Indien im Norden nicht durch die englische Flotte verteidigt werden konnte und daher Rußland "bei guter Laune" gehalten werden mußte.

Ohne Anlaß und ohne den geringsten Beweis wurde Deutschland im englischen Außenministerium verdächtigt, England als Weltmacht militärisch verdrängen zu wollen (Eyre Crowe, 1907). Gegen diese unbewiesene These wettete der ebenfalls im englischen Außenministerium tätige Unterstaatssekretär Sanderson.

Er rügte die hysterische Furcht vor der kaufmännischen Tüchtigkeit der Deutschen und ihre Behinderung durch die britische Regierung im Ausland. Von dieser Kritik am eigenen Haus nahm der englische Außenminister Edward Grey keine Notiz, obwohl er wußte, daß die Bedrohungsängste der deutschen Regierung den Frieden in Europa gefährden konnten (Prof. Dr. Niall Ferguson, 1999, Schottland).

Zitat

"Denn nicht nur das Wettrüsten weckte die britischen Ängste und Befürchtungen, sondern die gigantische industrielle und kommerzielle Expansion Deutschlands als Ganzes. Der Stabschef der Marine Albrecht von Stosch hatte mit seiner Beobachtung aus dem Februar 1896 ganz recht, daß die wahre Erklärung für den Groll der Engländer gegen Deutschland in der deut-

schen Konkurrenz auf dem Weltmarkt liege."

Wegen seiner gefährdeten Mittellage und seines Bevölkerungswachstums war Deutschland von der Stabilität und Prosperität in Europa abhängig, außerdem von dem ungehinderten Warenaustausch mit allen Ländern der Erde. "Entweder wir exportieren Maschinen oder wir exportieren Menschen" (Reichskanzler von Caprivi, 1891). Die im Vergleich zu England und Frankreich wenigen deutschen Kolonien in Afrika und Fernost spielten nur eine untergeordnete Rolle.

England und Frankreich waren bestrebt, Deutschland militärisch und wirtschaftlich einzuschnüren. Hiervor fürchtete sich die deutsche Regierung. Andererseits war den anderen Ländern die Dynamik der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in Deutschland unheimlich. Daher die Angst auf beiden Seiten. Angst ist schon bei einem Individuum keine gute Grundlage für ein ausgewogenes Verhalten, viel weniger bei einer Regierung.

Die gelegentlichen "lauten" Töne aus Deutschland, auch der Bau einer Flotte, waren trotzdem kein Zeichen von Kriegswillen! Darüber bestand bei den französischen, vor allem aber bei den englischen Diplomaten kein Zweifel. Das beweisen die im Auftrag des Britischen Auswärtigen Amtes herausgegebenen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898-1914 (autorisierte deutsche Ausgabe 1926-1933).

Der Weltkrieg entbrennt

Am 28. Juni 1914 ermordete die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" in Sarajevo den österreich-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie. Hinter den Serben stand der russische Panlawismus. Mit der Versicherung des deutschen Beistandes für den Kriegsfall in den Händen (sogenannter Blankoscheck) erklärte Österreich am 28. Juli 1914 aus Furcht vor einem Zerfall seines Vielvölkerstaates Serbien den Krieg. Kurz vorher hatte der französische Präsident Poincaré vom 20. bis 23. Juli 1914 demonstrativ die russische Regierung in St. Petersburg besucht (die Akten über den Inhalt dieser Gespräche sind der Forschung immer noch nicht zugänglich).

Durch diesen offenbar mit London abgestimmten Besuch wurde der Kriegswille der Russen gestärkt, so daß Rußland nur wenige Tage danach am 29. Juli zur Unterstützung der Serben die Teilmobilmachung, am 30. Juli die Generalmobilmachung seiner Truppen anordnete sowie den sofortigen Transport von sechs kampfstarken Armeen an die deutsche und österreichische Grenze. Eine Beschränkung des Konfliktes auf das balkanische Gebiet war nun nicht mehr möglich.

Was auf die russische Mobilmachung folgte, war eine Kettenreaktion aus Angst und Panik vor den unabsehbaren Folgen der unter den europäischen Großmächten bestehenden Bündnisverpflichtungen.

1. August 1914: Mobilmachung in Deutschland, Kriegserklärung an Rußland

3. August 1914: Kriegserklärung an Frankreich

4. August 1914: Kriegserklärung Englands an Deutschland

5. August 1914: Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland

5. November 1914: Kriegserklärung der Entente an die Türkei

Seit September 1914: Massive wirtschaftliche Unterstützung Englands und Frankreichs durch die USA.

Der Weltkrieg war entbrannt.

Wollte Europa den Krieg? Keine Nation hat den Krieg mit Vorbedacht provoziert. Auch der Deutsche Kaiser nicht. Alle sind in den Krieg hineingestolpert. Dieser Ansicht des englischen Premierministers Lloyd George schließt sich heute die herrschende Auffassung der internationalen Geschichtswissenschaft an.

Die Tragik bestand darin, daß sich die Großmächte in die Abhängigkeit von instabilen, von Unruhen und Aufrühen geplagten Ländern wie es Rußland und Österreich-Ungarn waren, be-

geben hatten. Man hat diese beiden "unruhigen Kantonisten" ohne ausreichende Kontrolle handeln lassen und ist damit selbst in den Sog dieser Länder geraten. Diese beiden Länder haben Europa in den Krieg gerissen.

Die Kriegsziele

USA, England, Frankreich und Rußland waren sich einig, ihre beiden deutschen Gegner "ohne Mitleid" (Zar Nikolaus II.) zu vernichten und Deutschland in den Zustand seiner früheren Zersplitterung zurückzuführen sowie die Hohenzollernherrschaft zu beseitigen. Ein Verhandlungsfrieden wurde abgelehnt.

Deutschlands erstes Ziel war sein defensiver Wille zur Selbstbehauptung. Es hatte keine Expansionsziele. Die britische und russische Weltmachtstellung sollte unangetastet bleiben. In politischer und wirtschaftlicher Weitsicht wurde ein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum unter deutscher Führung angestrebt (Professor Dr. Wolfdieter Bihl, 1991, Wien).

Das Kriegsende

Nach dem erzwungenen Rücktritt des Deutschen Kaisers Wilhelm II. am 9. November 1918 wurde am 11. November 1918 der Waffenstillstand vereinbart. Die alliierte Hungerblockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung blieb bis zum Sommer 1919 bestehen. Mindestens 700.000 Menschen starben dadurch in Deutschland an Hunger.

7. Mai 1919: Diktat der Friedensbedingungen an Deutschland. Damit endete der bisher größte Krieg der Weltgeschichte entgegen der europäischen Tradition ohne Verhandlungen.

Die USA strebten nach der Weltmacht und hatten sich daher vom ersten Kriegstag an einseitig für eine massive Unterstützung Englands und Frankreichs entschieden. Beide Länder weigerten sich daher - in der Gewißheit auf die amerikanische Kriegshilfe - auf die Friedensangebote Deutschlands im Dezember 1914 und im Dezember 1916 einzugehen. Die "Deutschen Friedensbemühungen während des Krieges waren Ausdruck einer wirklichen Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft" (Prof. Dr. Georges-Henri Soutou, 1989, Paris).

Keine Friedensverhandlungen

Die Ermittlung von Schuld und Ursache für den Beginn des Krieges mag für Historiker von Interesse sein. Wichtiger ist die Frage, warum England, Frankreich und die USA Gespräche mit Deutschland über einen Verhandlungsfrieden (1916/17) abgelehnt haben. Hat sie ihr unmenschlicher Haß blind gemacht für die Nöte Europas? Wegen ihrer mangelnden Friedensbereitschaft mußten noch Millionen von Soldaten sterben. So wurde der Krieg nicht durch Verhandlungen, sondern erstmals in Europa durch ein Diktat der Sieger beendet.

Die Friedensbedingungen widersprachen wirtschaftlicher und politischer Vernunft und verletzten das durch das Völkerrecht geschützte Privateigentum.

Sie raubten Deutschlands geistiges Eigentum

Die Patente und Warenzeichen deutscher Fabriken wurden beschlagnahmt. Am weitesten gingen die USA und England. Die USA holten mit einem Schlag den technischen Vorsprung Deutschlands von 20 Jahren ein. Den von Deutschland erfundenen und entwickelten Produkten wurde die Einfuhr in diese Länder verwehrt: Man raubte der deutschen Industrie nicht nur ihre Fabriken und Niederlassungen im Ausland, sondern zwang sie auch noch, einen erheblichen Teil ihrer Produktion zu Preisen zur Verfügung zu stellen, die weit unter dem Weltmarktpreis lagen.

Dieser Raub an den Früchten deutscher Tüchtigkeit verstieß gegen das damals (und heute noch) gültige Völkerrecht (Professor Dr. Carl Duisberg, 1923).

Die Ruinierer Europas

Als Wirtschaftsraum spielte Europa in Deutschland schon seit 1839 eine große Rolle (Friedrich List). Anders dagegen bei den Unternehmern und Staatsmännern der Entente. In senilem Starrsinn bestimmten sie 1918 das Schicksal Europas, ohne Rücksicht auf die Menschen, allein nach ihren machtpolitischen Interessen. Noch heute, nach über 80 Jahren, ist diese Igno-

ranz und Selbstüberschätzung von Clemenceau, Poincaré, Lloyd George und Wilson, diesen Ruinierern Europas, unbegreiflich.

Nur Deutschland hielt als das technisch und wirtschaftlich führende Land des Kontinents den Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Europas in den Händen. Eine europäische Wirtschaftseinheit unter deutscher Führung hätte die Bedeutung Europas als Gegengewicht zu den Wirtschaftsräumen der USA und des fernen Ostens erhalten. Damit wären die Lebensgrundlagen aller europäischen Länder gestärkt worden (Vorwegnahme der heutigen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft).

"Der Versailler Vertrag entsproß einem Deutschenhaß, der sich bis 1885 zurückverfolgen läßt, ferner dem von der Propaganda erzeugten Zerrbild vom preußischen Militarismus." (Prof. Dr. Winfried Baumgart, "Vom europäischen Konzert zum Völkerbund", WBG 1974, S. 121)

Haß statt Versöhnung

"Deutschland hat nicht nur seine Handelsflotte und seinen Auslandsbesitz verloren, es hat auch 10 % seines Gebietes, 10 % seiner Kohle und 75 % seines Eisenerzes abtreten müssen. Das bedeutet die Beraubung eines ganzen Volkes. Diese Politik der Erniedrigung von Millionen lebendiger Menschen wird zu einem Bankrott und Verfall Europas führen, der uns alle erreicht.

Sie kann die geschlagenen Mittelmächte nicht wieder zu guten Nachbarn machen. Anstatt Gedanken und Hoffnungen auf Eintracht in der europäischen Familie zu stärken, zementiert sie den Haß und den Nationalismus, von denen die Völker Europas jetzt besessen sind." (Zitiert nach Professor Dr. John Maynard Keynes, berühmter englischer Nationalökonom, 1922).

Das Samenkorn für das noch größere Unglück, das 1933 über Deutschland und Europa hereinbrach, war hier gelegt worden.

Aus der "Historischen Zeitschrift" vom Oktober 1998, Band 267, S. 399 ff, werden hier einige Bemerkungen des bekannten Weltkriegsforschers, Prof. Dr. Gregor Schöllgen aus Erlangen, auszugsweise wiedergegeben:

"Die Forschung über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs erfährt derzeit in der deutschen Geschichtswissenschaft eine bemerkenswerte Renaissance. So tritt der schwierige Vergleich der deutschen Politik mit der Politik anderer Akteure an die Stelle der bisher recht provinziell anmutenden Nabelschau deutscher Kriegsschuldforschung. Daß die sogenannte Fritz-Fischer-Kontroverse, die in den sechziger und siebziger Jahren die Geschichtswissenschaft wie die interessierte Öffentlichkeit in Atem gehalten hat, vollständig versiegt ist, überrascht nicht.

Die jetzt von deutschen Forschern für die Politik des kaiserlichen Deutschland vorgelegten Antworten lassen aufhorchen. Anders als ein bisher sorgfältig kultiviertes Vorurteil suggerierte, hat es in der deutschen Außenpolitik durchaus und immer wieder den Versuch gegeben, den Krieg zu vermeiden.

Es war in den Reihen des deutschen Militärs sicher, daß ein allgemeiner europäischer Krieg nicht kurz und für Deutschland nicht zu gewinnen sein werde. Daß die deutsche Politik im Juli 1914 versagte, hat in erster Linie mit dem Mangel an Alternativen zu tun, der dazu führte, daß es unter dem Eindruck der Situation und der drängenden Militärs zu einer so offenkundig irrationalen Entscheidung kam. Mit dem nur drittstärksten Heer, hatte Paul Sethe schon 1954 betont, fängt keine Regierung einen Eroberungskrieg gegen Weltmächte an.

Die Auffassung, daß Militärs und Politiker in Berlin entweder einen kurzen und für Deutschland erfolgreichen Krieg durchaus für möglich gehalten oder aber mit ihrer "Flucht nach vorn" ein ganz anderes, nämlich innenpolitisches Ziel verfolgt haben, hat heute kaum noch Anhänger. (An dieser These halten vorwiegend Historiker fest, die sich weniger an Wissenschaftlichkeit, sondern mehr an Ideologie ausrichten. "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf".)

Im 19. Jahrhundert wurde der Krieg, von vereinzelten warnenden Stimmen abgesehen, noch als ein Weg zur Konfliktlösung betrachtet. Ein Krieg wurde geführt, wenn andere Mittel - al-

len voran der Verhandlungsweg - nicht den gewünschten Erfolg versprochen.

Noch kannte man in Europa den modernen Massen- und Vernichtungskrieg nicht, weder seine Mittel, noch seine Methoden, noch die ideologisch motivierte Skrupellosigkeit einer totalen Kriegsführung (im Namen von Freiheit und Demokratie!), auch gegen die Zivilbevölkerung.

Die außereuropäische Welt war weitgehend verteilt; vor allem aber hatte Rußland im fernen Osten jene verheerende Niederlage gegen das aufstrebende Japan hinnehmen müssen, die das Zarenreich zwang, seine expansive Energie erneut auf Europa zu richten. Die Folge war eine Serie schwerer internationaler Krisen.

Um die Katastrophe des Kriegsausbruchs 1914 wirklich verstehen zu können, muß man den Blick in jene Zeit zurücklenken, in der die Weichen gestellt worden sind und fragen, ob sich die Akteure der Tragweite ihrer Entscheidungen bewußt gewesen sind und ob sie realisierbare Alternativen gesehen haben oder sehen konnten.

Neuere Forschungen lassen aufhorchen: Hatte man sich nicht darauf verständigt, daß nur die deutsche Politik in die Verantwortung für den Kriegsausbruch zu nehmen sei? Professor Dr. Konrad Canis (1998) sieht das anders. Vorsichtig in der Formulierung, eindeutig in der Sache, rückt bei ihm Großbritannien - wieder - als Hauptverantwortlicher ins Zentrum des Geschehens.

Daß die internationale Mächtekonstellation um die Jahrhundertwende in Bewegung kam, lag nicht an der deutschen Flotten- oder Weltpolitik, sondern in erster Linie an England. Folglich richtete sich diese Bewegung auch nicht gegen die Inselmacht, sondern gegen Deutschland, die stärkste Macht und der atemberaubendste Aufsteiger auf dem Kontinent. Nicht anders dachten die Historiker mehrheitlich in der Zwischenkriegszeit.

1929 bestritt Professor Dr. Gerhard Ritter die Ernsthaftigkeit der englischen Bündnisangebote an Deutschland von 1898 und 1901. Ebenso ist sich Canis heute sicher, daß es eine tatsächliche englische Bündnisbereitschaft nicht gegeben hat. England hatte nichts anderes vor, als Deutschland gegen Rußland in China in Stellung zu bringen, möglichst in die vorderste Front. Mit eben diesem Argument, und daher nicht ohne Grund, hatte der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow die angeblichen britischen Avancen zurückgewiesen.

Die Angst vor Macht- und Prestigeverlust beherrschte die deutsche Außenpolitik. Der wachsende Widerspruch zwischen fehlender Weltgeltung und steigendem Potential verstärkte die Nervosität der deutschen Politik. Im Zeitalter des Imperialismus wurde "Prestige" zum überragenden Handlungsmotiv einer jeden Großmacht. Dahinter stand tatsächlich keine Bereitschaft zum Krieg, schon gar nicht zum großen europäischen.

Und so hält es Canis für ungerechtfertigt, aus vollmundigen Äußerungen des deutschen Kaisers auf eine Kriegsbereitschaft der Reichsleitung zu schließen. Das alles ist gewiß noch nicht das letzte Wort, aber eine grundlegende Änderung wird diese Position in Zukunft nicht mehr erfahren."

Aus "Die Zerstörung Europas" (Propyläen, 1988, S. 102), Prof. Dr. Andreas Hillgruber:

"Die erstmalige Auswertung der Bulgarien und Rumänien betreffenden Akten des politischen Archivs des Deutschen Auswärtigen Amtes zeigt überraschend, daß sich (Reichskanzler) Bethmann Hollweg um eine Begrenzung des serbisch-österreichischen Konfliktes bemüht hat. Dem gleichen Ziel der Begrenzung des Konflikts dienten die deutschen diplomatischen Vorstöße in Bukarest. Doch Rumänien lehnte ab.

Aus diesen Aktenfunden ergibt sich, daß die deutsche Reichsleitung sich wohl des hohen Risikos ihrer Politik in der Krise bewußt war, sie legte es aber keineswegs - wie es Fischer und seine Schüler behaupteten - darauf an, die Krise zur Auslösung eines deutschen Kontinentalkrieges gegen Rußland und Frankreich zu nutzen."

Für seine Thesen, Deutschland habe einen lang vorbereiteten Eroberungskrieg führen wollen, konnte Fritz Fischer nach Prof. Dr. Niall Ferguson keinen einzigen Beweis vorlegen. Fischers

Behauptungen fanden bei internationalen und nationalen Historikern nur deswegen so hohe Aufmerksamkeit, weil sie sich bequem in die Umerziehungsrhetorik gegen Preußen-Deutschland einpassen ließen.

Aus "Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges" (WBG, 1991, S. 5) Prof. Dr. Wolfdieter Bihl, Wien:

"Erst wenn alle Archive der alliierten Staaten, auch deren Geheimbestände, uneingeschränkt auswertbar sind, wird eine größtmögliche Objektivität der Beurteilung im gesamteuropäischen Zusammenhang möglich sein."

Jens Ulrich Heine (1998), Odenthal:

"Wissenschaft bricht Monopole: "We have the men, we have the ships, and we have the money too." Nach dieser viktorianischen Devise regierten die Seemächte Westeuropas und Nordamerikas mit ihren Kolonien und ihrem Kapital in Nord- und Südamerika, Nah- und Fernost, Australien und im südlichen Afrika 200 Jahre lang über die Rohstoffe dieser Welt.

Sie diktierten Ausfuhrmengen und -preise von Chilesalpeter, brasilianischem und malaysischem Naturkautschuk, von indischem und chinesischem Indigo, nordamerikanischer Baum- und australischer Schafswolle, von heilender Chinarinde aus Ostindien, von Petroleum aus texanischem und arabischem Erdöl, südafrikanischen Diamanten und Edelmetallen u.v.m. Mit diesen Monopolen verschafften sie sich nicht nur Reichtum, sondern vor allem Macht. Macht über die "Habenichtse" dieser Welt.

Der Aufstieg der deutschen chemischen Industrie seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur weltweiten Dominanz und Marktführerschaft läßt sich vor diesem Hintergrund auf eine einfache Formel bringen. In einem rohstoff- und devisaarmen Land bewirkte sie sehr erfolgreich den Austausch natürlicher Rohstoffe, die importiert werden mußten, durch Umwandlung nationaler Grundstoffe, die als synthetische Roh-, Zwischen- und Fertigprodukte in alle Welt exportiert werden konnten.

Mit künstlichen Farben, Fasern und Edelsteinen, mit Kunststoffen, Synthesekautschuk und -Treibstoffen, mit Arznei-, Pflanzenschutz- und Düngemitteln aus Kohle, Wasser, Kalk und Luft revolutionierten deutsche Wissenschaftler die Welt. "Wissenschaft bricht Monopole". Kaum jemand kennt die chemischen Zusammensetzungen dieser "Kunstprodukte".

Aber als Indanthren und Agfacolor, Perlon und Dralon, Plexiglas und Styropor, Buna und Moltopren, Aspirin und Salvarsan wurden Warenzeichen zu Gattungsbegriffen, bekannt seit eh und je. Deutsch wurde zur internationalen Sprache der Naturwissenschaften. Globalisierung gehörte von Anfang an zur Existenzgrundlage der deutschen chemischen Industrie. 1914 deckte sie 87 Prozent des Weltfarbstoffbedarfs und galt als "Apotheke der Welt".

Mit ihren Entdeckungen wiesen deutsche Forscher und Techniker den Weg aus Hunger, dem Mangel an Kleidung und industrieller Rückständigkeit - den Weg aus der Angst vor Abhängigkeit und Fremdbestimmung. Befreiung durch Chemie! Unerfüllbar erscheinende Wünsche und Sehnsüchte der Unterprivilegierten und ihre Hoffnungen auf wirtschaftlichen Fortschritt ließen sie Wirklichkeit werden - und beseitigten gleichzeitig Monopole und Einfluß der Wohlhabenden und Mächtigen.

Die Folge war die Feindschaft des britischen Imperiums und der Vereinigten Staaten, die die Märkte der Weltrohstoffe beherrschten und bis zum Weltkrieg hinter der deutschen Chemie herhinkten. Kurz vor Kriegsausbruch forderte die Londoner "Morning Post": "Es muß unser Ziel sein, den deutschen Handel zu vernichten".

Im Jahre 1919 bemerkte der englische Premierminister Lloyd George zu Lord Riddell: "Wir Briten haben uns durchgesetzt. Die deutschen Handelsschiffe sind ausgeliefert. Unser Hauptkonkurrent im Handel ist zum Krüppel geschlagen."

Nachtrag

In A 1080 APPENDIX TO THE CONGRESSIONAL RECORD (1941) wird von US-Senator

Rush D. Holt ein Brief zitiert, den Winston Churchill im Jahre 1936 an Mr. William Griffin, den Herausgeber und Verleger der Zeitung "New York Enquirer", gerichtet hat. Darin habe Churchill ausgeführt: ... Amerikas Kriegseintritt war verheerend nicht nur für die USA, sondern auch für die Alliierten, denn wären die USA zu Hause geblieben und hätten sich um ihre eigenen Angelegenheiten gekümmert, wir (die Alliierten) hätten im Frühjahr 1917 mit den Mittelmächten Frieden geschlossen.

Es wäre nicht zum Kollaps in Rußland gekommen mit dem nachfolgenden Kommunismus, kein Zusammenbruch in Italien mit dem nachfolgenden Faschismus; und Nazismus würde jetzt nicht in Deutschland an die Regierung gekommen sein. ...

"Der Krieg von 1914 aber wurde von England nicht Frankreichs oder gar Belgiens wegen geführt, sondern, ... um Deutschland als Wirtschaftskonkurrenz wenn möglich für immer auszuschalten. ... Der Vertrag von Versailles sollte gar keinen Friedenszustand begründen, sondern die Machtverhältnisse derart regeln, daß das Ziel jederzeit mit neuen Forderungen und Maßnahmen gesichert werden konnte.

Daher die Auslieferung der Kolonien, der Handelsflotte, die Beschlagnahme der Bankguthaben, Besitzungen, Patente in allen Ländern, die Abtrennung von Industriegebieten wie Oberschlesien und dem Saarland, die Einführung der Republik, von der man mit Recht eine Untergrabung der Industrie durch die allmächtig gewordenen Gewerkschaften erwartete, und endlich die Reparationen, die wenigstens im Sinne Englands keine Kriegsentschädigung sein sollten, sondern eine dauernde Belastung der deutschen Wirtschaft bis zu deren Erliegen."

- Oswald Spengler, deutscher Geschichtsphilosoph und Schriftsteller (1880-1936) in "Jahre der Entscheidung", Sommer 1933 ...

Ehrhardt Bödecker Ehrhardt Bödecker gilt als einer der profiliertesten Kenner der preußisch-deutschen Geschichte.

Jahrgang 1925, wohnhaft in Berlin seit 1934, wurde er als Kriegsteilnehmer schwer verwundet. Er studierte Recht, Ökonomie und Geschichte in Deutschland und den USA und war anschließend als Anwalt, Verwaltungsrichter und Amtsrichter tätig. Seit 1966 war er selbständiger Privatbankier (Weberbank). 1995 ging er in den Ruhestand. Bödecker ist Inhaber und Gründer des im Jahre 2000 eröffneten "Brandenburg-Preußen Museums" in Wustrau nordwestlich von Berlin. Zahlreiche Buchveröffentlichungen über den Ersten Weltkrieg, Preußen und das Deutsche Kaiserreich, z.B. "Preußen und die Wurzeln des Erfolgs".

Bödecker schildert in seinem Essay die Vorgeschichte des Sommers 1914, die Interessenlage der kriegführenden Staaten und die Folgen des Ersten Weltkrieges.

Seine These: Durch das Eingreifen der USA 1917 wurde ein gerechter "Erschöpfungsfriede" auf Basis des status quo ante verhindert und das europäische Machtgleichgewicht auf Jahrzehnte empfindlich gestört. Der diktierte Friede von Versailles 1919 bildete keine Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Die Folgen waren Revolution, Revanchelust, Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus sowie ein neuer Krieg.<<

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die Kriegsschulddebatte des Ersten Weltkrieges (x1.035/...): >>100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo - zum aktuellen Stand der Kriegsschulddebatte

Der Weg zum Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg begann zunächst als dritter Balkankrieg zwischen der alten Großmacht Österreich-Ungarn und dem expansionslüsternen Serbien. Die Mobilmachung Rußlands im Westen (Richtung Ostpreußen), auf die Frankreich drängte, brachte den großen europäischen Konflikt. Erst der Eintritt Großbritanniens auf Seiten der Entente führte zum weltweiten Krieg der Mächte.

Obwohl sich das Attentat von Sarajevo erst in diesen Tagen zum einhundertsten Mal jährt, bestimmt die Debatte darum, was daraus folgte, den Buchmarkt und die historischen Feuilletons.

Dabei geht es weniger um den am 28. Juni 1914 erschossenen österreichischen Thronfolger und seine Frau als um die Frage, inwieweit die Tat Auslöser für den Ersten Weltkrieg war. Daran wiederum knüpft die Diskussion darüber an, ob damit eine geschlossene Ereigniskette ausgelöst wurde, sei es aus Berechnung oder Dummheit, oder ob es alternative Szenarien gab, die ebenso wahrscheinlich waren wie der Kriegsausbruch.

Um die Bedeutung des Attentats beurteilen zu können, muß man daher nicht nur die Reaktionen der europäischen Mächte untersuchen, sondern auch deren Beweggründe, gerade so und nicht anders zu reagieren. Damit befinden wir uns in einem vor allem in Deutschland umstrittenen Feld der kontrafaktischen Geschichtsschreibung. Diese hat es sich zur Aufgabe gestellt, denkbare Alternativen aus dem Kontext der Zeit zu entwickeln. Nicht um das Geschehene zu negieren, sondern um es besser zu verstehen.

Neue Fragestellungen provozieren

Der amerikanische Historiker Sean McMeekin sieht in seinem Buch *Juli 1914. Der Countdown in den Krieg* (Berlin: Europa 2014, 557 S.) "kontrafaktisches Denken als zentral für historische Untersuchungen an" und hält es für "weitaus konstruktiver als auf 'Konsens' angelegte Interpretationen, die sich gegen jedes weitere Argument abschotten". McMeekin weiß sich in dieser Auffassung einig mit Niall Ferguson, der bereits vor Jahren in seiner Aufsehen erregenden Untersuchung über die englische Kriegspolitik gezeigt hat, daß das Empire den "falschen Krieg" führte, der schließlich zum Verlust der englischen Vormachtstellung an die Amerikaner geführt hat.

Daß dieses kontrafaktische Denken in Deutschland in einem schlechten Ruf steht, zeigt nicht zuletzt die gereizte Reaktion der FAZ auf die Gesamtdarstellung des Ersten Weltkriegs von Jörg Friedrich, die vor kurzem unter dem Titel *14/18. Der Weg nach Versailles* (Berlin: Proyläen 2014, 1072 S.) erschienen ist. Diese Gereiztheit hat einen konkreten Hintergrund.

In Deutschland werden, allen neueren Forschungen zum Trotz, 1919 festgelegte Axiome als Grundlage der Geschichtsschreibung akzeptiert. Das wichtigste Axiom lautet: Deutschland trägt die Hauptverantwortung (wahlweise auch die Alleinschuld) am Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Jeder Deutsche, der gegen diese Denkvoraussetzung verstößt, hat ein Problem.

Nun muß man aber, wenn die Hauptverantwortung erwiesen werden soll, zeigen, daß Deutschland auch anders gekonnt hätte. Wenn es keine Alternative gegeben hätte, wäre die Zuschreibung von Verantwortung sinnlos. Das wissen die Gereizten ziemlich genau, weshalb sie allergisch auf solche Untersuchungen reagieren.

Und sie liegen richtig damit. Daß nicht mehr von Alleinschuld die Rede ist, hängt vor allem damit zusammen, daß man den Blick vom angeblich Alleinschuldigen löste und der naheliegenden Annahme folgte, daß auch andere Mächte Interessen hatten, für die ein Krieg vielleicht viel passender war. Das kann man nur feststellen, wenn man dem kontrafaktischen Denken folgt und fragt: Konnten denn vielleicht auch die anderen Mächte, die Sieger, anders und liegt deshalb zumindest ein Teil der Schuld und Verantwortung für den Weltkrieg bei ihnen?

Daß die kräftigsten Schläge gegen das Dogma der Alleinschuld aus dem Ausland kommen, kann daher kaum verwundern. Wie die Verkaufszahlen der Bücher zeigen, ist zumindest das Publikum dankbar für diese Schützenhilfe. Das gilt insbesondere für Christopher Clarks Buch *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* (München: DVA 2013, 895 S.), das sich durch frühzeitiges Erscheinen im Herbst letzten Jahres die Aufmerksamkeit allein sichern konnte, um die sich jetzt viele Publikationen bemühen.

Clark kommt weiterhin zugute, daß er sich hierzulande bereits einen Namen gemacht hatte. Mit seinen Büchern über Preußen und Wilhelm II. hatte er diese beiden entdämonisiert und so für öffentliche Debatten gesorgt.

Sein aktuelles Buch steht ganz in dieser Tradition: Abgesichert durch ein umfangreiches Quel-

lenstudium versucht Clark den Gang der Geschichte insbesondere in der sogenannten Juli-Krise zu rekonstruieren. Clark sieht in ihr das "komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten". Er konzentriert sich in seinem Buch auf das Wie, die Abfolge der Interaktionen, ohne expressis verbis die Frage nach der Schuld zu stellen.

Dazu holt Clark weit aus, wenn er mit der brutalen Ermordung des serbischen Königs im Jahr 1903 beginnt. Von den Drahtziehern und Akteuren dieses Umsturzes führt ein direkter Weg zur Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 in Sarajevo. Dieser repräsentierte die Zukunft der österreichischen Doppelmonarchie, die der erklärte Feind der serbischen Nationalisten war.

Der Thronfolger Franz Ferdinand war insofern das passende Opfer, weil er eine zwischen den Völkern ausgleichende Politik anstrebte, die den Falken in Österreich nicht gefallen konnte: Sie wollten die Dinge ebenso wie die Serben mit einem Krieg ins Reine bringen. Einen Automatismus zum Krieg gab es aber auch jetzt nicht.

Die Kriegsursache sieht Clark in der Entwicklung Europas von einem vielstimmigen politischen Ökosystem hin zur Konfrontation starrer Blöcke, die dann ihre innere Logik entwickelten. Diese griff schließlich nach dem Mord in Sarajevo mit aller Konsequenz in das Geschehen ein, und zog Europa, ohne daß es notwendig gewesen wäre, in den Weltkrieg. Da Clark kein Freund starker Thesen ist, finden sich in dem Buch keine expliziten Zuspitzungen, die sich mit Fritz Fischers These, die ja schon im dessen Buchtitel Griff nach der Weltmacht (1961) deutlich formuliert war, messen könnte.

Die These selbst allerdings, daß Deutschland die Hauptverantwortung am Ersten Weltkrieg trage, widerlegt Clark implizit. Dabei ist entscheidend, daß er sein Buch als internationale Vergleichsstudie angelegt hat, die, im Gegensatz zu Fischer, eben auch die Ereignisse, Gedanken und Personen der anderen Mächte in den Blick nimmt. Das Resultat ist eindeutig: Der Vorwurf der Alleinschuld bzw. Hauptverantwortung ist absurd. Laut Clark verteilt sich die Schuld auf alle Beteiligten, weshalb er von einer Tragödie spricht, aus der es letztlich kein Entrinnen gab.

Wenn man jedoch die einzelnen Ergebnisse von Clark nach der Verantwortlichkeit gewichtet, bleibt nur ein Schluß, daß zumindest alle anderen Mächte mehr Schuld am Ausbruch des Krieges hatten als Deutschland. Das für Deutschland entlastende Material wird von Clark in aller Ausführlichkeit ausgebreitet. Deutschland befand sich gegenüber den anderen Großmächten in einer benachteiligten Rolle und hatte geringere Handlungsoptionen, weil es auf den Kontinent beschränkt blieb und über kaum koloniale Handlungsmasse verfügte.

Deutschlands Streben nach Seegeltung sieht Clark durch diese Lage gerechtfertigt und erblickt darin keinen Grund für einen Krieg. Letztendlich unterstellt Clark der deutschen Führung eine gewisse Naivität, weil diese nicht bemerkte, wie rasant sich die internationale Lage gegen Deutschland entwickelte. "Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte - sehr zur Enttäuschung der Generäle."

Im Gegensatz zu den anderen Mächten konnte sich Deutschland von einem Krieg nicht viel versprechen. Das einzige Argument für einen Krieg war die wachsende Stärke der Gegner und die daraus folgende Überzeugung, daß es daher besser jetzt als später einen Krieg geben sollte. Doch die Vertreter eines Präventivschlages waren in der Minderheit; auch in Deutschland gaben die zivilen Politiker den Ton vor, nicht die Militärs.

In Frankreich gab es dagegen unter den verantwortlichen Politikern einen weitverbreiteten Deutschenhaß, man sann auf Rache für 1871 und man fühlte sich durch Deutschland bedroht. Letztendlich führte der französische Druck auf Rußland zum Ausbruch des Krieges, bei dem Frankreich Deutschland unbedingt in einen Zweifrontenkrieg ziehen wollte. Rußland wiederum gab den Serben die volle Unterstützung für deren Provokationen gegen Österreich, nicht

nur der panslawischen Sache wegen, sondern auch, weil Rußland eigene geopolitische Interessen in der Region verfolgte.

Auch die beiden Ereignisse, die allgemein als Beleg für die deutsche Verantwortung gelten, werden von Clark zurechtgerückt. Der sogenannte Blankoscheck, mit dem Deutschland Österreich seine Treue versicherte, ist eine logische Folge aus der Einkreisung Deutschlands, das gezwungen war, das Bündnis mit seinem letzten verbliebenen Verbündeten zu bekräftigen. Clark erwähnt auch, daß es auf Seiten der Entente eine ganze Reihe von Blankoschecks gab, die Serbien, Rußland und Frankreich so selbstsicher in den Krieg ziehen ließen.

Das österreichische Ultimatum an Serbien vergleicht Clark mit dem, das die Nato Serbien 1999 in der Kosovo-Frage vorlegte und kommt zu dem Schluß, daß das von 1914 dagegen "harmlos" war.

Ähnlich wie Clark beschränkt sich auch Sean McMeekin auf die Vorgeschichte des Krieges. Er greift dabei auf vorhandene Quelleneditionen zurück und versucht die Ereignisse zu rekonstruieren, indem er jedem Tag (vom 5. Juli bis zum 4. August) ein zusammenfassendes Kapitel widmet. Allerdings stehen die einzelnen Fakten in einem gewissen Mißverhältnis zum salomonischen Urteil, das McMeekin schließlich in der Kriegsschuldfrage fällt.

Einerseits bemerkt er sehr richtig, daß der Blankoscheck durchaus im Sinne einer sofortigen Strafaktion gemeint war. Damit hoffte man in Berlin mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Weltöffentlichkeit hätte Verständnis, weil der zeitliche Zusammenhang mit dem Attentat klar war, Österreich würde Macht demonstrieren und so die Entente vielleicht von einer voreiligen Eskalation abhalten, was schließlich zur lokalen Beschränkung der Auseinandersetzung geführt hätte. Daß sich Berlin damit verrechnete, weil die Entente zum Krieg entschlossen war, gerät McMeekin völlig aus dem Blick, wenn er abschließend dennoch urteilt: "Der Blankoscheck war töricht und unsinnig."

McMeekin stellt dagegen richtig fest, daß Deutschland als "letzte der vier hauptsächlich am Krieg beteiligten Nationen" mobil machte und sich Deutschland selbst ins Unrecht setzte, indem es "aus Gründen der Ehre" nicht auf eine Kriegserklärung verzichtete. Frankreich und Rußland ließen gleich die Waffen sprechen. (Die erste Gefechte und Schlachten sowohl gegen Frankreich als auch Rußland fanden auf deutschem Boden statt!).

In Deutschland gab es keinen Willen zum Krieg, weil man wußte, daß ein Zweifrontenkrieg (vor allem gegen Englands Unterstützung der Entente) kaum zu gewinnen war. Der Schlieffenplan, der diesen Mangel beseitigen sollte, "spiegelte die deutsche Schwäche, nicht die deutsche Stärke" wider.

Aus deutscher Feder sind auf das hundertjährige Jubiläum von 1914 hin einige Gesamtdarstellungen des Weltkrieges erschienen, die sich zwangsläufig auch mit der Vorgeschichte des Krieges befassen müssen. Das erfolgreichste dieser Bücher stammt vom Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler.

In *Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918* (Berlin: Rowohlt 2013, 924 S.) widmet er die ersten einhundert Seiten diesem Thema und spart dabei nicht mit Kritik an der Einseitigkeit und Radikalität der Fischer-These (um allerdings im Schlußteil des Buches die "wichtige Funktion" der Fischer-These für das politische Selbstverständnis der BRD zu betonen).

Münkler untersucht beispielsweise die Rolle des Militarismus, der ja im Verdacht steht, eine strukturelle Ursache für Deutschlands angebliche Kriegslüsterheit gewesen zu sein. Er kommt zu dem Schluß, daß dem militaristischen Image des Reiches keine relevanten Tatsachen entsprochen hätten. Bei Kriegsausbruch hatte man "keine hinreichenden Munitionsvorräte angelegt, geschweige denn für eine entsprechenden Bevorratung mit Rohstoffen und Lebensmitteln gesorgt, und es standen auch nicht genügend Truppen zur Verfügung, um eine großangelegte Offensive erfolgreich durchführen zu können".

Allerdings kommt Münkler in seinen Opus auch zu Einschätzungen, mit denen er Deutsch-

land eine besondere Verantwortung (und damit auch Schuld) für den Weltkrieg zuschreibt, z.B. wenn er der Auffassung ist, daß Deutschland als Reich in der Mitte Europas eine "besonders achtsame und die Eskalationsrisiken moderierende Politik" hätte betreiben müssen und in der Julikrise das Gegenteil davon getan habe.

Das stimmt ebensowenig, wie die Behauptung Münklers, daß es von Deutschland während des Krieges keine ernstgemeinten Friedensangebote an die Alliierten gegeben habe. Insofern unterscheidet sich Münklers Buch von den englischsprachigen Veröffentlichungen, weil es mit der Einsicht in die Haltlosigkeit der Fischer-These nicht ernst macht. Münkler sieht zwar auch, daß die anderen Mächte Interessen hatten und sich durch Blankoschecks gegenseitig befeuerten, bleibt aber trotzdem dabei, daß auf Deutschland eine besondere Verantwortung laste.

Daß man den Spieß auch umdrehen kann, zeigt dagegen Jörg Friedrich in seiner Geschichte des Ersten Weltkrieges. Den Ruf den Friedrich seit seinem Bestseller *Der Brand* (2004) genießt, bestätigt er auch mit seinem neuen Buch: Für Friedrich ist die Geschichtswissenschaft nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck seines Unternehmens besteht darin, die Geschichte des Ersten Weltkrieges auf eine Weise zu erzählen, die den Leser an die Hand nimmt, sich nicht vor scharfen Urteilen scheut, Schlußfolgerungen zieht, Zusammenhänge aufdeckt und die auch vor "umstrittenen" Vergleichen nicht zurückschreckt.

Auch wenn Friedrich einem durchaus anthropologischen Ansatz folgt, der die damaligen Akteure bestimmten Zwängen ausgeliefert sieht, heißt das nicht, daß er kein gut oder böse mehr kennt. Im Gegenteil: Daß die Niedertracht bei der Entente zu Hause war, ist vielleicht noch nirgends so deutlich ausgesprochen worden wie hier. Friedrich scheut sich nicht, den Weltkrieg "mißlungen" zu nennen, u.a. deshalb, weil er "in einer schlechteren Welt endete als der, aus der er kam". Von Beginn an tat die Entente alles, den Krieg zu entfesseln, selbst als friedliebend dazustehen und Deutschland ins Unrecht zu setzen. "Deutschland, das lieber Aggressor als Verlierer sein wollte, war am Schluß beides."

Doch schon im Vorfeld des Krieges machten die Deutschen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. "Die Gegenseite redete gedämpft, dachte global, steckte weiträumig ihre Interessenfelder ab und wartete die Schritte der Berliner ab." Die Gemengelage, die schließlich zur Entfesselung des Ersten Weltkrieges führte, wurde, so Friedrich, durch das Attentat von Sarajevo ganz bewußt entfesselt. Gerade so viele Spuren durften nach Serbien führen, daß Österreich Serbien angriff und doch so wenig, daß Rußland dem unschuldigen Serbien zur Hilfe kommen konnte. Der Rest war durch Verträge geregelt.

Dagegen wurden die legitimen Bündnispflichten Deutschlands gegenüber Österreich von der Entente nicht anerkannt. Auch die Legitimität einer österreichischen Strafaktion gegen Serbien wird von Friedrich daher nicht in Zweifel gezogen. Zu dieser bestand, "auch nach heutigen engeren Maßstäben, hinreichender Anlaß": "Der Zusammenhang zwischen dem Al-Qaida-Kommando vom 11. September 2001 und dem afghanischen Taliban-Staat war nicht enger als der zwischen der Princip-Bande und den Herrschaftsverhältnissen in Serbien."

Friedrich konstatiert für die deutsche Seite ein ehrliches, wenn auch zunächst halbherziges Bemühen um Vermittlung, das es versäumt habe, den Österreichern konkret zu sagen, daß sie einen schnellen und kurzen Schlag, etwa die Besetzung Belgrads, empfehlen würden. Als sie sich gerade zu ernsthafterer Vermittlung entschlossen, "kam, vielleicht nicht ganz zufällig, die russische Generalmobilmachung dazwischen".

Damit ist angedeutet, was Friedrich im Detail ausführt: Daß es eben in Rußland und Frankreich ein ernsthaftes Interesse am Krieg gab und man sich dort nicht durch deutsche Vermittlungen um die Gelegenheit bringen lassen wollte. Also mußten, durch die Mobilmachung Rußlands, Tatsachen geschaffen werden, die schließlich im Ersten Weltkrieg mündeten. ...

Friedrichs Buch ist damit dasjenige, das die Konsequenzen aus den neueren Forschungen am

schärfsten formuliert. Allerdings braucht man auch hier für die Lektüre einen langen Atem, weil sich diese Zuspitzungen verstreut auf tausend Seiten finden. Daß sich diese Sicht der Dinge durchsetzt, darf bezweifelt werden. Dafür läßt es sich mit der Kompromißformel von gleichverteilter Schuld zu gut leben. Sie tut keinem weh und bedient das Bedürfnis, an der Nachkriegsordnung, die 1919 errichtet und 1945 erneuert wurde, festzuhalten.

Die überwiegende Haltung der deutschen Feuilletons weist jedenfalls in diese Richtung. Allerdings bietet das von der neuen Forschung ausgebreitete Material die Basis für eine Neubewertung der Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Hat sich die Kompromißformel erst einmal durchgesetzt, wird auch diese wieder zur Revision stehen, so daß vielleicht am Ende doch die Wahrheit den Sieg davonträgt. ...

Wer sich weiter jenseits der gängigen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg informieren will, kommt an dem bereits im Jahre 1999 erschienenen Band "Der falsche Krieg" ("The Pity of War") des britischen Historikers und Harvard-Professors Niall Ferguson nicht vorbei. Die FAZ urteilte:

"Beste kontrafaktische Historiographie führte Ferguson in seinem dritten Buch vor. ... Er rekonstruierte die politische Diskussion in England vor 1914 und wies nach, daß das englische Kabinett sich mehrheitlich gegen einen Kriegseintritt ausgesprochen hatte. Hätte sich diese Ansicht durchgesetzt, dann hätte Deutschland einen Kontinentalkrieg gegen Frankreich und Rußland wohl gewonnen. Das Kaiserreich hätte überdauert, die Weimarer Republik und die NS-Diktatur hätte es nicht gegeben, demokratische Strukturen hätten sich allmählich entwickelt.

Fergusons Buch wurde besonders in Deutschland heftig angegriffen. Offenbar war, wie Ferguson vermutet, den Deutschen der Gedanke an einen deutschen Sieg 1915 oder 1916 höchst unangenehm." (FAZ, 20.06.2007) ...<<

Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>... Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkaut.

Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.

Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermübungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<

Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schreibt später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>**Schlafwandler? Von wegen!**

Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante

Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.

Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.

Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.

Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."

Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:

"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. ... Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.

Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.

Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! ... Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."

An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.

Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.

Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

Das Committee of Imperial Defence

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der

Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin. Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.

Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.

Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.

Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.

Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten.

Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselpositionen des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.

Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.

Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.

Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "... machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, ... daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."

Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)

Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte.</u> Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche.</u> Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV.</u> Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte.</u> Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin.</u> Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.

x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x098	Clausewitz-Gesellschaft (Hg.): Frieden ohne Rüstung? Herford/Bonn, 1989.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.</u> 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5.</u> Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3.</u> Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1.</u> Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4.</u> Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten.</u> Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x267	Johann, Ernst (Hg.): <u>Innenansicht eines Krieges.</u> Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1.</u> 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand.</u> Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x288	Deschner, Karlheinz: <u>Das Kreuz mit der Kirche.</u> Eine Sexualgeschichte des Christentums. Koblenz 2014.
x289	Baberowski, Jörg, und Anselm Doering-Manteuffel: <u>Ordnung durch Terror.</u> Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium. 2. Auflage 2007. Bonn 2007.
x290	Reiners, Ludwig: Bismarck gründet das Reich. München 1980.
x307	Clark, Christopher: <u>DIE SCHLAFWANDLER.</u> Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg.</u> Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.

Internet

x1.035	https://www.wilhelm-der-zweite.de – Dezember 2021
--------	---